



Open Access Repository

www.ssoar.info

Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland

Faik, Jürgen; Becker, Jens

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Faik, J., & Becker, J. (2009). *Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland*. (FaMa-Diskussionspapier, 5/2009). Frankfurt am Main: FaMa - Neue Frankfurter Sozialforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-364472>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Jürgen Faik/Jens Becker

**Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen
in Deutschland**

FaMa-Diskussionspapier 5/2009

FaMa
Neue Frankfurter Sozialforschung
Nikolausstraße 10
D-65936 Frankfurt/Main

November 2009

Herausgeber und Verlag:

FaMa

Neue Frankfurter Sozialforschung

Nikolausstraße 10

65936 Frankfurt am Main

Tel.: 069/34409710

Fax: 069/34409714

E-Mail: info@fama-nfs.de

<http://www.fama-nfs.de>

ISSN 1869-1935

Zusammenfassung*

Es werden die Zusammenhänge zwischen der Polarisierung von Lebenslagen, gesellschaftlichen Verteilungskonflikten und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungleichheit in Deutschland thematisiert. Anhand der empirischen Befunde wird deutlich, dass der – über den Wohlstandsindikator Einkommen gemessene – Grad an Ungleichheit und Polarisierung von Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland in der jüngeren Vergangenheit gestiegen ist. Damit einhergehend, ist die wahrgenommene Intensität des gesellschaftlich besonders relevanten Konfliktes zwischen Arm und Reich nicht unerheblich gewachsen. Hierbei zeigt sich gerade bei sozialpolitischen Problemgruppen – und hier wiederum besonders prononciert bei den (Langzeit-)Arbeitslosen – ein relativ großes Unzufriedenheitspotenzial. Dieses birgt für die Demokratie bzw. für die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland gewisse Gefährdungen in sich, wenngleich – zumindest in Westdeutschland – diese Gefährdungen in EU-27-weiter Perspektive eher auf einem mittleren Niveau einzuordnen sind, d. h. in dieser internationalen Relativität nur eine mittlere Gefährdungslage für (West-)Deutschland indiziert wird.

Summary*

The connections between the polarization of living conditions, social conflicts concerning the distribution of resources and the perception of social inequality in Germany will be picked out as a central theme. By means of empirical findings it becomes clear that the degree of inequality and polarization with respect to the living conditions – both measured by the well-being indicator income – has increased in the Federal Republic of Germany during the recent past. This is accompanied by the fact that the perceived intensity of the socially especially important conflict between the poor and the rich has grown not only slightly. In this connection particularly for the disadvantaged groups – and beneath this in a pronounced manner for the (permanently) unemployed persons – there is a relatively high potential of dissatisfaction. This includes some dangers for the democracy and the social stability in Germany although in an EU-27 perspective – at least in Western Germany – these dangers are rather ranked to a middle level which means that in this international relativity only a middle level of danger is indicated for (Western) Germany.

* Dr. Jens Becker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Dr. Jürgen Faik ist Geschäftsführer von FaMa – Neue Frankfurter Sozialforschung. Die einzelnen Berechnungsergebnisse des Diskussionspapiers stehen in inhaltlichem Zusammenhang mit der Forschungsarbeit von Dr. Faik im Forschungsprojekt „Untersuchungen zum sozialkulturellen und sozioökonomischen Wandel in Deutschland“ bei Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse. Autoren-Kontakt: jens.becker@soz.uni-frankfurt.de, faik@fama-nfs.de.

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Soziale Ungleichheiten: Theoretische Grundlagen	6
3. Polarisierung der gesellschaftlichen Lebenslagen in Deutschland?	7
3.1 Nationale Betrachtung	7
3.2 Internationale Perspektive	11
4. Konfliktwahrnehmungen und Verteilungsbeurteilungen in Deutschland	12
4.1 Konfliktwahrnehmungen	12
4.2 Verteilungsbeurteilungen	15
5. Lebenszufriedenheit in Deutschland	19
5.1 Nationale, sozioökonomisch differenzierte Betrachtung	19
5.2 Internationale Perspektive	20
5.3 Einkommenspolarisierung und –ungleichheit versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit	22
5.4 Wohlstandsniveau versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit	24
6. Demokratiezufriedenheit in Deutschland	26
6.1 Nationale Betrachtung	26
6.2 Internationale Perspektive	29
6.3 Durchschnittliche Demokratie- versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit	31
7. Schlussbetrachtung	32
Anhang	33
Literaturverzeichnis	45
Abkürzungsverzeichnis	49

1. Einleitung¹

Ausgehend von der These, dass gesellschaftliche Ungleichheit Unbehagen in der Bevölkerung auslösen und solcherart veränderte gesellschaftliche Strukturen hervorrufen kann („Ungleichheit ist positiv und signifikant mit dem Index sozialer Unruhe korreliert.“²), ist das Empfinden sozialer Ungleichheit von großer gesellschaftspolitischer Relevanz. Sopp bringt dies auf den Punkt, wenn er – in Bezug auf den Wohlfahrtsindikator Einkommen – schreibt: „Relevant für die Diskussion über Ungleichheit und damit auch über Einkommensungleichheit sind die *wahrgenommene* Verteilung und die *wahrgenommene* Entwicklung der Einkommen. (...) Eine Untersuchung der *sozialen Einkommensungleichheit und -verteilung* müsste die sich immer wieder wandelnde Sensibilität für ungleiche Verteilung, die artikulierten Gerechtigkeitsvorstellungen und die Bedingungen ihrer Wahrnehmung berücksichtigen.“³

Die möglichen Konfliktlinien sind dabei ebenso vielschichtig wie die diversen Konflikttheorien. Letztere fußen primär auf Klassen- oder Schichtgegensätzen. Kapitel zwei gibt – sozusagen zur Einführung in die Problematik – einen kursorischen Überblick über derartige Ansätze.

Empirisch wird für Deutschland in jüngster Vergangenheit vielfach von einem Auflösen tradierter Mittelschichtmilieus⁴ und einer damit verbundenen zunehmenden Polarisierung der Gegensätze zwischen Arm und Reich gesprochen. Schlagworte wie die von der Zweidrittel- oder gar der Vierfünftel-Gesellschaft⁵ prägen die entsprechenden Diskussionen. Es ist allerdings umstritten, ob derart gravierende Veränderungen überhaupt in Deutschland stattgefunden haben, d. h. ob „harte Fakten“ derartige Thesen stützen: Ist es demnach angebracht, von einer Zweidrittel- oder gar einer Vierfünftel-Gesellschaft zu sprechen bzw. von gesellschaftlicher Polarisierung in Deutschland auszugehen, wie dies Ernst-Ulrich Huster 1997 bereits im Titel des von ihm herausgegebenen Buches „Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung“ getan hat?⁶ Kapitel drei geht dieser Fragestellung nach.

Anschließend wird in den Kapiteln vier bis sechs gefragt, wie die tatsächliche bundesdeutsche Wohlstandsverteilung wahrgenommen wird; insbesondere gilt dies für die beiden Verteilungsränder Armut und Reichtum. Dies beinhaltet Konfliktwahrnehmungen zwischen Arm und Reich, Alt und Jung usw. unter Einschluss von Einstellungen und Werthaltungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Kapitel vier), die Bewertung der Lebenszufriedenheit im Allgemeinen (Kapitel fünf) sowie jene der Demokratiezufriedenheit im Besonderen (Kapitel sechs).

Unter Anknüpfung an die intensive französische Debatte über gesellschaftliche Instabilitäten als Folgen individueller Wahrnehmungen⁷ ist hierbei besonders relevant, wie eventuelle Polarisierungen bzw. gesellschaftliche Ungleichheitsentwicklungen von gesellschaftlichen Problemgruppen wahrgenommen werden.⁸

¹ Die Autoren danken im Zusammenhang mit der Bereitstellung der genutzten Datenquellen dem Statistischen Bundesamt, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gesis, Prof. Dr. Joachim Merz von der Leuphana-Universität Lüneburg und Prof. Dr. Wolfgang Glatzer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main.

² Rebggiani 2007, S. 147.

³ Sopp 2005, S. 255.

⁴ Vgl. hierzu etwa Vogel 2009 oder Grabka/Frick 2008.

⁵ Vgl. hierzu etwa Habich/Headley/Krause 1991 oder die durchaus kritischen Ausführungen bei Becker/Hauser 1997 bzw. in den verschiedenen Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung.

⁶ Vgl. Huster 1997.

⁷ Vgl. Castel 2000 oder Paugam 2008.

⁸ Hinsichtlich der Abgrenzung bundesdeutscher Problemgruppen geben Hauser/Faik/Glatzer 2000 gewisse Anhaltspunkte, welche den Niedrigeinkommensbereich umfassend analysiert haben (allerdings datenbedingt bestimmte Gruppen – u. a. die Gruppe der Ausländer – nicht untersuchen konnten).

2. Soziale Ungleichheiten: Theoretische Grundlagen

Ganz allgemein bringt soziale Ungleichheit Vorteile (Privilegien) für einzelne Personen und Benachteiligungen für andere Personen mit sich.⁹ Sie ist daher eine gesellschaftstheoretische Schlüsselfrage,¹⁰ welche durch ein Spektrum ungleichheitsrelevanter Erscheinungsformen (die Lebensführung von Personen, Paarbeziehungen, Gruppenrelationen, institutionelles Handeln u. ä.) gekennzeichnet ist¹¹.

Dementsprechend heterogen sind ältere und neuere sozialwissenschaftliche Ansätze, die soziale Ungleichheiten thematisieren.¹² Ging es Karl Marx um die Aneignung und Zweckentfremdung menschlicher Arbeit in einer auf Privateigentum basierenden „Klassengesellschaft“ mit letztlich zwei antagonistischen Hauptklassen, erweiterte Max Weber das Marx'sche Klassenmodell auf mindestens vier soziale Kategorisierungen. Neben dem Schichtungsmodell von Geiger¹³ und den von Parsons beeinflussten funktionalistischen Ansätzen¹⁴ kam es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer Pluralisierung sozialer Ungleichheitstheorien. Zu den prominentesten Ansätzen zählen Schelskys Theorem der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“¹⁵, Goldthorpes Rekurs auf klassentheoretische Modelle¹⁶, Geißlers Erweiterung der sozialen Schichtung¹⁷, verschiedene auf Bourdieu¹⁸ zurückgehende Lebensstilkonzepte¹⁹ und das Konzept der sozialen Lage bzw. der Lebenslage²⁰. Eine Sonderstellung nimmt Becks populäres Individualisierungsparadigma ein,²¹ das die individuellen Wahlbindungen den kollektivierenden Herkunftsbindungen erodierender sozialer Milieus²² entgegenstellt. Freilich gibt es umgekehrt Belege für die anhaltende Relevanz des Milieubegriffes bzw. der immer noch funktionierenden sozialen Milieus.²³

Geißler zufolge fassen Begriffe wie Schicht oder Klasse Menschen mit vergleichbaren Lebenslagen und -erfahrungen zusammen.²⁴ Dabei geht es um ähnliche Einstellungs- und Wertorientierungen, Interessen und Lebensstile sowie ähnliche Lebenschancen und -risiken. Um Vereinfachungen, die mit dem konfliktorientierten und dichotomen Ansatz von Klassentheorien zusammenhängen, zu vermeiden, versuchen Schicht- und Lebenslagenmodelle, die gesamte Bevölkerung nach Gruppen zu unterscheiden, die im Hinblick auf die relevanten Dimensionen jeweils ähnliche (un-)vorteilhafte Lebensbedingungen aufweisen. Dabei werden nicht nur vertikale, sondern auch horizontale Parallelen, aber auch Ungleichheiten in den Blick genommen. Insbesondere für die Einstellungsforschung ist es wichtig, nach Alter, nach Regionen, nach Geschlechts- und Herkunftsunterschieden zu differenzieren.²⁵ In diesem Sinne wird mit der Kategorie Lebenslage „die Gesamtheit (un-)vorteilhafter Lebensbedingungen eines Menschen“²⁶ bezeichnet.

⁹ Vgl. hierzu Hradil 2005, S. 15ff.

¹⁰ Vgl. Kreckel 2004, S. 13ff.

¹¹ Vgl. Ritsert 2009, S. 160.

¹² Vgl. hierzu Burzan 2005.

¹³ Vgl. Geiger 1962.

¹⁴ Vgl. Parsons 1940 und Parsons 1949.

¹⁵ Vgl. etwa Schelsky 1965.

¹⁶ Vgl. Goldthorpe 1985.

¹⁷ Vgl. Geißler 1987.

¹⁸ Vgl. Bourdieu 1982.

¹⁹ Vgl. Spellerberg 1996 oder Otte 2005.

²⁰ Vgl. hierzu bereits Neurath 1939 sowie später Weisser 1962.

²¹ Vgl. Beck 1986.

²² Vgl. Hondrich 2001 oder Rombach 2000.

²³ Vgl. Vester et al. 2001 oder Vester 2006.

²⁴ Vgl. Geißler 2008, S. 110ff.

²⁵ Vgl. in diesem Zusammenhang etwa auch die intergenerativen Ungleichheitsfragestellungen in Szydlik 2000, Künemund/Schroeter 2008 oder Blome/Keck/Alber 2008.

²⁶ Hradil 2005, S. 373; vgl. in diesem Kontext auch Zapf/Schupp/Habich 1996.

Neben kategorialen und verteilungsrelevanten Fragestellungen geraten auch „neue soziale Ungleichheiten“ in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlichen Interesses.²⁷ Dem „Problem der Exklusion“²⁸, auf dem Ungleichheiten in den Handlungsfeldern Bildung²⁹, Ausbildung³⁰ oder Gesundheit³¹ beruhen, sowie den Begriffen Prekarität oder Prekarisierung sind eine Vielzahl von Studien gewidmet, die diese in den Kontext einer neuen sozialen Ungleichheit stellen.³² Hinter Exklusionsgefahren verbergen sich letztlich subjektive Marginalisierungs- und Verunsicherungsängste, welche die Einstellungen nicht nur der Unter-, sondern inzwischen auch der Mittelschichten zu prägen scheinen.³³ Die Furcht, von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung individuell durch Abstieg oder Marginalisierung abgekoppelt zu werden, wirkt sich insbesondere auf das subjektive Bedürfnis nach Anerkennung aus, das gleichwohl sozial – auch anhand real empfundener Wirklichkeiten – vermittelt wird;³⁴ es kann im Extremfall menschenfeindliche Reaktionen hervorrufen.³⁵

Hinsichtlich empirischer sozialer Ungleichheitsstudien wird vielfach – nicht zuletzt datenbedingt – die *materielle* Lebenslage priorisiert. In der mikroökonomischen Forschung wurde die Frage nach der Entwicklung der personellen Verteilungsstrukturen zunächst im angelsächsischen Raum thematisiert.³⁶ Für Deutschland kann in Bezug auf die personelle Einkommensverteilung beispielhaft verwiesen werden auf Becker (2000), Krause (2001), Hauser/Wagner (2002), Becker/Hauser (2003), Becker/Hauser (2004), Birkel (2004), Becker (2005), Frick/Grabka (2008) und Grabka/Frick (2008). Mit der Einkommensmobilität haben sich etwa Fabig (1999), Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005) oder Sopp (2005) auseinandergesetzt. Schlomann (1992), Faik/Schlomann (1997), Ring (2000), Schlomann/Stein (2001), Schüssler/Funke (2002), Stein (2004) und Frick/Grabka (2009) sind Beispiele für Analysen zur bundesdeutschen Vermögensverteilung, und Schüssler/Lang/Buslei (2000), Himmelreicher (2001), Grabka/Frick (2007) und Grabka/Westerheide/Hauser/Becker (2008) schließlich haben sich – zum Teil in integrierter Form – mit Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung *gleichzeitig* befasst. Weitgehend ungeklärt ist hierbei allerdings weiterhin die bedeutende Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wohlstandsverteilung und Wirtschaftswachstum.³⁷

3. Polarisierung der gesellschaftlichen Lebenslagen in Deutschland?

3.1 Nationale Betrachtung

Es ist umstritten, inwieweit die These von einer schrumpfenden Mittelschicht, welche mit einer verstärkten Wohlstandspolarisierung einhergeht, für Deutschland empirische Bestätigung beanspruchen darf. Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich auf den am häufigsten Wohlstandsindikator Einkommen (in der konkreten Ausprägung als Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen).

In dieser analytischen Perspektive hat Sopp in einer beispielgebenden, auf den Wellen 1984 bis 2000 des Sozioökonomischen Panels (SOEP) basierenden Längsschnittanalyse als Fazit festgehalten: „(...) Insgesamt sind keine markanten Veränderungen der Einkommensun-

²⁷ Vgl. Kronauer 2007; vgl. auch in Bezug auf die „neue Armut“ Bieback/Milz 1995.

²⁸ Vgl. hierzu Bude/Willisch 2006.

²⁹ Vgl. Allmendinger 1999, Auernheimer 2003 oder Becker/Lauterbach 2008.

³⁰ Vgl. Solga 2006 oder Solga/Powell 2006.

³¹ Vgl. etwa Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2005.

³² Vgl. Castel 2000, Castel 2005, Paugam/Gallie 2002, Vogel 2006 oder Vogel 2009.

³³ Vgl. Böhnke 2006, Bude 2008 oder Becker 2009.

³⁴ Vgl. Kaletta 2008.

³⁵ Vgl. Heitmeyer 2001-2009.

³⁶ Vgl. etwa die frühen Arbeiten von Fiegehen/Lansley/Smith 1977 oder Atkinson 1983.

³⁷ Vgl. hierzu Rebeggiani 2007, S. 131-142.

gleichheit zu erkennen. Sowohl für die Polarisierungs- als auch für die Abspaltungsthese lassen sich keine nennenswerten Indizien anführen. (...)“³⁸. Er konstatiert allenfalls: „Am ehesten lässt sich von einer Segmentierung sprechen, also einer Verringerung der Einkommensmobilität.“³⁹

Da die Sopp'sche Analyse an der Jahrtausendwende endet, stellt sich die Frage, wie sich seither – d. h. in der jüngeren Vergangenheit – Einkommensungleichheit und –polarisierung in Deutschland entwickelt haben. Daher haben wir den Untersuchungshorizont in der Studie von Sopp um die SOEP-Wellen von 2001 bis 2007 erweitert. Auf dieser Basis sind von 1991 bis zum Jahre 2006 (jeweils retrospektive) Aussagen zur Entwicklung der einkommensbezogenen Polarisierung (im jeweiligen Vorjahr) in Gesamtdeutschland möglich. Als Äquivalenzskala zur Normierung der Haushaltsnettoeinkommen wird jeweils die „neue OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person im Haushalt: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30) genutzt. Das verwendete Ungleichheitsmaß ist der Gini-Koeffizient⁴⁰, das genutzte Polarisierungsmaß das 90/10-Dezilverhältnis. Diese Relation ist nachfolgend als Quotient aus dem Einkommensanteil der oberen 10 % der Einkommensbezieher zum Einkommensanteil der unteren 10 % in der Einkommenshierarchie definiert.⁴¹

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten in Deutschland von 1991 bis 2006 zeigt, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit 2000 gestiegen ist (siehe Abbildung 3.1): Das Niveau des Gini-Koeffizienten hat sich von 2000 bis 2006 beträchtlich um ca. 15 % erhöht. Insgesamt ergibt sich – wie die lineare Trendfunktion in Abbildung 3.1 darlegt – für den betrachteten Zeitraum von 1991 bis 2006 in Deutschland ein Trend zu steigender Einkommensungleichheit.

Hinsichtlich der Einkommenspolarisierung in Deutschland zeigt sich anhand der 90/10-Relation ebenfalls ein positiver Trendverlauf für den Zeitraum von 1991 bis 2006 in Deutschland (siehe Abbildung 3.2). Insbesondere gilt dies auch hier ab dem Jahre 2000.⁴²

Insgesamt offenbart sich für Gesamtdeutschland in der jüngeren Vergangenheit zum einen eine tendenziell gestiegene Einkommensungleichheit und zum anderen auch eine tendenziell erhöhte Einkommenspolarisierung. Verglichen mit den Befunden von Sopp bis zur Jahrtausendwende, scheint sich demnach – unseren Ergebnissen zufolge – ein Strukturbruch hin zu steigender Einkommensungleichheit und –polarisierung ereignet zu haben.

³⁸ Sopp 2005, S. 248.

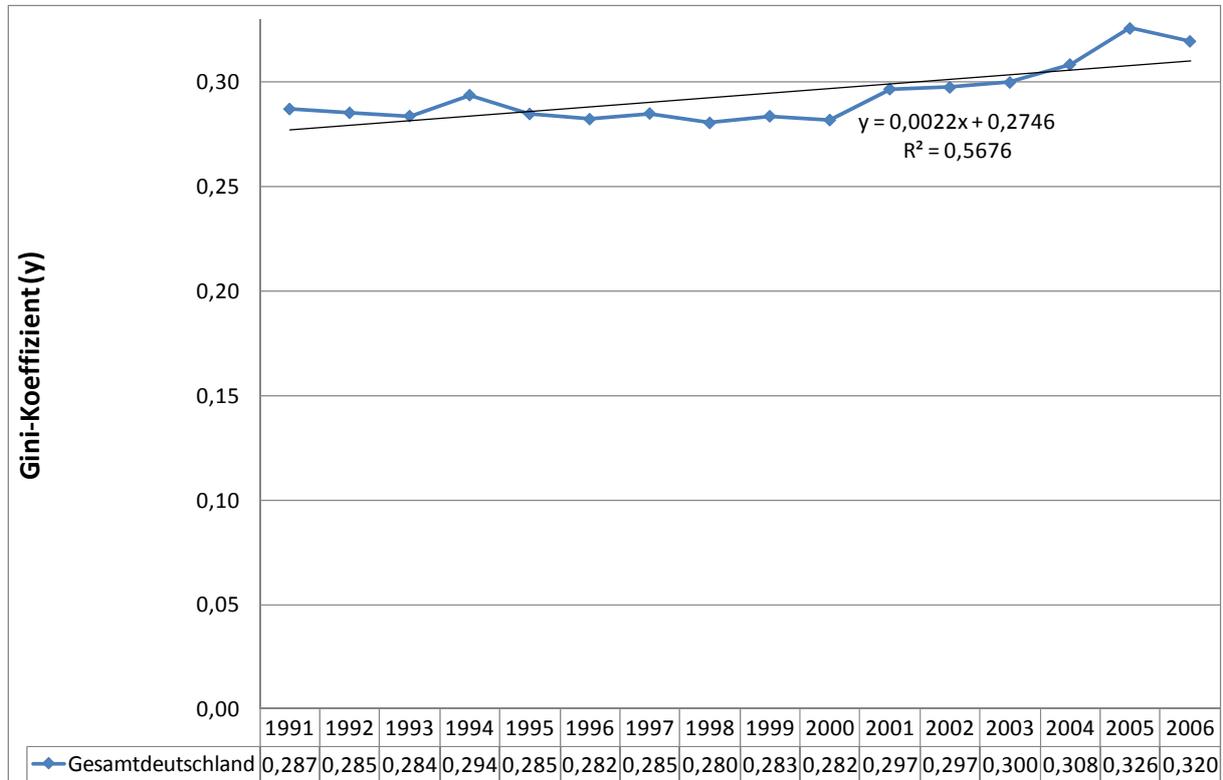
³⁹ Sopp 2005, S. 249.

⁴⁰ Der Gini-Koeffizient ist ein allgemeines Ungleichheitsmaß. Je näher der Wert an Eins liegt, desto ungleichmäßiger sind die Einkommen verteilt; je näher er an Null liegt, desto gleichmäßiger sind folglich die Einkommen verteilt (vgl. hierzu Faik 2007, S. 101-107).

⁴¹ Eine andere Definition der 90/10-Relation findet sich bei Becker/Hauser 2003, S. 32. Bei ihnen wird die Einkommensuntergrenze des obersten Dezils zur Einkommensobergrenze des untersten Dezils in Beziehung gesetzt. Bei den unten stehenden EU-bezogenen Vergleichen wird im Übrigen auf das methodisch zu dem von uns verwendeten 90/10-Verhältnis gleichwertige 80/20-Verhältnis Bezug genommen, d. h. auf die Relation des Einkommensanteils der obersten 20 % der Einkommensverteilung zum Einkommensanteil der untersten 20 % der Einkommensverteilung. Auch dort wird die oben genannte „neue OECD-Skala“ zur Normierung der Haushaltsnettoeinkommen genutzt.

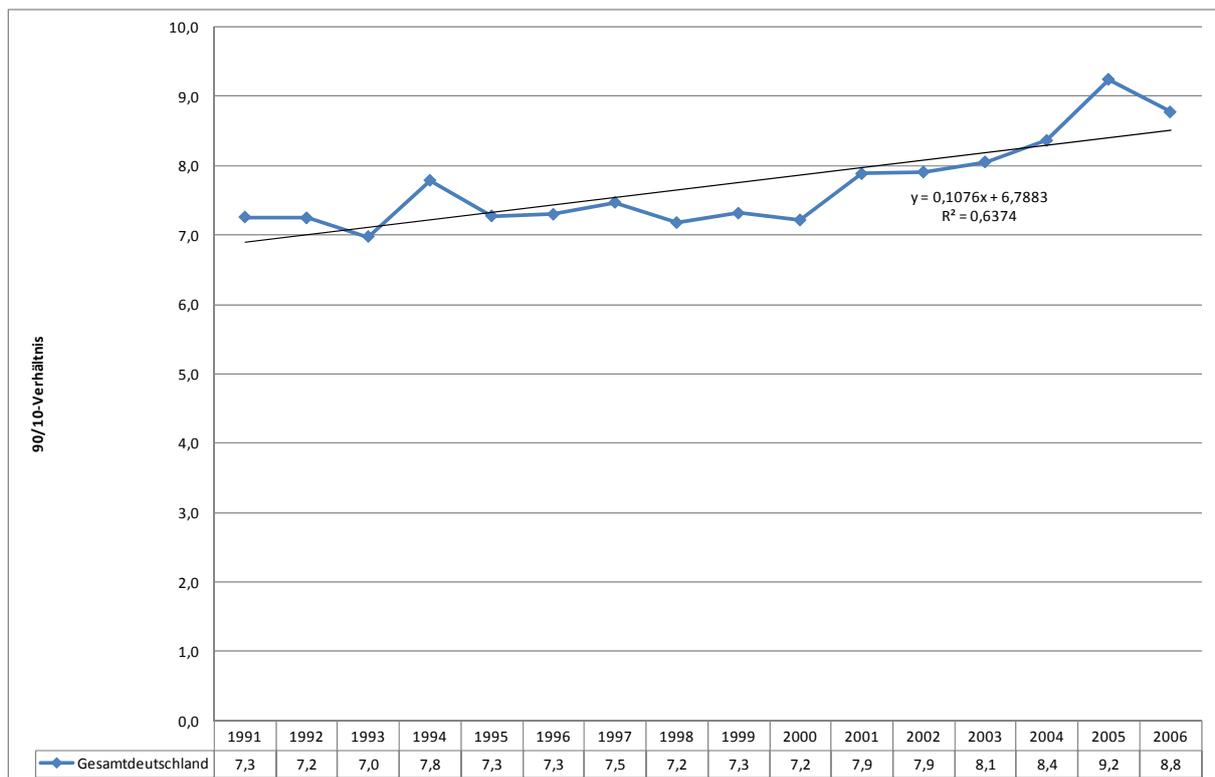
⁴² Vgl. in diesem Kontext auch die Ausführungen in Schmid/Faik 2008; vgl. auch Grabka/Frick 2008 oder Faik 2008.

Abbildung 3.1: (Haushaltsnettoäquivalenz-)Einkommensungleichheit in Deutschland 1991-2006 (Gini-Koeffizient)



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

Abbildung 3.2: (Haushaltsnettoäquivalenz-)Einkommenspolarisierung in Deutschland 1991-2006 (90/10-Relation)



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

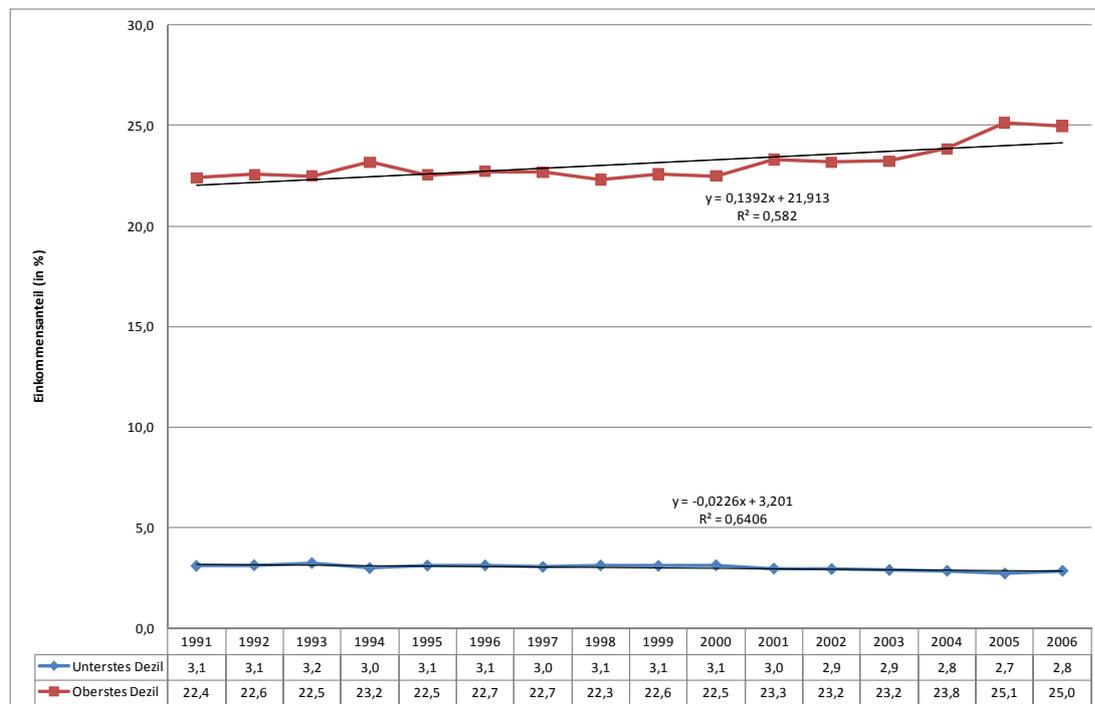
Eine gestiegene Einkommenspolarisierung kann auf der Grundlage des 90/10-Verhältnisses allerdings verschiedene Ursachen haben:

1. Der Einkommensanteil des obersten Dezils kann bei gleich bleibendem Anteil des untersten Dezils gestiegen sein,
2. der Einkommensanteil des obersten Dezils kann gleich geblieben sein bei sinkendem Anteil des untersten Dezils,
3. der Einkommensanteil des obersten Dezils kann gestiegen und jener des untersten Dezils gesunken sein,
4. der Einkommensanteil des obersten Dezils kann schwächer als der des untersten Dezils gesunken sein, und
5. der Einkommensanteil des obersten Dezils kann stärker als der des untersten Dezils gestiegen sein.

Die oben erwähnte These von der „wegbrechenden Mittelschicht“ bei gleichzeitiger zunehmender Einkommenspolarisierung wäre insbesondere mit der fünften Konstellation, eingeschränkt aber auch mit der erstgenannten Situation vereinbar.

Aus Abbildung 3.3 wird deutlich, dass in Deutschland von 1991 bis 2006 der Einkommensanteil des obersten Dezils einen positiven Trend aufweist. Demgegenüber hat sich der Einkommensanteil des untersten Dezils über die genannte Zeitspanne hinweg im Grunde genommen kaum verändert. Es liegt demnach die oben genannte erste Konstellation vor, welche auf ein „Wegbrechen“ der Mittelschicht „nach oben“ hindeutet.⁴³

Abbildung 3.3: Entwicklung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensanteile des obersten und des untersten Dezils der personellen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensverteilung in Deutschland 1991 bis 2006



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

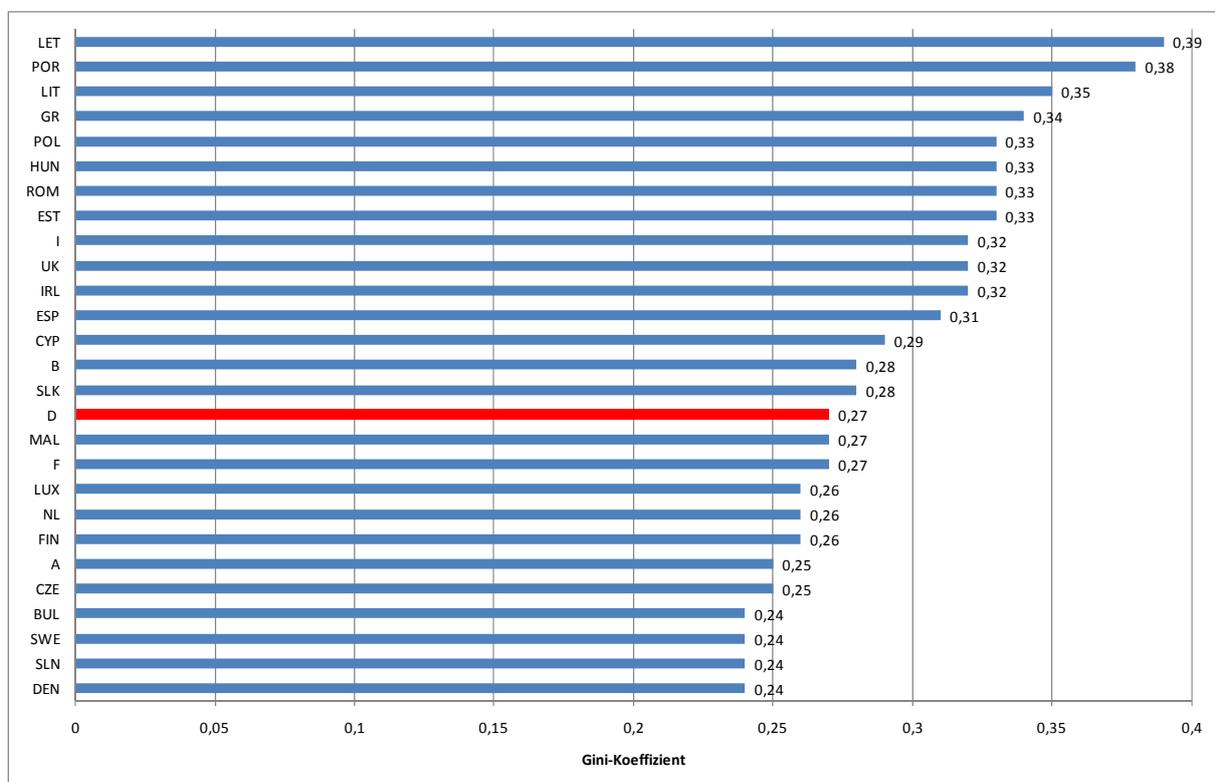
⁴³ In einer etwas anderen methodischen Abgrenzung hat auch Groh-Samberg 2009, S. 592, auf SOEP-Grundlage ebenfalls Polarisierungstendenzen für Deutschland seit der Jahrtausendwende ausgemacht. Bei ihm ergeben sie sich aus gestiegenen Einkommensanteilswerten sowohl der (relativ) Reichen (d. h. der Personen mit mehr als 200 % des Median-Äquivalenzeinkommens) als auch der (relativ) Armen (d. h. der Personen mit weniger als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens).

3.2 Internationale Perspektive

Um die vorstehenden nationalen Befunde international einordnen zu können, wird nachfolgend ein EU-27-Vergleich bezüglich Einkommensungleichheit und –polarisierung vorgenommen. Datenbasis ist das EU-SILC 2006. Die länderspezifische Ungleichheit der – erneut via „neuer OECD-Skala“ normierten – Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen ist auch hier mittels des Gini-Koeffizienten gemessen worden; der Grad der Einkommenspolarisierung hingegen ist seitens der Europäischen Kommission jeweils mittels des 80/20-Verhältnisses bestimmt worden. Die 80/20-Relation setzt – analog zur oben verwendeten 90/10-Relation – den Einkommensanteil des obersten Quintils zu jenem des untersten Quintils in Beziehung.

Mit diesen Abgrenzungen nimmt Deutschland, was Einkommensungleichheit und Polarisierungsgrad (in jeweils absteigender Werteanordnung) anbelangt, EU-27-weit den 10-12. bzw. den 10. Platz – also allenfalls eine vordere Mittelfeld-Platzierung – ein (siehe die Abbildungen 3.4 und 3.5).⁴⁴

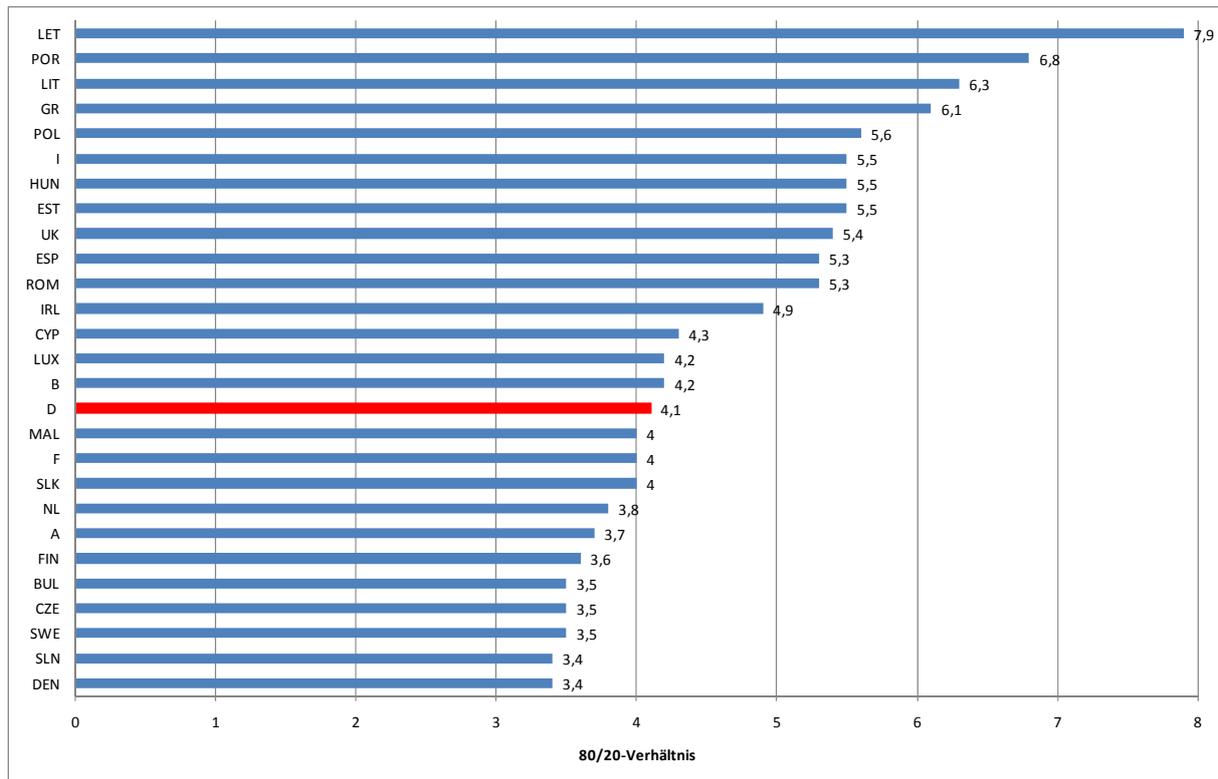
Abbildung 3.4: Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) in der EU-27 2006 (EU-SILC)



Quelle: European Commission 2009, S. 122

⁴⁴ Die Ausprägung des Gini-Koeffizienten im Jahre 2006 liegt in Abbildung 3.4 mit 0,27 offenkundig nicht unerheblich unterhalb des in Abbildung 3.1 für 2006 ausgewiesenen Wertes in Höhe von ca. 0,32. Da in beiden Abbildungen die Haushaltsnettoeinkommen jeweils durch die „neue OECD-Äquivalenzskala“ normiert wurden, können die festgehaltenen Unterschiede im Grunde genommen nur in divergierenden Definitionen des Haushaltsnettoeinkommens (vor allem: im SOEP mit, in EU-SILC ohne Zurechnung eines fiktiven Mietwertes für Eigentümerhaushalte als Einkommensbestandteil; vgl. hierzu beispielhaft Braun 2008, S.3) und/oder gegebenenfalls auch in einer unterschiedlichen Bevölkerungsrepräsentativität der jeweils verwendeten Datenbasis liegen. So gibt es u. a. Hinweise auf eine Überrepräsentation von Ausländerhaushalten und auf eine deutliche Unterrepräsentation der Personen mit dem einfachsten Bildungsgrad im EU-SILC für Deutschland (vgl. Hauser 2007, S. 13).

Abbildung 3.5: Einkommenspolarisierung (80/20-Relation) in der EU-27 2006 (EU-SILC)



Quelle: European Commission 2009, S. 122

4. Konfliktwahrnehmungen und Verteilungsbeurteilungen in Deutschland

Im Zusammenhang mit Verteilungsunterschieden ist neben objektiven, d. h. intersubjektiv überprüfbareren Entwicklungen die Beschäftigung mit der subjektiven Verteilungsdimension mindestens genauso wichtig. Es stellt sich demnach die Frage, ob die oben festgestellten Polarisierungstendenzen für Deutschland ihre Entsprechung in wahrgenommenen Konfliktdichten bzw. in Beurteilungen der bundesdeutschen Wohlstandsverteilung durch die bundesdeutsche Bevölkerung haben. Zu diesem Zweck wird in Kapitel 4.1 insbesondere auf den wahrgenommenen Konflikt zwischen Armut und Reichtum Bezug genommen. Er ist in den Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1998 sowie in den Sozialstaatssurveys 2005 bis 2008 in den Ausprägungen 1 = gar kein Konflikt, 2 = eher schwacher Konflikt, 3 = ziemlich starker Konflikt und 4 = sehr starker Konflikt abgefragt worden. Des Weiteren spielen in diesem Kontext auch weitere Beurteilungen der Ungleichheitslage – und hier nicht zuletzt der Grad der Präferenz für Umverteilungen – eine Rolle. Letzteres wird Gegenstand von Kapitel 4.2 sein.

4.1 Konfliktwahrnehmungen

Trotz der von Sopp für 1984 bis 2000 (bzw. der in den Abbildungen 3.1 und 3.2 für Deutschland 1991 bis 2000) festgehaltenen, weitgehend stabilen Einkommenspolarisierung bzw. -ungleichheit ergibt sich auf gesamtdeutscher Ebene in der Frage Arm versus Reich ein durchschnittlicher Anstieg im oben genannten Index für den wahrgenommenen Konflikt Arm versus Reich zwischen 1993 und 1998 von 2,4 auf 2,7 Punkte. Stärker – um 0,4 Punkte (von 2,7 auf 3,1 Punkte) – fällt demgegenüber der Anstieg des betreffenden Konfliktindex beim Vergleich des Sozialstaatssurveys 2005 mit dem Wohlfahrtssurvey 1998 aus. Dass dieser Anstieg größer als der zwischen 1993 und 1998 ist, ist plausibel, war doch der Polarisie-

rungs- und Ungleichheitsanstieg von 1998 auf 2005 recht deutlich. In den Jahren von 2005 bis 2008 ist die durchschnittliche Konfliktwahrnehmung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich in der bundesdeutschen Bevölkerung auf dem gegenüber 1998 erhöhten Durchschnittsniveau in Richtung eines „ziemlich starken Konfliktes“ in etwa gleich geblieben. In diesem Zusammenhang wurde in Ostdeutschland seitens der Befragten von einem intensiveren Konflikt zwischen Arm und Reich als in Westdeutschland ausgegangen. Die Gruppe der Arbeitslosen – um eine besondere sozialpolitische Problemgruppe exemplarisch herauszugreifen – ordnete dem genannten Gegensatz zwischen Arm und Reich – mit der Ausnahme des Jahres 1993 in Westdeutschland – eine höhere Konfliktintensität zu, als dies die Gesamtpopulation tat.⁴⁵

In den Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 sahen 48,4 % bzw. 58,5 % der Befragten in Deutschland den Konflikt zwischen Arm und Reich als ziemlich stark bzw. als sehr stark an. In den Sozialstaatssurveys von 2005 bis 2008 lauteten die korrespondierenden Prozentwerte 79,4 %, 74,5 %, 77,7 % und 79,0 %; es ergab sich also gegenüber den 1990er-Jahren ein Anstieg um beachtliche 15 bis 30 Prozentpunkte, was vermutlich auch ein Abbild der gegenüber den 1990er-Jahren gestiegenen objektiven Wohlstandspolarisierung in Deutschland ist. Verglichen mit anderen Konfliktarten (Arbeitgeber versus Arbeitnehmer, Gastarbeiter versus Deutsche, Männer versus Frauen, Rechts- versus Linksparteien, Jung versus Alt, Ost- versus Westdeutschland, Leistungsempfänger versus Beitragszahler) waren dies seit 2005 – mit Ausnahme des wahrgenommenen Konfliktes in der Programmatik zwischen Rechts- und Linksparteien (2008 z. B. 81,5 %) – durchweg höhere Prozentwerte. 2008 etwa ergaben sich bezüglich dieser anderen Konfliktarten folgende Prozentwerte: Leistungsempfänger versus Beitragszahler 68,0 %, Arbeitgeber versus Arbeitnehmer 61,8 %, Gastarbeiter versus Deutsche 58,5 %, Ost- versus Westdeutschland 52,5 %, Jung versus Alt 40,8 % und Männer versus Frauen 30,5 %, welche um ca. elf bis 48,5 Prozentpunkte niedriger als der Anteilswert für den Konflikt Arm versus Reich waren (siehe Tabelle 4.1).

Tabelle 4.1: Wahrgenommene Konflikte in Deutschland 1993-2008
– Anteil der als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikte an den Gesamtantworten

Jahr	Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	Gastarbeiter versus Deutsche	Männer versus Frauen	Rechts- versus Linksparteien	Arm versus Reich	Jung versus Alt	Ost- versus Westdeutschland	Leistungsempfänger versus Beitragszahler
WS 1993	53,3 %	50,0 %	12,9 %	67,0 %	48,4 %	19,7 %	52,2 %	-
WS 1998	57,1 %	59,0 %	16,9 %	66,2 %	58,5 %	25,9 %	42,9 %	-
EZS 2005	74,0 %	65,6 %	32,6 %	79,9 %	79,4 %	44,3 %	57,2 %	68,8 %
EZS 2006	65,0 %	64,7 %	29,1 %	78,1 %	74,5 %	43,8 %	56,4 %	70,2 %
EZS 2007	62,4 %	61,1 %	30,5 %	76,7 %	77,7 %	40,0 %	53,8 %	70,4 %
EZS 2008	61,8 %	58,5 %	30,5 %	81,5 %	79,0 %	40,8 %	52,5 %	68,0 %

WS = Wohlfahrtssurvey, EZS = Einstellungen zum Sozialstaat (= Sozialstaatssurvey)

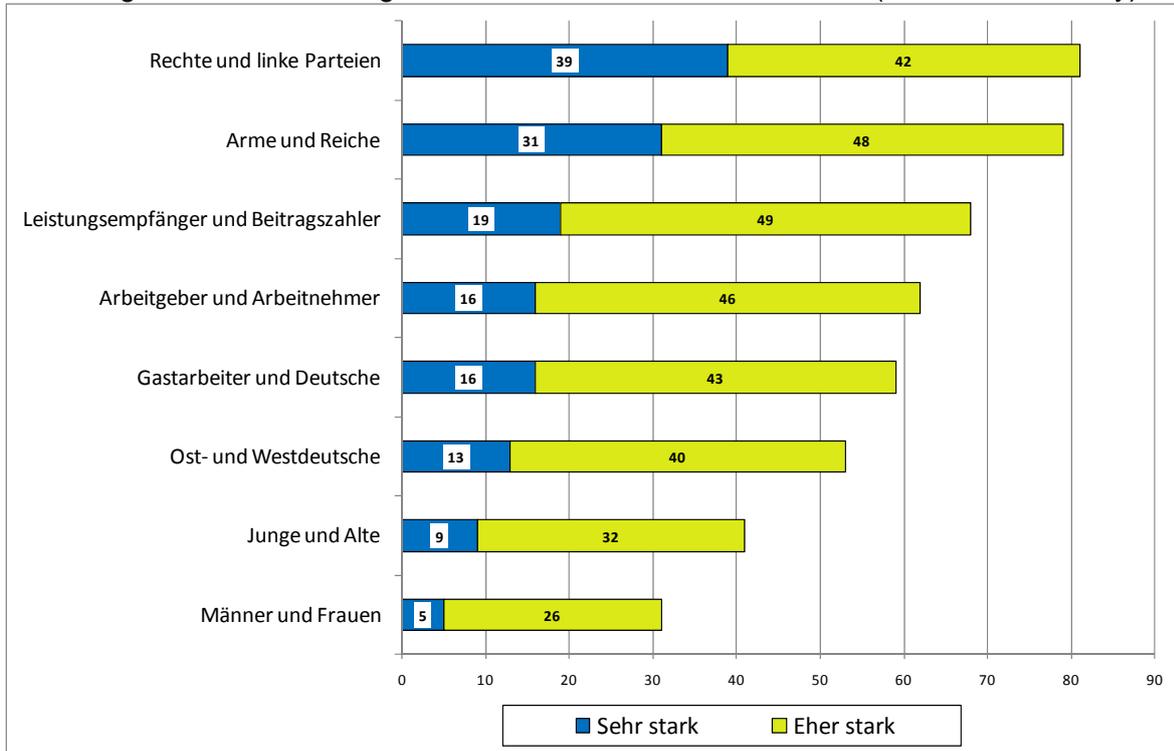
Quelle: Glatzer et al. 2008, S. 328-334, und eigene Berechnungen (für Spalte „Leistungsempfänger versus Beitragszahler“)

Abbildung 4.1 differenziert – exemplarisch für das Jahr 2008 – zwischen eher starken und sehr starken Konflikten. Diese Differenzierung offenbart, dass bei den als sehr stark wahrgenommenen Konflikten der Konflikt zwischen Armen und Reichen auch hier nur vom Konflikt zwischen rechten und linken Parteien übertroffen wird (39 versus 31 %). Bezüglich der Aus-

⁴⁵ Vgl. Faik/Becker 2009, S. 43.

prägung „eher starker Konflikt“ liegt der Konflikt Arm versus Reich ebenfalls auf dem zweiten Platz (mit 48 % knapp – d. h. um ca. einen Prozentpunkt – hinter dem Konflikt Leistungsempfänger versus Beitragszahler). Auch diese Differenzierung verdeutlicht die große Bedeutung, welche inzwischen dem Konflikt Arm versus Reich unter allen Konfliktarten in Deutschland zukommt.

Abbildung 4.1: Wahrnehmung von Konflikten in Deutschland 2008 (Sozialstaatssurvey)



Quelle: Eigene Berechnungen

In sozioökonomischer Differenzierung waren im Jahre 2008 (Sozialstaatssurvey) verglichen mit dem gesamtdeutschen Wert in Höhe von 79,0 % die Prozentwerte für einen als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikt zwischen Arm und Reich in den Gruppen der Alleinerziehenden (81,1 %) und der Erwachsenen mit Eltern (86,3 %), in der Arbeiterschicht (82,3 %), bei den Personen mit mittlerer Bildung (80,9 %), bei den 18-29-Jährigen (84,6 %), bei den 30-39-Jährigen (83,8 %), bei den einfach Beschäftigten (80,1 %), bei den Arbeitslosen (81,9 %) und darunter bei den Kurzarbeitslosen (83,8 %) und den Langzeitarbeitslosen (81,8 %) sowie bei den Personen im untersten und zweituntersten (Haushaltsnetto-)Äquivalenzeinkommensquintil (81,3 % bzw. 80,5 %) höher. Es fällt auf, dass es sich hierbei überwiegend um Gruppen mit einer vergleichsweise hohen Armutsgefährdung handelt.⁴⁶ In einer Gender-Perspektive ergeben sich bei allen Konfliktarten höhere Prozentwerte für die bundesdeutschen Frauen als für die bundesdeutschen Männer.

⁴⁶ Vgl. hierzu auch die von Hauser/Faik/Glatzer 2000 auf empirischer Grundlage vorgenommene Systematisierung.

Tabelle 4.2: Wahrgenommene Konflikte in Deutschland 2008 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen – Anteil der als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikte an den jeweiligen Gesamtantworten (EZS)

Gruppe	Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	Gastarbeiter versus Deutsche	Männer versus Frauen	Rechts- versus Linksparteien	Arm versus Reich	Jung versus Alt	Ost- versus Westdeutschland	Leistungsempfänger versus Beitragszahler
Alle, Deutschland	61,8 %	58,5 %	30,5 %	81,5 %	79,0 %	40,8 %	52,5 %	68,0 %
Alle, Westdeutschland	60,9 %	57,4 %	30,6 %	80,8 %	78,0 %	40,7 %	50,2 %	68,2 %
Alle, Ostdeutschland	66,6 %	64,7 %	29,5 %	85,3 %	84,3 %	41,5 %	64,8 %	67,3 %
Männer (D)	60,8 %	51,9 %	24,3 %	80,1 %	76,6 %	37,3 %	48,3 %	62,9 %
Frauen (D)	62,8 %	64,7 %	36,4 %	82,8 %	81,3 %	44,1 %	56,5 %	72,8 %
Alleinlebende (D)	61,2 %	60,1 %	34,1 %	79,1 %	78,6 %	43,9 %	53,0 %	62,2 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	57,2 %	58,1 %	27,7 %	81,2 %	76,4 %	39,2 %	49,6 %	61,9 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	65,1 %	56,9 %	27,9 %	80,8 %	78,2 %	38,9 %	52,4 %	71,0 %
Alleinerziehende (D)	64,3 %	62,8 %	(35,2 %)	76,3 %	81,1 %	(35,6 %)	58,2 %	70,9 %
Erwachs. mit Eltern (D)	61,6 %	62,6 %	36,4 %	91,7 %	86,3 %	47,7 %	56,9 %	77,4 %
Arbeiterschicht (D)	62,9 %	60,1 %	35,3 %	82,3 %	82,3 %	46,0 %	57,4 %	71,0 %
Mittelschicht (D)	63,1 %	58,0 %	29,7 %	81,6 %	78,5 %	39,6 %	51,1 %	67,2 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	53,7 %	58,3 %	24,6 %	80,8 %	75,7 %	35,7 %	48,4 %	66,3 %
Niedrige Bildung (D)	58,3 %	57,9 %	36,5 %	79,4 %	77,7 %	45,9 %	54,9 %	70,2 %
Mittlere Bildung (D)	61,9 %	63,1 %	31,1 %	83,1 %	80,9 %	42,5 %	53,8 %	72,0 %
Hohe Bildung (D)	63,2 %	55,1 %	27,4 %	80,7 %	77,5 %	37,5 %	51,0 %	64,6 %
18-29 Jahre (D)	60,2 %	64,1 %	32,9 %	88,5 %	84,6 %	45,7 %	55,8 %	78,0 %
30-39 Jahre (D)	68,2 %	58,3 %	31,4 %	82,6 %	83,8 %	42,5 %	53,3 %	74,0 %
40-49 Jahre (D)	65,1 %	59,3 %	27,7 %	78,9 %	74,8 %	34,4 %	50,4 %	69,0 %
50-64 Jahre (D)	60,8 %	57,0 %	29,3 %	80,3 %	77,3 %	40,0 %	51,5 %	62,7 %
65 Jahre und älter (D)	56,5 %	54,9 %	31,1 %	78,2 %	76,8 %	41,9 %	52,6 %	60,2 %
Einfach Beschäftigte (D)	63,7 %	58,5 %	31,5 %	82,8 %	80,1 %	40,5 %	52,5 %	72,7 %
Qualif. Beschäftigte (D)	65,6 %	55,3 %	24,9 %	80,9 %	78,8 %	37,3 %	50,8 %	64,7 %
Selbstständige (D)	59,0 %	62,3 %	(22,2 %)	80,7 %	78,1 %	37,5 %	51,6 %	67,1 %
Arbeitslose (D)	62,3 %	62,7 %	(38,2 %)	81,1 %	81,9 %	(46,4 %)	56,3 %	68,0 %
Kurzzeitarbeitslose (D)	(61,8 %)	(64,1 %)	(40,0 %)	(85,6 %)	(83,8 %)	(51,5 %)	(53,9 %)	(66,2 %)
Langzeitarbeitslose (D)	(61,6 %)	(61,2 %)	(37,7 %)	(78,3 %)	(81,8 %)	(45,1 %)	(61,7 %)	(75,9 %)
1. Einkommensquintil (D)	60,8 %	61,9 %	37,4 %	80,6 %	81,3 %	46,4 %	57,5 %	72,9 %
2. Einkommensquintil (D)	63,8 %	62,1 %	31,6 %	81,7 %	80,5 %	42,0 %	51,9 %	71,3 %
3. Einkommensquintil (D)	64,3 %	57,8 %	30,4 %	81,7 %	78,3 %	39,8 %	50,8 %	66,7 %
4. Einkommensquintil (D)	63,0 %	54,1 %	27,7 %	80,0 %	77,9 %	37,1 %	53,2 %	63,4 %
5. Einkommensquintil (D)	56,4 %	55,7 %	24,4 %	82,1 %	77,2 %	36,1 %	49,0 %	63,5 %

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Für die Jahre 2005-2007 finden sich im Anhang in den Tabellen A.1a bis A.1c gleiche Auflistungen der von ausgewählten sozioökonomischen Gruppen wahrgenommenen Konfliktintensitäten.

4.2 Verteilungsbeurteilungen

Im Folgenden wird auf Sozialstaatssurvey-Basis untersucht, inwieweit ausgewählte Verteilungsbeurteilungen bzw. Werthaltungen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Deutschland voneinander divergieren und solcherart gegebenenfalls – zumindest teilweise – die in Kapitel 4.1 skizzierten Unterschiede bei der Konfliktwahrnehmung zu erklären vermögen (siehe Tabelle 4.3 für das Jahr 2008 bzw. im Anhang die Tabellen A.2a bis A.2c für die Jahre 2005 bis 2007).

Ganz allgemein ist hierbei anhand von Tabelle 4.3 ersichtlich, dass aktuell (2008) etwa neun von zehn Befragten in Deutschland die existierenden bundesdeutschen Einkommensunterschiede für zu groß halten und sozusagen folgerichtig gut acht von zehn Befragten für eine Bedarfsicherung durch Umverteilung eintreten. Etwas mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung sieht allerdings grundsätzlich eine Einkommensdifferenzierung unter Leistungsgesichtspunkten als sinnvoll an, plädiert also für eine Leistungsgesellschaft.

Hinsichtlich der drei genannten Beurteilungen ergeben sich allerdings bei sozioökonomischer Differenzierung zum Teil markante Unterschiede. So sind prozentual mehr Ost- als Westdeutsche und mehr Frauen als Männer in Deutschland der Auffassung, dass die existierenden Einkommensunterschiede zu groß sind. Bei haushaltstypenbezogener Betrachtung sind insbesondere die Alleinerziehenden und die (Ehe-)Paare mit Kindern dieser Meinung, weniger indes die Erwachsenen, welche mit ihren Eltern zusammenleben. In sozialer Schichtungsperspektive sinkt der Zustimmungswert zu der These zu hoher Einkommensunterschiede in Deutschland beim Übergang von der Arbeiter- über die Mittel- hin zur oberen Mittelschicht/Oberschicht. Während sich bildungs- und altersbezogen nur eine relativ geringe Prozentstreuung ergibt, springt bei Gliederung nach dem (Nicht-)Erwerbsstatus der hohe Zustimmungswert bei den Arbeitslosen und hier wiederum vor allem derjenige bei den Langzeitarbeitslosen ins Auge, was darauf hinweist, dass gerade sozial benachteiligte Gruppen die bestehenden Einkommensungleichheiten als zu groß beurteilen. Letzteres unterstreicht auch eine (Einkommens-)Quintilsbetrachtung: Während im Jahre 2008 in den beiden untersten Quintilen die Zustimmung zur genannten These jeweils knapp 93 % betrug, lag sie, prozentual gesehen, im obersten Quintil bei lediglich gut 82 %, d. h. um rund elf Prozentpunkte niedriger (siehe Tabelle 4.3).

Eine ähnliche Frage ist die nach der Gerechtigkeit entsprechender Unterschiede: So wurden – eigenen Berechnungen zufolge – die sozialen Unterschiede in der ALLBUS 2000 nur von 41,8 %, 2004 von 31,5 % und 2008 von 27,4 % der deutschen Bevölkerung als gerecht bewertet; hier ergibt sich also eine klar abnehmende Tendenz in den betreffenden Anteilswerten. Korrespondierend damit, wurde die Verteilung des Wohlstands in Deutschland in den Wohlfahrts-/Sozialstaatssurveys 1998 von 75,0 %, 2005 von 77,8 %, 2006 von 76,7 %, 2007 von 75,9 % und 2008 – mit einem Höchstwert – von 80,4 % der deutschen Bevölkerung als überhaupt nicht bzw. als eher nicht gerecht eingestuft.⁴⁷ War noch Mitte der 1990er-Jahre (1995: 55,0 %) bzw. Anfang der 2000er-Jahre (2001: 46,0 %) gemäß Allensbach-Befunden ungefähr (etwas mehr bzw. etwas weniger als) die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland „in den letzten drei, vier Jahren“ abgenommen habe, zeigen die Sozialstaatssurvey-Ergebnisse entsprechende Prozentwerte in Höhe von rund drei Vierteln (2005: 78,7 %, 2006: 76,5 %, 2007: 73,2 %, 2008: 75,3 %).⁴⁸

Bezüglich der Frage nach den aus Einkommensunterschieden resultierenden Leistungsanreizen zeigt sich eine tendenziell stärkere Befürwortung des bestehenden Zusammenhangs in den sozial privilegierteren Gruppen: Während nämlich im Jahre 2008 ca. 57 % im obersten Einkommensquintil diesem Zusammenhang ihre Zustimmung erteilten, waren dies im untersten Quintil lediglich gut 48 %. In einer geschlechterbezogenen Perspektive ist der Zustimmungswert in diesem Kontext in der Gruppe der Frauen deutlich – um rund zwölf Prozentpunkte – niedriger als bei den Männern. Auch in altersdifferenzierter Betrachtung ergibt sich eine relativ klare Tendenz – in diesem Fall zu steigenden prozentualen Zustimmungswerten von den jüngeren zu den älteren Alterskohorten: Bis zum Alter von 39 Jahren stimmen lediglich etwa 45 % zu, dass Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz fungierten; in der obersten Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren sind dies hingegen immerhin fast 65 %, was einem Unterschied von fast 20 Prozentpunkten entspricht. Allerdings ist die Zustimmung zur Leistungsbezogenheit der bundesdeutschen Einkommensverteilung auch bei den sozial benachteiligten Gruppen nicht unbeträchtlich. So beläuft sich der niedrigste im Jahre 2008 gemessene Wert – in der Gruppe der 30-39-Jährigen – auf immerhin ca. 44 %. Hierzu pas-

⁴⁷ Vgl. Glatzer et al. 2008, S. 323.

⁴⁸ Vgl. auch hierzu Glatzer et al. 2008, S. 353.

send, wurden die jeweils bestehenden Rangunterschiede in der Einkommenshierarchie in der ALLBUS 2000 von 57,0 %, 2004 von 56,2 % und 2008 von 53,7 % der deutschen Bevölkerung als grundsätzlich akzeptabel eingestuft. Von den Werten her signalisiert dies allerdings eine (leicht) fallende Zustimmungstendenz.⁴⁹

Eine Bedarfssicherung durch Umverteilung befürworteten primär gesellschaftliche Problemgruppen: In der Gruppe der Langzeitarbeitslosen waren dies im Jahre 2008 gut 95 %. Auch ist die redistributive Zustimmung in Ostdeutschland markant – um gut fünf Prozentpunkte – höher als in Westdeutschland (siehe Tabelle 4.3). Hinsichtlich des Redistributionskontextes stimmten auch in der ALLBUS 2008 immerhin gut zwei Drittel (68,1 %) der Befragten einer Umverteilung zu Gunsten „einfacher Leute“ zu. Entsprechend erschien im Jahre 2004 56,4 % der deutschen Bevölkerung die bestehende Ungleichheit prinzipiell als noch weiter reduzierbar. Diese Grundhaltung kommt auch darin zum Ausdruck, dass im Jahre 2004 84,0 % der Befragten die Gewinne in Deutschland für nicht gerecht verteilt hielten. Auch beurteilten 2000 38,0 %, 2002 37,6 %, 2004 44,0 %, 2006 39,8 % und 2008 45,2 % der Befragten ihren Anteil am Lebensstandard als nicht gerecht. Ergänzend waren 2000 51,6 % der Befragten der Auffassung, dass man „gutes Geld“ nicht ohne entsprechende Leistung beziehen dürfe.⁵⁰

Im hinteren Teil von Tabelle 4.3 sind des Weiteren Werthaltungen der Untersuchungseinheiten ausgewiesen. Hierbei zeigt sich, dass in Ostdeutschland eine egalitäre Grundhaltung stärker und eine individualistische Grundposition schwächer als in Westdeutschland verbreitet ist. Auch ist in Ostdeutschland Askriptivismus weniger stark und Fatalismus stärker verbreitet als in Westdeutschland.⁵¹ Die im Ost-West-Verhältnis entsprechend festgehaltene Struktur ist auch für das Geschlechterverhältnis prägend: Bei den Frauen in Deutschland sind Egalitarismus und Fatalismus in höherem Maße und Individualismus und Askriptivismus in schwächerem Maße als in der Gruppe der bundesdeutschen Männer zu beobachten. Diese Befunde korrespondieren mit den in Kapitel 4.1 ermittelten Ergebnissen üblicherweise höherer wahrgenommener Konfliktintensitäten insbesondere in Bezug auf den Gegensatz zwischen Arm und Reich bei Ostdeutschen und bei bundesdeutschen Frauen: Offenkundig bewirkt etwa eine eher egalitäre Grundhaltung über ein hierdurch signalisiertes größeres Interesse am Gemeinwohl auch eine stärkere Pointierung bzw. Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte.

In haushaltsbezogener Differenzierung zeichnen sich die Alleinerziehenden deutlich durch eine egalitäre Grundhaltung und weniger durch eine individualistische Sichtweise aus. Eine egalitäre Position nimmt ferner in Schichtungsperspektive vorrangig die Arbeiterschicht ein, während die obere Mittelschicht bzw. die Oberschicht in hohem Maße eine individualistische Grundhaltung haben. Während in diesem Differenzierungszusammenhang Askriptivismus in der obersten Schicht am verbreitetsten ist, ergibt sich hinsichtlich einer fatalistischen Grundhaltung der höchste Prozentwert bei der Arbeiterschicht. Im Bildungskontext sinkt der Grad hoher Zustimmung zu Egalitarismus und auch zu Fatalismus bei den Übergängen von der Gruppe mit niedriger Bildung über die Gruppe mit mittlerer Bildung hin zur Gruppe mit hoher Bildung sukzessive und in deutlichem Ausmaß; Umgekehrtes gilt in Bezug auf die Kategorie Askriptivismus. In altersbezogener Differenzierung fallen die höchsten Prozentwerte für die älteste Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren hinsichtlich einer hohen Zustimmung zu Individualismus, Askriptivismus und Fatalismus auf. Bei der Untergliederung nach dem (Nicht-)Erwerbsstatus äußern Arbeitslose und einfach Beschäftigte vergleichsweise hohe

⁴⁹ Eigene ALLBUS-Berechnungen.

⁵⁰ Eigene ALLBUS-Berechnungen.

⁵¹ Für die verwendeten Begriffe können im vorliegenden Kontext folgende Definitionen gegeben werden: Egalitarismus: Es wird eine möglichst gleichmäßige Wohlstandsverteilung angestrebt; Individualismus: Die Wohlstandsverteilung soll auf Wettbewerb, d. h. auf dem Leistungsgedanken fußen; Fatalismus: Die Wohlstandsverteilung ist in dieser Sicht sozusagen schicksalsgegeben und nicht veränderlich; Askriptivismus: Die Wohlstandsverteilung wird aufgrund der jeweiligen sozialen Rolle bzw. des jeweiligen sozialen Status festgelegt (vgl. Wegener/Liebig 1998, S. 25-29).

Zustimmungswerte zu Egalitarismus, Askriptivismus und Fatalismus; in der Kategorie Individualismus haben die Selbstständigen den höchsten Zustimmungswert inne. Vom untersten zum obersten Einkommensquintil schließlich nimmt die Zustimmung zum Egalitarismus sukzessive ab und jene zum Individualismus tendenziell zu. Askriptivistische Zustimmung findet sich im höchsten Maße im obersten Quintil und Fatalismus primär im untersten Quintil.

Tabelle 4.3: Ausgewählte Verteilungsbeurteilungen bzw. Werthaltungen in Deutschland 2008 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen (Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Einkommensunterschiede zu groß: Ja ¹⁾	Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz: Ja ¹⁾	Bedarfssicherung durch Umverteilung: Ja ¹⁾	Egalitarismus: hohe Zustimmung ²⁾	Individualismus: hohe Zustimmung ²⁾	Askriptivismus: hohe Zustimmung ²⁾	Fatalismus: hohe Zustimmung ²⁾
Alle, Deutschland	89,1 %	51,7 %	82,8 %	39,1 %	16,9 %	52,7 %	25,9 %
Alle, Westdeutschland	88,6 %	52,1 %	81,9 %	36,2 %	17,4 %	53,6 %	25,0 %
Alle, Ostdeutschland	92,1 %	49,1 %	87,2 %	51,2 %	14,2 %	48,5 %	30,4 %
Männer (D)	86,4 %	57,8 %	82,0 %	31,5 %	22,4 %	55,7 %	23,0 %
Frauen (D)	91,6 %	45,9 %	83,5 %	46,2 %	11,7 %	50,0 %	28,5 %
Alleinlebende (D)	89,0 %	54,0 %	85,1 %	39,0 %	19,6 %	55,2 %	31,1 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	88,6 %	54,9 %	83,8 %	37,1 %	19,9 %	56,3 %	27,1 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	90,6 %	51,1 %	81,4 %	38,8 %	14,6 %	51,3 %	25,8 %
Alleinerziehende (D)	92,4 %	48,3 %	86,3 %	50,0 %	(12,9 %)	49,6 %	(26,6 %)
Erwachs. mit Eltern (D)	84,6 %	49,0 %	78,1 %	41,8 %	(16,5 %)	48,9 %	(19,3 %)
Arbeiterschicht (D)	94,7 %	52,2 %	87,0 %	55,9 %	14,3 %	51,3 %	42,7 %
Mittelschicht (D)	90,2 %	52,3 %	82,0 %	34,6 %	16,3 %	52,6 %	22,1 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	78,2 %	55,0 %	78,4 %	27,0 %	26,3 %	58,4 %	(13,1 %)
Niedrige Bildung (D)	92,0 %	57,5 %	86,0 %	55,4 %	17,8 %	57,1 %	50,7 %
Mittlere Bildung (D)	90,8 %	50,2 %	83,8 %	44,7 %	15,8 %	53,2 %	27,0 %
Hohe Bildung (D)	87,3 %	50,6 %	81,1 %	29,3 %	17,4 %	51,2 %	16,6 %
18-29 Jahre (D)	87,7 %	45,0 %	78,6 %	38,9 %	14,5 %	46,7 %	17,3 %
30-39 Jahre (D)	87,6 %	43,9 %	79,7 %	36,5 %	13,8 %	52,1 %	22,1 %
40-49 Jahre (D)	91,0 %	49,2 %	83,0 %	42,7 %	12,0 %	49,5 %	25,7 %
50-64 Jahre (D)	90,5 %	53,4 %	84,6 %	39,4 %	15,7 %	53,9 %	25,3 %
65 Jahre und älter (D)	89,0 %	63,2 %	86,4 %	38,4 %	26,8 %	59,8 %	36,6 %
Einfach Beschäftigte (D)	90,9 %	49,8 %	83,3 %	42,6 %	12,7 %	50,2 %	25,3 %
Qualif. Beschäftigte (D)	89,2 %	49,2 %	78,2 %	28,2 %	13,9 %	51,4 %	15,2 %
Selbstständige (D)	85,4 %	52,0 %	80,4 %	31,5 %	(22,4 %)	57,8 %	(17,8 %)
Arbeitslose (D)	93,1 %	50,6 %	85,0 %	61,5 %	((13,4 %))	(47,8 %)	(44,0 %)
Kurzzeitarbeitslose (D)	(92,1 %)	(54,4 %)	(81,0 %)	(54,1 %)	((11,6 %))	(49,0 %)	(42,7 %)
Langzeitarbeitslose (D)	(94,8 %)	(46,6 %)	(95,2 %)	(68,0 %)	((13,8 %))	(44,2 %)	(41,8 %)
1. Einkommensquintil (D)	92,9 %	48,4 %	84,9 %	53,5 %	14,1 %	46,6 %	38,5 %
2. Einkommensquintil (D)	92,9 %	50,9 %	85,6 %	47,2 %	14,1 %	49,4 %	30,5 %
3. Einkommensquintil (D)	89,8 %	50,3 %	82,6 %	38,3 %	14,1 %	50,7 %	24,6 %
4. Einkommensquintil (D)	90,2 %	51,9 %	83,5 %	33,0 %	16,4 %	55,6 %	20,5 %
5. Einkommensquintil (D)	82,3 %	56,6 %	78,6 %	24,2 %	24,6 %	57,3 %	13,3 %

¹⁾ Ja = Stimme eher zu bzw. stimme voll zu; ²⁾ hohe Zustimmung gemäß so genannter 4er-Logik (mit 1, 0 = Ablehnung, ..., 5, 0 = Zustimmung) = Werte 4,5 bzw. 5,0;

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

() : Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle; (()) : Fallzahl < 30 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

5. Lebenszufriedenheit in Deutschland

Wohlstandsrelevante Tatbestände prägen in nicht unerheblichem Maße auch die individuelle, subjektiv wahrgenommene Lebenssituation. Als Indikator ist an dieser Stelle insbesondere die individuelle Lebenszufriedenheit im Sinne der umfassendsten Zufriedenheitskategorie anzusprechen. Deren Entwicklung im Zeitverlauf – insbesondere im Vergleich zur Entwicklung der objektiven Einkommensungleichheit und –polarisierung in Deutschland – wird im Folgenden untersucht.

5.1 Nationale, sozioökonomisch differenzierte Betrachtung

Wie Faik/Becker gezeigt haben,⁵² lag in beiden Teilen Deutschlands im Zeitraum von 1978 (Westdeutschland) bzw. 1990 (Ostdeutschland) bis 2008 – auf den Datenbasen des Sozioökonomischen Panels, des Wohlfahrtssurveys, des Sozialstaatssurveys und des Eurobarometers – die durchschnittliche Lebenszufriedenheit bei den Arbeitslosen – um sie erneut als eine besondere gesellschaftliche Problemgruppe exemplarisch zu nennen – jeweils erheblich unter der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit aller Personen. Außerdem war die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland geringer als jene in Westdeutschland.

Die Befunde von Faik/Becker (2009) werden auch durch eine sozioökonomisch differenzierte Betrachtung der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit in Deutschland von 2005 bis 2008 auf Basis des Sozialstaatssurveys bestätigt (siehe Tabelle 5.1). Im Sozialstaatssurvey 2008 etwa ergab sich für die bundesdeutschen Arbeitslosen lediglich eine durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Höhe von 6,8 Punkten und für die bundesdeutschen Langzeitarbeitslosen gar nur eine solche in Höhe von 6,2 Punkten. Gegenüber dem gesamtdeutschen Durchschnitt in Höhe von 8,0 Punkten war dies wesentlich weniger (ca. 1,2 bzw. 1,8 Punkte weniger). Auch in den anderen Sozialstaatssurveys von 2005 bis 2007 lagen die durchschnittlichen Lebenszufriedenheiten für die Arbeitslosen bzw. für die Langzeitarbeitslosen in einer ähnlichen Größenordnung – um ca. 1,1 bis 1,5 Punkte (Arbeitslose insgesamt) bzw. um ca. 1,5-2,2 Punkte (Langzeitarbeitslose) – unterhalb der allgemeinen bundesdeutschen durchschnittlichen Lebenszufriedenheit (2005: 7,9 Punkte; 2006: 8,0 Punkte; 2007: 7,8 Punkte).

Der Befund, dass sozialpolitische Problemgruppen einen geringeren Grad an durchschnittlicher Lebenszufriedenheit aufweisen, wird auch ganz grundlegend dadurch bestätigt, dass untere Einkommensgruppen typischerweise eine geringere durchschnittliche Lebenszufriedenheit als die Gesamtbevölkerung aufweisen.⁵³ Zum einen wird dies implizit daran deutlich, dass in allen betrachteten Jahren (2005-2008) die durchschnittlichen Lebenszufriedenheiten in Ostdeutschland, für bundesdeutsche Alleinlebende und Alleinerziehende sowie für die Arbeiterschicht ebenso unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnittswertes lagen, wie dies auch für Personen mit niedriger Bildung der Fall war. Dies weist darauf hin, dass gesellschaftliche Gruppen, welche in nicht zu vernachlässigendem Maße im unteren (Äquivalenz-) Einkommensbereich verortet sind, durch eine niedrige durchschnittliche Lebenszufriedenheit charakterisiert sind. Zum anderen zeigte sich explizit, dass in allen betrachteten Sozialstaatssurveys die durchschnittliche Lebenszufriedenheit sukzessive vom untersten bis hin zum obersten (Äquivalenz-)Einkommensquintil stieg.

In Geschlechterperspektive ergeben sich im Übrigen über die einzelnen Beobachtungsjahre hinweg in Bezug auf die durchschnittlichen Lebenszufriedenheiten keine signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland.

⁵² Vgl. Faik/Becker 2009, S. 18-20.

⁵³ Vgl. etwa – am Beispiel des Vergleichs von SOEP- und Niedrigeinkommenspanel-Befunden – Faik/Becker 2009, S. 34-36.

Tabelle 5.1: Durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland 2005-2008
(in Punkten; 0 = sehr unzufrieden, ..., 10 = sehr zufrieden)

Gruppe	2005	2006	2007	2008
Alle, Deutschland	7,9	8,0	7,8	8,0
Alle, Westdeutschland	8,0	8,1	7,9	8,1
Alle, Ostdeutschland	7,5	7,5	7,5	7,7
Männer, Deutschland	7,9	7,9	7,8	8,0
Frauen, Deutschland	8,0	8,0	7,8	8,0
Alleinlebende (Deutschland)	7,5	7,6	7,4	7,6
(Ehe-)Paare ohne Kinder (Deutschland)	8,2	8,1	8,0	8,2
(Ehe-)Paare mit Kindern (Deutschland)	8,0	8,1	8,0	8,1
Alleinerziehende (Deutschland)	7,4	7,5	7,1	7,5
Erwachsene mit Eltern (Deutschland)	8,0	8,0	8,0	8,1
Arbeiterschicht (Deutschland)	7,4	7,6	7,3	7,5
Mittelschicht (Deutschland)	8,1	8,2	8,0	8,1
Obere Mittel-/Oberschicht (Deutschland)	8,5	8,5	8,5	8,6
Niedrige Bildung (Deutschland)	7,8	7,8	7,5	7,7
Mittlere Bildung (Deutschland)	8,0	8,0	7,8	7,9
Hohe Bildung (Deutschland)	8,0	8,1	8,0	8,2
18-29 Jahre (Deutschland)	8,1	8,2	8,1	8,2
30-39 Jahre (Deutschland)	8,0	8,0	7,9	8,1
40-49 Jahre (Deutschland)	7,9	7,9	7,7	8,0
50-64 Jahre (Deutschland)	7,9	7,8	7,7	7,8
65 Jahre und älter (Deutschland)	7,9	8,1	7,9	8,0
Einfach Beschäftigte (Deutschland)	7,9	8,1	7,8	8,0
Qualifizierte Beschäftigte (Deutschland)	8,1	8,1	8,2	8,3
Selbstständige (Deutschland)	8,1	8,3	8,0	8,2
Arbeitslose (Deutschland)	6,8	6,5	6,4	6,8
Kurzzeitarbeitslose (Deutschland)	-	7,1	7,0	(7,1)
Langzeitarbeitslose (Deutschland)	6,4	5,8	5,8	(6,2)
1. Einkommensquintil (Deutschland)	7,3	7,4	7,0	7,5
2. Einkommensquintil (Deutschland)	7,9	8,0	7,6	7,8
3. Einkommensquintil (Deutschland)	7,8	8,0	7,9	8,0
4. Einkommensquintil (Deutschland)	8,2	8,2	7,9	8,2
5. Einkommensquintil (Deutschland)	8,5	8,4	8,3	8,4

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl < 100 Fälle (Kurzzeitarbeitslose: 2008: 94 Fälle, Langzeitarbeitslose: 2008: 89 Fälle)

Quelle: Eigene EZS-Berechnungen

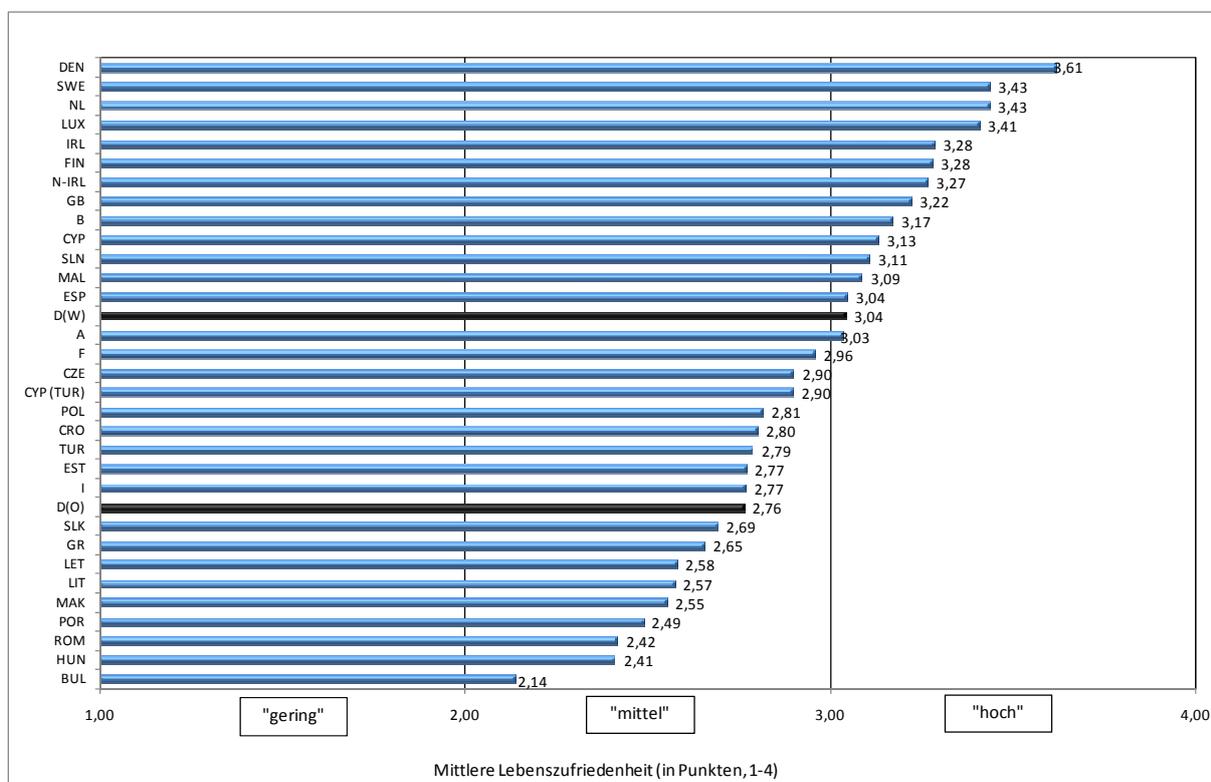
5.2 Internationale Perspektive

Systematisiert man zu Vergleichszwecken mit West- und Ostdeutschland die EU-Staaten nach den Esping-Andersen'schen Wohlfahrtsregimes, so zeigen sich in Bezug auf die durchschnittliche Lebenszufriedenheit – auf Basis der Eurobarometer 1972 bis 2009 – für beide Teile Deutschlands gegenüber den skandinavischen Staaten – also gegenüber Staaten mit einer egalitären Wohlstandsverteilung auf einem relativ hohen Wohlstandsniveau – niedrigere Mittelwerte. Ähnliches gilt auch gegenüber den britischen Beveridge-Staaten Irland, Großbritannien und Nordirland. Gegenüber den anderen kontinentaleuropäischen Ländern Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Österreich ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland jeweils niedriger, wobei allerdings der Abstand zu Frankreich

inzwischen (wieder) recht gering ist. Die westdeutschen Mittelwerte sind auf einem vergleichbaren Niveau von Österreich (wobei die 2005 noch höheren österreichischen Werte inzwischen etwas niedriger als die westdeutschen Werte sind) und lediglich – allerdings deutlich – höher als diejenigen in Frankreich. Im Vergleich zu Südeuropa (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern, Malta) sind die westdeutschen Durchschnittswerte in Bezug auf die Lebenszufriedenheit – mit Ausnahme von Zypern und Malta – jeweils vergleichsweise hoch. Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich der diesbezügliche Abstand aber gegenüber Spanien verringert. Ostdeutschland nimmt im Vergleich mit den südeuropäischen Ländern eine mittlere Position ein; Vorteile ergeben sich gegenüber Italien, Griechenland und Portugal. Gegenüber den osteuropäischen Transformationsländern ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Westdeutschland – angesichts der beträchtlichen Wohlstandsdivergenzen nicht unerwartet – vergleichsweise hoch; lediglich für Slowenien wurden bei der Lebenszufriedenheit ähnliche Durchschnittswerte ermittelt. Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland ist ebenfalls gegenüber den meisten osteuropäischen EU-Erweiterungsstaaten (etwas) höher (Ausnahmen: Slowenien und Tschechien); besonders gegenüber Ungarn und Bulgarien ergibt sich ein doch recht deutlicher Abstand (siehe hierzu im Anhang die Abbildungen A.1a bis A.1e).

Resümierend zeigt sich auf der europäischen Ebene – mit den (insbesondere für Westdeutschland gültigen) Ausnahmen der meisten süd- und osteuropäischen EU-Länder – eine doch vergleichsweise niedrige durchschnittliche Lebenszufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands: Westdeutschland ist innerhalb der Gruppe der EU-Staaten „in der Mitte“, Ostdeutschland eher im hinteren Teil der Rangfolge einzustufen (siehe Abbildung 5.1, aber auch im Anhang Tabelle A.3).

Abbildung 5.1: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in der EU-27 und bei den EU-Beitrittskandidaten 2004-2009

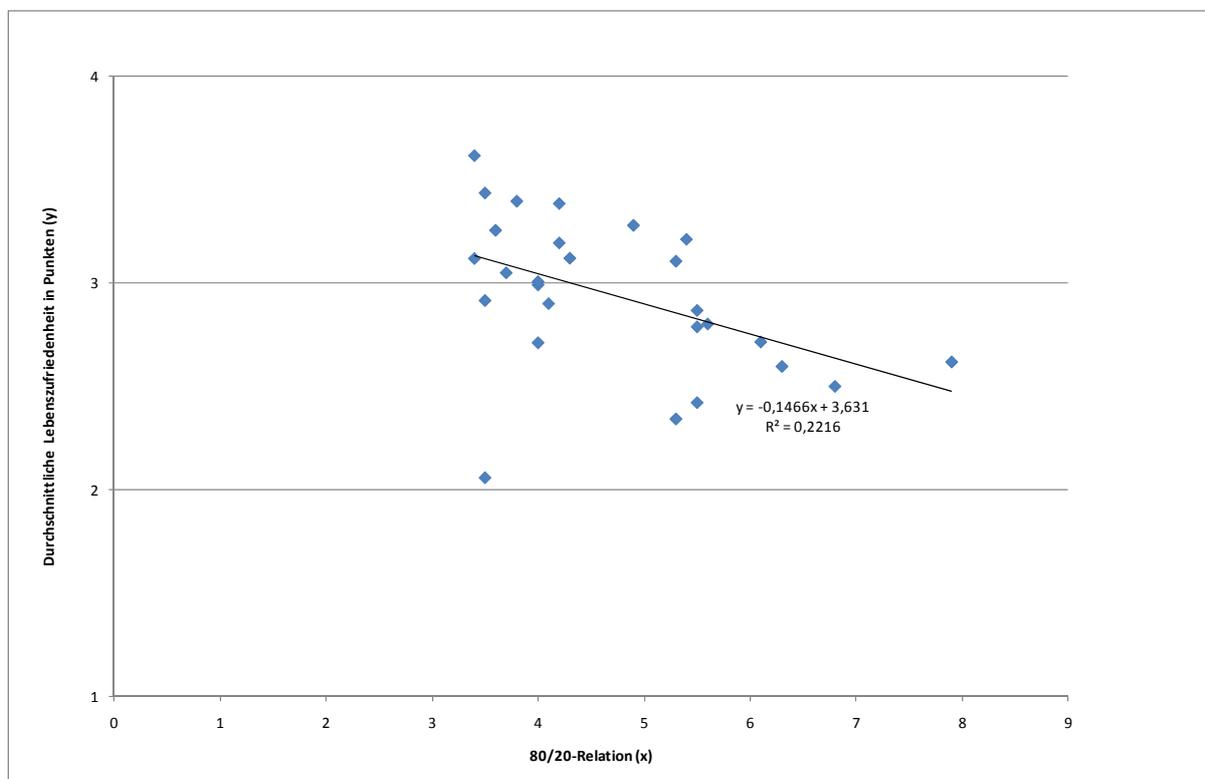


Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

5.3 Einkommenspolarisierung und –ungleichheit versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit

Setzt man auf Basis des EU-SILC 2006 die 80/20-Relation bzw. den Gini-Koeffizienten für die EU-27 jeweils in Beziehung zur auf Eurobarometer-Grundlage ermittelten durchschnittlichen Lebenszufriedenheit, zeigen sich jeweils negative Zusammenhänge (siehe die Abbildungen 5.2 und 5.3). Dies ist nicht unplausibel, da eine höhere Polarisierung bzw. Ungleichheit a) in weiten Teilen der Gesamtbevölkerung (Abstiegs-)Ängste u. dgl. hervorrufen und damit die Lebenszufriedenheit herabsetzen kann und b) wegen einer vermutlich höheren Grenzzufriedenheit in den unteren Einkommensschichten gegenüber den oberen Einkommensschichten ebenfalls die durchschnittliche Lebenszufriedenheit senken kann, da eine höhere Ungleichheit (Polarisierung) den oberen Einkommensgruppen und ihrer relativ geringen Grenzzufriedenheit ein vergleichsweise hohes Gewicht verleiht.⁵⁴

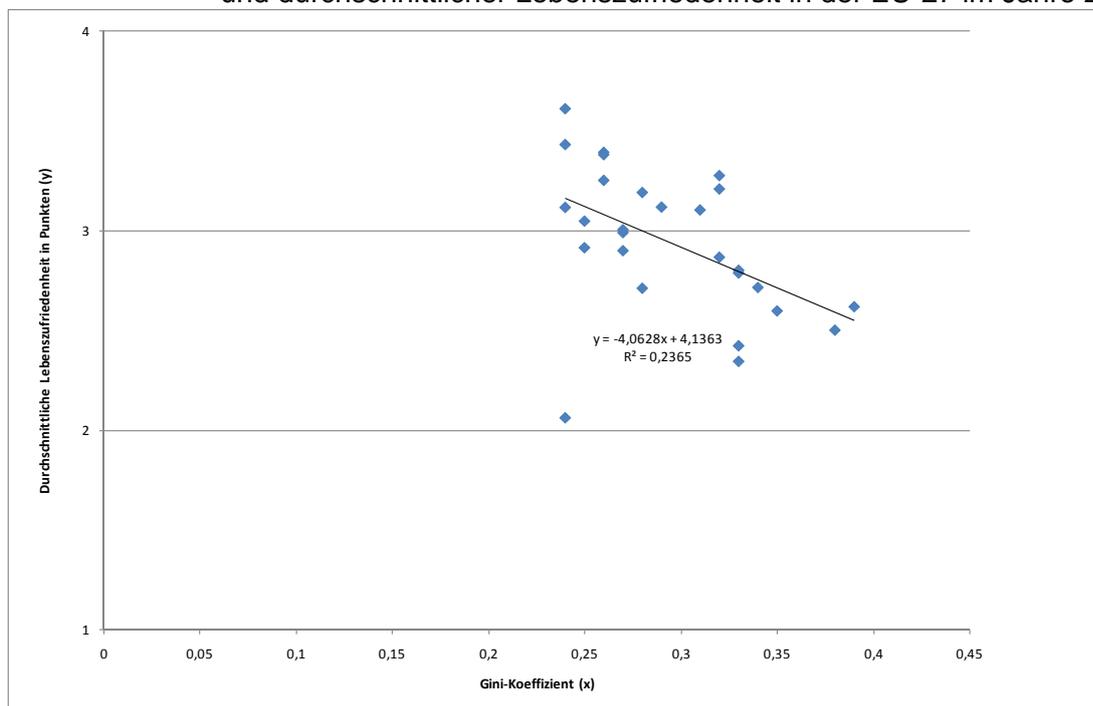
Abbildung 5.2: Zum Zusammenhang zwischen Einkommenspolarisierung (80/20-Relation) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in der EU-27 im Jahre 2006



Quellen: European Commission 2009, S. 122, und eigene Eurobarometer-Berechnungen

⁵⁴ Vgl. hierzu Layard 2005, S. 51-53.

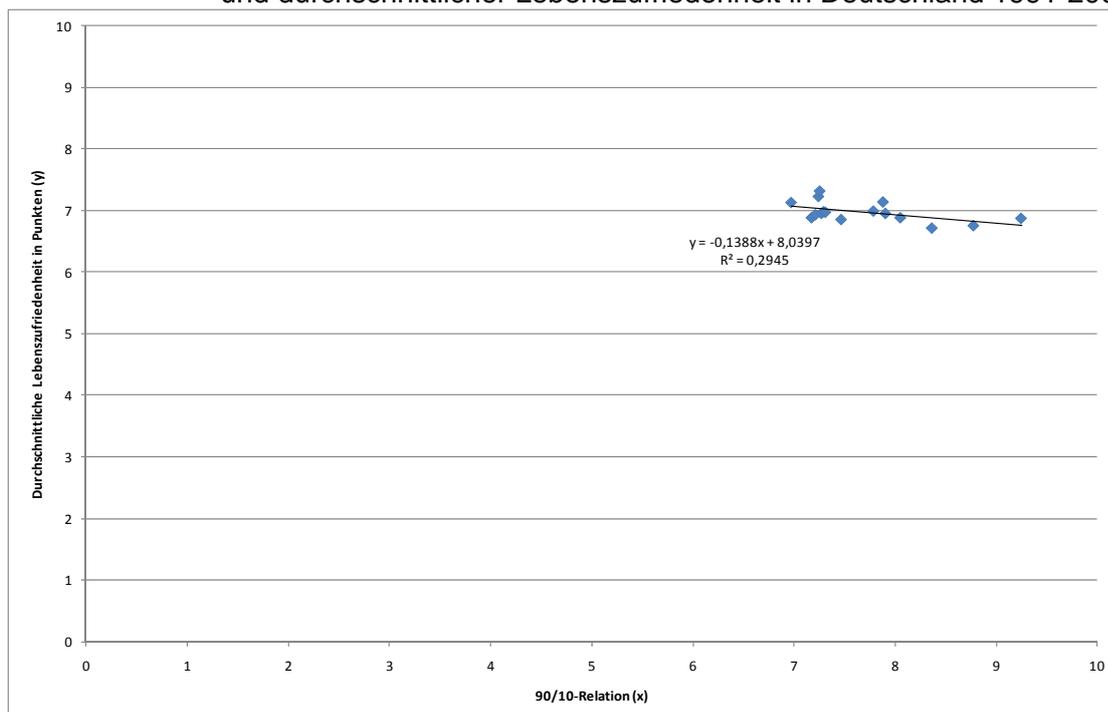
Abbildung 5.3: Zum Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in der EU-27 im Jahre 2006



Quellen: European Commission 2009, S. 122, und eigene Eurobarometer-Berechnungen

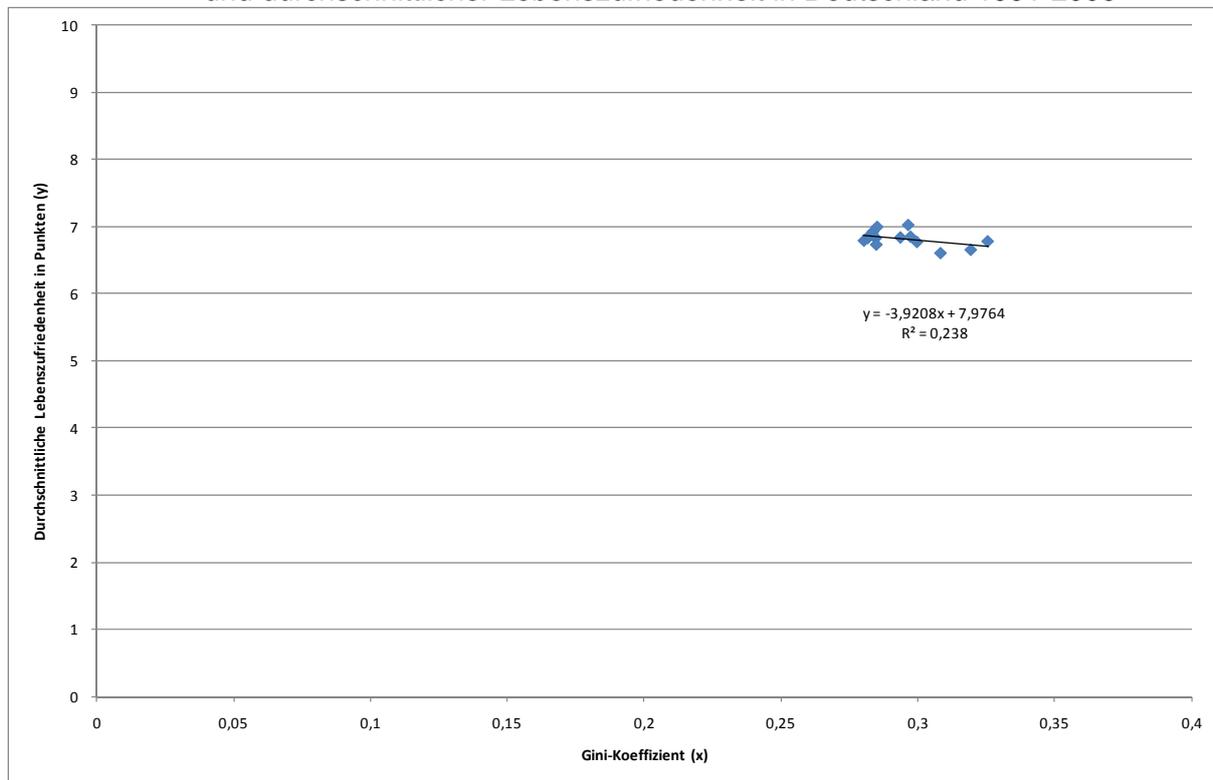
Die vorstehend auf EU-Ebene dargestellten negativen Zusammenhänge werden auch für Deutschland 1991-2006 bestätigt (siehe die Abbildungen 5.4 und 5.5). Folglich gehen die tendenziell seit 1991 gestiegene objektive Einkommensungleichheit und -polarisierung (siehe nochmals die Abbildungen 3.1 und 3.2) auch auf der nationalen Ebene mit einer gesunkenen durchschnittlichen Lebenszufriedenheit einher.

Abbildung 5.4: Zum Zusammenhang zwischen Einkommenspolarisierung (90/10-Relation) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in Deutschland 1991-2006



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

Abbildung 5.5: Zum Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in Deutschland 1991-2006



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

5.4 Wohlstandsniveau versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit

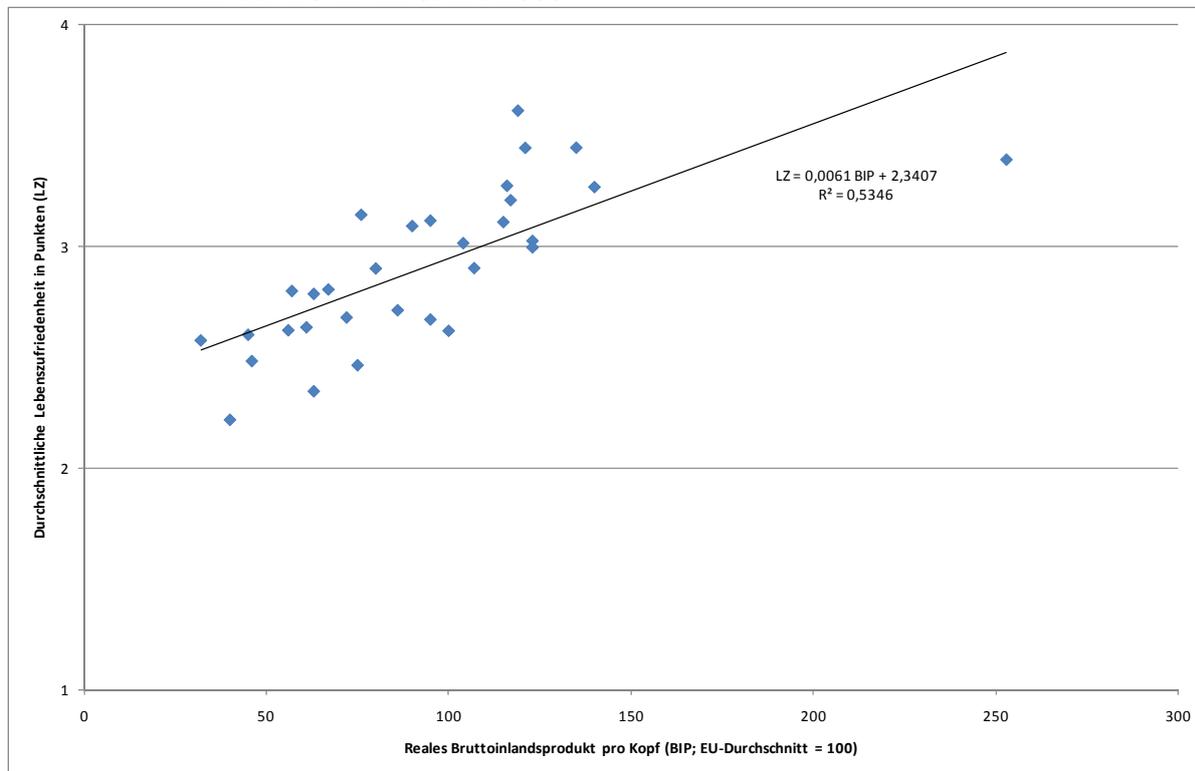
Bezüglich des Wohlstandsniveaus sind die Ergebnisse uneindeutiger (siehe die Abbildungen 5.6 und 5.7): Auf EU-27-Ebene ergibt sich ein positiver, auf nationaler Ebene hingegen ein schwach negativer statistischer Zusammenhang zwischen dem Wohlstandsniveau (= reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) und der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit. Da die Wohlstandsunterschiede auf EU-27-Ebene recht groß und auf der nationalen Ebene über den betrachteten Zeitraum von 1992 bis 2006 hinweg recht gering sind bzw. waren, ist dieses auf den ersten Blick irritierende Ergebnis nicht unplausibel. Auf nationaler Ebene spielen demzufolge wohl weniger – wie auf der EU-Ebene – die absoluten Wohlstandsdifferenzen eine Rolle, sondern vielmehr eher die relativen Wohlstandsveränderungen bei den jeweils herangezogenen Referenz-Bevölkerungsgruppen.⁵⁵

Letzteres wird auch durch die oben festgehaltene positive Korrelation zwischen durchschnittlicher Lebenszufriedenheit und (anhand der Einkommensquintile:) individuellem Wohlstandsniveau unterstrichen.⁵⁶ Alles in allem deuten die betreffenden Befunde auf nationaler Ebene für Deutschland von 1992 bis 2006 darauf hin, dass der negative Zusammenhang zwischen (Einkommens-)Ungleichheit und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit (siehe Kapitel 5.3) den vermutlich *grundsätzlich* positiven Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit überkompensiert hat.

⁵⁵ Vgl. hierzu auch Frey/Stutzer 2002, S. 78-90.

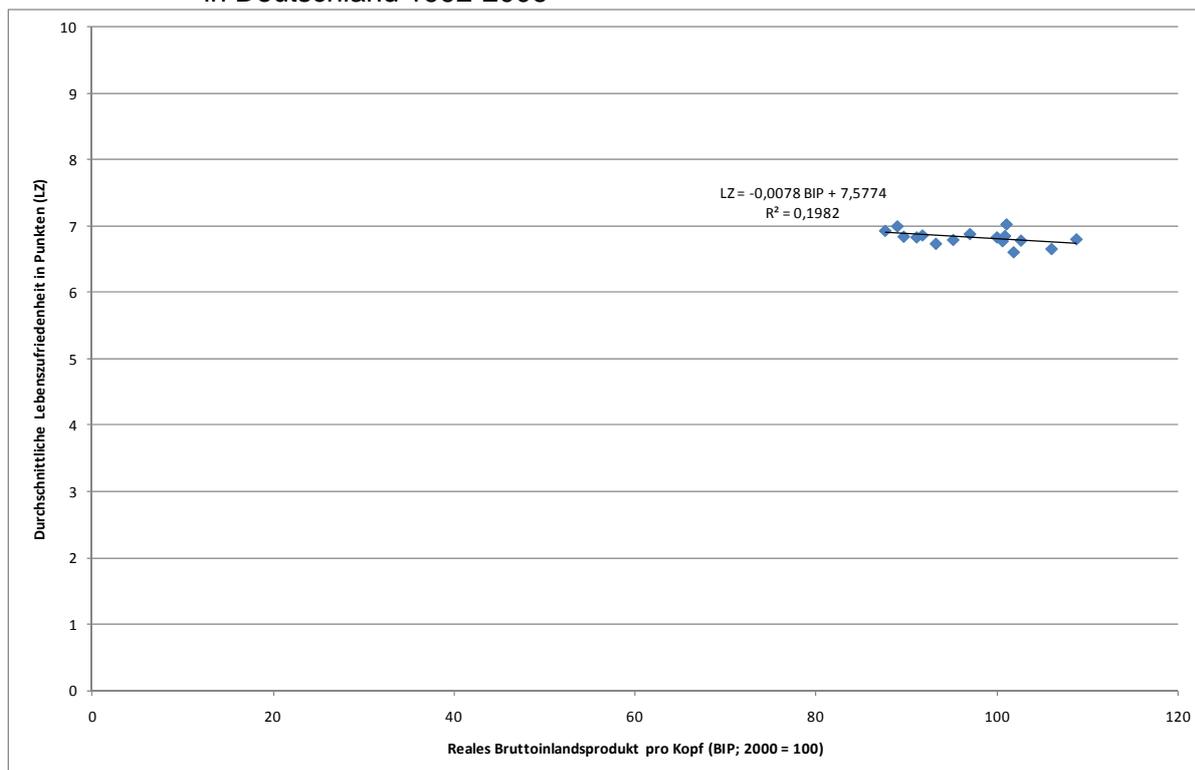
⁵⁶ Vgl. Tabelle 5.1.

Abbildung 5.6: Zum Zusammenhang zwischen Wohlstandsniveau (reales Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in der EU-27 im Jahre 2008



Quellen: Eurostat-Angaben und eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung 5.7: Zum Zusammenhang zwischen Wohlstandsniveau (reales Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt) und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit in Deutschland 1992-2006



Quellen: Angaben des Statistischen Bundesamtes und eigene SOEP-Berechnungen

6. Demokratiezufriedenheit in Deutschland

Frey/Stutzer haben eindrucksvoll gezeigt, dass institutionelle Einflussgrößen eine wesentliche Rolle bezüglich der individuellen Lebenszufriedenheit spielen.⁵⁷ Nicht zuletzt die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft ist hier als Faktor zu nennen. Daher ist die Betrachtung der (durchschnittlichen) Demokratiezufriedenheit u. ä. von großer gesellschaftspolitischer Relevanz. In diesem Kapitel wird daher auch die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in das Blickfeld genommen.

6.1 Nationale Betrachtung

Die durchschnittlichen Zufriedenheitswerte mit der Demokratie sind in diesem Kontext – auf SOEP-, Wohlfahrtsstaatssurvey-, Sozialstaatssurvey-, ALLBUS- und Eurobarometer-Basis – in Deutschland – etwa verglichen mit der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit – relativ niedrig. Hierbei ergeben sich höhere Durchschnittswerte in West- gegenüber Ostdeutschland.⁵⁸

Wie Tabelle 6.1 ausweist, lag auf Basis des Sozialstaatssurveys 2008 die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland – im Sinne der „Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Beteiligung“ – auf einer Elfer-Skala (0 = sehr unzufrieden, ..., 10 = sehr zufrieden) auf einem Niveau in Höhe von 5,9 Punkten, insbesondere für die Gruppe der Arbeitslosen insgesamt indes lediglich bei 4,5 Punkten und für die Langzeitarbeitslosen gar nur bei 3,9 Punkten. Dieser Befund besonders niedriger Demokratiezufriedenheitswerte für die Gruppe der (Langzeit-)Arbeitslosen wird auch auf der Grundlage der vorhergehenden Sozialstaatssurveys 2005-2007 deutlich bestätigt.

Ebenfalls unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnittswertes waren in den Sozialstaatssurveys 2005-2008 in Gesamtdeutschland die durchschnittlichen Demokratiezufriedenheitswerte für die Gruppen der Alleinlebenden, der Alleinerziehenden, für die Arbeiterschicht, für Personen mit niedriger und mittlerer Bildung sowie für Personen im untersten und zweituntersten (Äquivalenz-)Einkommensquintil. Für die hierarchisch geordneten Übergänge von der Arbeiterschicht zur oberen Mittelschicht/Oberschicht, von Personen mit niedriger Bildung zu Personen mit hoher Bildung und vom untersten zum obersten (Äquivalenz-)Einkommensquintil zeigten sich jeweils doch recht klare Steigerungen in der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit. Erkennbarerweise handelt es sich bei den Gruppen mit geringer (durchschnittlicher) Demokratiezufriedenheit in hohem Maße um Angehörige des Niedrigeinkommensbereiches bzw. stärker formuliert: um „Systemverlierer“.

In allen Sozialstaatssurveys sind die durchschnittlichen Demokratiezufriedenheitswerte für die Gruppe der Frauen niedriger als jene für die Gruppe der Männer. Da im Sozialstaatssurvey-Kontext die Demokratiezufriedenheit die Zufriedenheit mit den politischen Beteiligungsmöglichkeiten widerspiegelt, fühlen sich Frauen in einer „männerdominierten Politik-Landschaft“ möglicherweise weniger gut als Männer durch die Politikakteure repräsentiert bzw. meinen, sich in einem solchen Kontext weniger gut als ihre männlichen Pendants in den politischen Prozess einbringen zu können.

⁵⁷ Vgl. hierzu Frey/Stutzer 2002, Part III.

⁵⁸ Vgl. Faik/Becker 2009, S. 30-32.

Tabelle 6.1: Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland 2005-2008
(in Punkten; 0 = sehr unzufrieden, ..., 10 = sehr zufrieden)

Gruppe	2005	2006	2007	2008
Alle, Deutschland	5,7	5,7	5,6	5,9
Alle, Westdeutschland	5,8	5,7	5,7	6,0
Alle, Ostdeutschland	5,3	5,3	5,2	5,6
Männer, Deutschland	5,8	5,8	5,8	6,1
Frauen, Deutschland	5,6	5,5	5,5	5,7
Alleinlebende (Deutschland)	5,3	5,5	5,3	5,6
(Ehe-)Paare ohne Kinder (Deutschland)	6,0	5,9	5,9	6,0
(Ehe-)Paare mit Kindern (Deutschland)	5,7	5,6	5,7	6,0
Alleinerziehende (Deutschland)	4,7	5,2	5,5	5,2
Erwachsene mit Eltern (Deutschland)	5,8	5,5	5,5	6,2
Arbeiterschicht (Deutschland)	4,5	4,7	4,5	4,8
Mittelschicht (Deutschland)	5,9	6,0	5,9	6,1
Obere Mittel-/Oberschicht (Deutschland)	6,8	7,0	6,9	7,3
Niedrige Bildung (Deutschland)	4,3	4,6	4,5	4,3
Mittlere Bildung (Deutschland)	5,6	5,5	5,3	5,7
Hohe Bildung (Deutschland)	6,3	6,4	6,4	6,6
18-29 Jahre (Deutschland)	5,9	5,4	5,4	6,0
30-39 Jahre (Deutschland)	5,5	5,3	5,5	5,8
40-49 Jahre (Deutschland)	5,8	5,9	5,7	6,0
50-64 Jahre (Deutschland)	5,8	5,9	5,9	6,1
65 Jahre und älter (Deutschland)	5,4	5,7	5,6	5,6
Einfach Beschäftigte (Deutschland)	5,3	5,4	5,3	5,8
Qualifizierte Beschäftigte (Deutschland)	6,5	6,4	6,4	6,7
Selbstständige (Deutschland)	6,0	6,3	6,0	6,2
Arbeitslose (Deutschland)	4,5	4,1	4,6	4,5
Kurzzeitarbeitslose (Deutschland)	-	4,6	(5,0)	(4,8)
Langzeitarbeitslose (Deutschland)	4,3	3,6	4,1	(3,9)
1. Einkommensquintil (Deutschland)	4,6	4,5	4,7	5,0
2. Einkommensquintil (Deutschland)	5,3	5,4	5,3	5,4
3. Einkommensquintil (Deutschland)	5,8	5,8	5,6	6,1
4. Einkommensquintil (Deutschland)	6,2	6,1	5,8	6,3
5. Einkommensquintil (Deutschland)	6,6	6,7	6,4	6,9

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl < 100 Fälle (Kurzzeitarbeitslose: 2007: 97 Fälle, 2008: 85 Fälle, Langzeitarbeitslose: 2008: 87 Fälle)

Quelle: Eigene EZS-Berechnungen

Das bundesdeutsche Demokratiezufriedenheits-Durchschnittsniveau in der ALLBUS 2008 entsprach lediglich (etwa) der Ausprägung „etwas zufrieden mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“. Hiermit einhergehend, indizierte in der ALLBUS 2008 – auf einer Siebener-Skala (1 = kein Vertrauen, ..., 7 = sehr großes Vertrauen) – das durchschnittliche Niveau für das Vertrauen in politische Parteien mit 3,1 Punkten ein eher geringes Vertrauen. Außerdem offenbarte sich – auf einer Vierer-Skala (1 = keine Zustimmung, ..., 4 = volle Zustimmung) – mit einem Durchschnittswert in Höhe von 1,9 Punkten (d. h. „eher Zustimmung“) auf die Frage, ob sich Politiker um die Gedanken der Bürger kümmern würden, eine (eher) ablehnende Antwort. Des Weiteren wurde – ebenfalls auf einer Vierer-Skala (1 = keine Zustimmung, ..., 4 = volle Zustimmung) – die Frage, ob Politiker die Interessen der Bevölke-

rung vertreten würden, im Durchschnitt mit 2,7 Punkten (d. h. „eher keine Zustimmung“) eher negiert.⁵⁹

Gleichwohl erachteten die in der ALLBUS 2008 Befragten die Demokratie ganz überwiegend als eine gute Idee: 88,6 % von ihnen waren ziemlich bzw. sehr dafür. Eine Diktatur wurde hingegen – sozusagen spiegelbildlich – von 83,5% der Befragten, d. h. in hohem Maße, abgelehnt; sie fanden, dass eine Diktatur auch manchmal nicht besser als eine Demokratie sei. In Bezug auf die Konzeption des Sozialismus waren im Jahre 2000 56,8 % und 2006 52,5 % der bundesdeutschen Bevölkerung der Meinung, dass er eine gute Idee mit allerdings schlechter Ausführung (gewesen) sei.⁶⁰

Hinsichtlich der Beurteilung der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems im Bereich der sozialen Sicherheit in Deutschland wird zwar in Tabelle 6.2 auf der bundesdeutschen Gesamtebene von 2006 auf 2007 bzw. 2008 ein Anstieg der positiven Bewertungen von rund einem Viertel auf fast 30 % sichtbar. Gleichwohl bedeutet auch dieser letztgenannte Wert im Umkehrschluss, dass immerhin ca. 70 % der bundesdeutschen Bevölkerung die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems (in Fragen der sozialen Sicherheit) eher negativ sehen. Aus diesen Werten kommt also hinsichtlich der staatlichen Effizienz zur Bewältigung sozialer Probleme ein gewisser Skeptizismus zum Ausdruck, welcher in Ostdeutschland – nicht unerwartet – größer als in Westdeutschland zu sein scheint.

Ungeachtet der Niveaushiftung zwischen 2005/2006 und 2007/2008, sind die sozio-ökonomischen Strukturen hinsichtlich höherer bzw. geringerer Zustimmungswerte im Vergleich zur bundesdeutschen Gesamtebene vergleichsweise stabil. Aktuell beurteilt von den Alleinerziehenden bzw. auch von den Angehörigen der Arbeiterschicht nur jede bzw. jeder Fünfte das politische System Deutschlands hinsichtlich seiner sozialpolitischen Problemlösungsfähigkeit als positiv. Bei den Arbeitslosen liegt die entsprechende Zustimmungswerte auch nur bei etwa einem Fünftel, bei den Langzeitarbeitslosen gar nur bei 15,5 %. Ebenfalls unterhalb des allgemeinen, für Gesamtdeutschland in Tabelle 6.2 ausgewiesenen Anteils liegt durchgängig der Prozentwert für die (Ehe-)Paare mit Kindern (aktuell 2008: 23,2 %). Des Weiteren fällt bei Betrachtung von Tabelle 6.2 auf, dass Frauen deutlich (sozial-)staatskritischer als Männer sind, was eventuell mit empfundenen Benachteiligungen u. dgl. seitens der Frauen zusammenhängt. Unterhalb des jeweiligen allgemeinen bundesdeutschen Prozentwertes befinden sich durchgängig auch die Prozentwerte der Personen mit niedriger bzw. mit mittlerer Bildung sowie jene der einfach Beschäftigten und die der Selbstständigen. Während hieraus bei den drei erstgenannten Gruppen möglicherweise eine gewisse soziale Frustration zum Ausdruck kommt, sind die vergleichsweise niedrigen Zustimmungswerte bei den Selbstständigen (aktuell 2008 lediglich ein Viertel der Gesamtantworten in der Gruppe) Ausfluss der oben erwähnten stark individualistischen, d. h. umgekehrt eher (sozial-)staatskritischen Grundhaltung in der Gruppe der Selbstständigen.

In altersbezogener Sicht fällt auf, dass die mittleren Altersgruppen (30-39 Jahre und 40-49 Jahre) verglichen mit den allgemeinen bundesdeutschen Anteilswerten unterproportionale Prozentwerte aufweisen, während die jüngste Altersgruppe der 18-29-Jährigen und insbesondere die älteste Gruppe der 65-Jährigen und Älteren durchgängig oberhalb der allgemeinen bundesdeutschen Werte liegen. Diesen Befund könnte man – wenngleich durchaus etwas gewagt – im Sinne eines unterschiedlichen Sozialstaatsverständnisses (hinsichtlich der herrschenden Verhältnisse) zwischen einerseits den Jungen und Alten (sozialstaatsaffirmativ) sowie andererseits den mittleren Altersgruppen (sozialstaatskritisch) interpretieren.

Über die einzelnen Einkommensquintile hinweg werden für die untersten drei Quintile – mit Ausnahme des Jahres 2008 für das dritte Quintil – niedrigere Anteilswerte und für die beiden oberen Quintile höhere Anteilswerte als auf der bundesdeutschen Gesamtebene über alle Sozialstaatssurveys hinweg evident.

⁵⁹ Eigene ALLBUS-Berechnungen.

⁶⁰ Eigene ALLBUS-Berechnungen.

Tabelle 6.2: Beurteilung der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems im Bereich der sozialen Sicherheit in Deutschland 2005-2008 (Sozialstaatssurvey) – Anteil der eher guten bzw. der guten Beurteilungen an den jeweiligen Gesamtantworten

Gruppe	2005	2006	2007	2008
Alle, Deutschland	22,6 %	23,8 %	29,7 %	28,7 %
Alle, Westdeutschland	23,9 %	24,5 %	30,8 %	29,7 %
Alle, Ostdeutschland	16,2 %	20,5 %	23,9 %	23,6 %
Männer, Deutschland	24,5 %	25,0 %	32,2 %	32,9 %
Frauen, Deutschland	20,9 %	22,8 %	27,3 %	24,9 %
Alleinlebende (Deutschland)	25,3 %	25,3 %	31,4 %	32,0 %
(Ehe-)Paare ohne Kinder (Deutschland)	25,4 %	27,7 %	33,0 %	32,0 %
(Ehe-)Paare mit Kindern (Deutschland)	19,1 %	20,6 %	27,1 %	23,2 %
Alleinerziehende (Deutschland)	(17,5 %)	(15,0 %)	(20,7 %)	(21,8 %)
Erwachsene mit Eltern (Deutschland)	(25,4 %)	23,9 %	30,9 %	33,8 %
Arbeiterschicht (Deutschland)	18,5 %	17,6 %	23,7 %	21,3 %
Mittelschicht (Deutschland)	23,7 %	26,0 %	29,8 %	29,7 %
Obere Mittel-/Oberschicht (Deutschland)	27,6 %	34,7 %	41,0 %	40,1 %
Niedrige Bildung (Deutschland)	18,9 %	22,8 %	26,4 %	25,5 %
Mittlere Bildung (Deutschland)	20,7 %	22,4 %	26,4 %	26,2 %
Hohe Bildung (Deutschland)	25,2 %	26,0 %	33,0 %	31,5 %
18-29 Jahre (Deutschland)	25,9 %	24,9 %	33,4 %	31,6 %
30-39 Jahre (Deutschland)	15,7 %	19,4 %	23,2 %	24,8 %
40-49 Jahre (Deutschland)	17,9 %	18,5 %	23,6 %	20,3 %
50-64 Jahre (Deutschland)	21,7 %	23,9 %	29,1 %	29,4 %
65 Jahre und älter (Deutschland)	32,3 %	31,6 %	38,1 %	35,5 %
Einfach Beschäftigte (Deutschland)	16,2 %	17,9 %	25,9 %	25,6 %
Qualifizierte Beschäftigte (Deutschland)	22,4 %	23,9 %	32,8 %	29,5 %
Selbstständige (Deutschland)	(17,2 %)	(20,8 %)	(24,3 %)	(24,4 %)
Arbeitslose (Deutschland)	(16,1 %)	(11,6 %)	(15,8 %)	(21,0 %)
Kurzzeitarbeitslose (Deutschland)	-	((12,4 %))	((18,1 %))	((24,9 %))
Langzeitarbeitslose (Deutschland)	((17,6 %))	((10,7 %))	((14,3 %))	((15,5 %))
1. Einkommensquintil (Deutschland)	19,9 %	18,9 %	25,6 %	22,1 %
2. Einkommensquintil (Deutschland)	18,7 %	21,3 %	24,7 %	24,8 %
3. Einkommensquintil (Deutschland)	20,8 %	23,0 %	25,6 %	29,8 %
4. Einkommensquintil (Deutschland)	23,3 %	26,4 %	33,0 %	30,6 %
5. Einkommensquintil (Deutschland)	28,3 %	29,9 %	36,0 %	37,6 %

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl \geq 30 Fälle und $<$ 100 Fälle; (()): Fallzahl $<$ 30 Fälle

Quelle: Eigene EZS-Berechnungen

6.2 Internationale Perspektive

Im Vergleich zu den skandinavischen Staaten war bzw. ist die westdeutsche Demokratiezufriedenheit (im Durchschnitt) typischerweise leicht niedriger. Interessant ist der Vergleich von Westdeutschland mit Dänemark: Bis Anfang der 1980er-Jahre war die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland leicht höher, und bis Anfang der 1990er-Jahre bewegten sich beide Länder auf einem ähnlichen durchschnittlichen Zufriedenheitsniveau, ehe anschließend die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Dänemark tendenziell stieg und in Westdeutschland (insbesondere von 1990 bis 1993, von 1995 bis 1997 und von

1999 bis 2001) fiel. Damit liegt die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland inzwischen (2007) recht deutlich unterhalb der dänischen. In Ostdeutschland ist die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit durchgängig niedriger als in den skandinavischen Ländern gewesen, wobei sich das Verlaufsmuster in Ostdeutschland analog zu Westdeutschland – allerdings auf niedrigerem Zufriedenheitsniveau – entwickelt hat (siehe Abbildung A.2a im Anhang).

Gegenüber den britischen Beveridge-Staaten ist die westdeutsche (durchschnittliche) Demokratiezufriedenheit bis zur deutschen Einigung höher gewesen. Anschließend war sie Ende der 1990er- bzw. Anfang der 2000er-Jahre niedriger als in Irland bzw. in Großbritannien; inzwischen ist sie allerdings wieder auf dem irischen Niveau und höher als in Großbritannien. Die niedrige ostdeutsche durchschnittliche Demokratiezufriedenheit bewegte sich lange auf einem vergleichbaren Niveau wie in Nordirland, ist inzwischen (2007) aber niedriger (siehe Abbildung A.2b im Anhang).

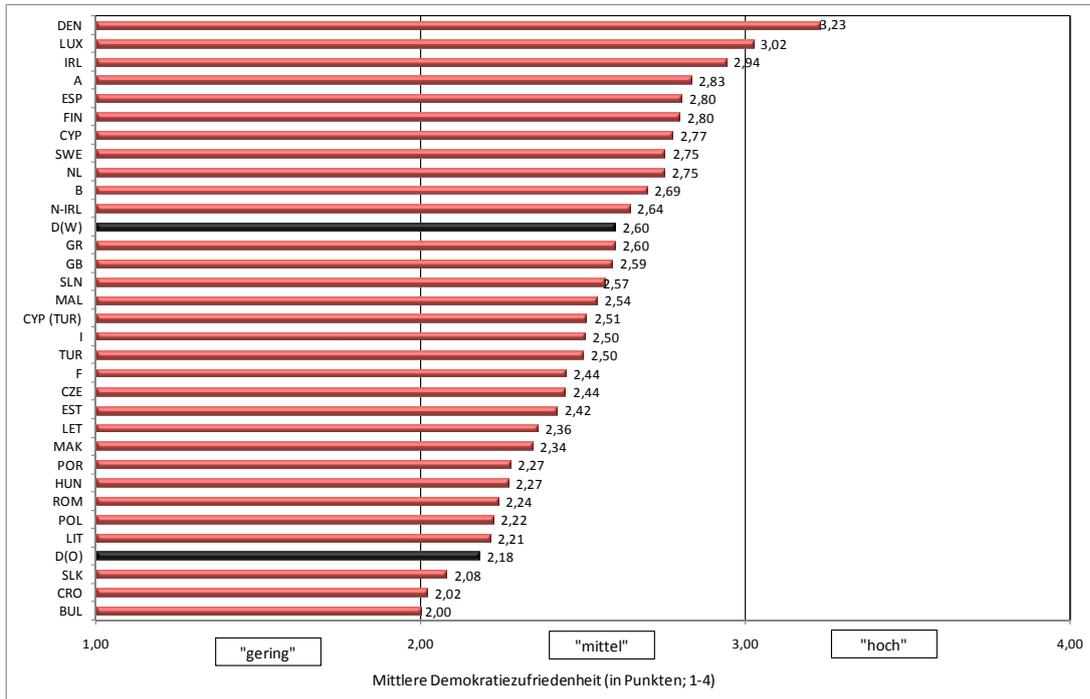
In Kontinentaleuropa hatte Westdeutschland bis zur deutschen Einigung im Jahre 1990 zusammen mit Luxemburg die höchsten durchschnittlichen Demokratiezufriedenheitswerte; inzwischen (2007) ist Westdeutschland hier – trotz der steigenden Tendenz zum Ende des Beobachtungszeitraums – in das kontinentaleuropäische „Mittelfeld“ zurückgefallen und hinter Österreich, Luxemburg und der Niederlande platziert. Ostdeutschland weist in diesem regionalen Vergleichskontext mittlerweile (2007) die geringsten durchschnittlichen Demokratiezufriedenheitswerte auf, nachdem es 1995 einen höheren Wert als Frankreich bzw. 1997 und 1998 höhere Mittelwerte als Belgien inne hatte (siehe Abbildung A.2c im Anhang).

Auch im Vergleich mit Südeuropa macht sich das zeitweilig gesunkene Niveau der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit in West- wie in Ostdeutschland bemerkbar. Bis Mitte der 1990er-Jahre belegte Westdeutschland hier – mit den geringfügigen Ausnahmen der Jahre 1990 und 1991 (als Spanien leicht höhere Werte inne hatte) – den gruppeninternen Spitzenplatz. Inzwischen (2007) hat diesen Spanien (wieder) inne. Für Ostdeutschland gilt im Vergleich mit den südeuropäischen Ländern, dass es 1995 einen höheren Durchschnittswert als alle betrachteten südeuropäischen Länder aufwies. Inzwischen (2007) indes hat Ostdeutschland den niedrigsten Durchschnittswert (allerdings nur etwas geringer als in Italien und Portugal; siehe Abbildung A.2d im Anhang).

Verglichen mit den osteuropäischen EU-Erweiterungsländern, ist die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland höher. Für Ostdeutschland gilt in diesem Zusammenhang, dass es hier eine mittlere Stellung einnimmt. Insgesamt haben von den EU-27-Ländern nur die Slowakei und Bulgarien eine niedrigere durchschnittliche Demokratiezufriedenheit als Ostdeutschland; nimmt man noch die aktuellen EU-Beitrittskandidaten hinzu, ist lediglich noch Kroatien in dieser Hinsicht zu nennen (siehe Abbildung A.2e im Anhang).

Resümierend ergibt sich auf der europäischen Ebene bezüglich der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit für Westdeutschland eine mittlere, für Ostdeutschland nur eine hintere Platzierung (siehe Abbildung 6.1, aber auch im Anhang Tabelle A.3).

Abbildung 6.1: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in der EU-27 und bei den EU-Beitrittskandidaten 2004-2007

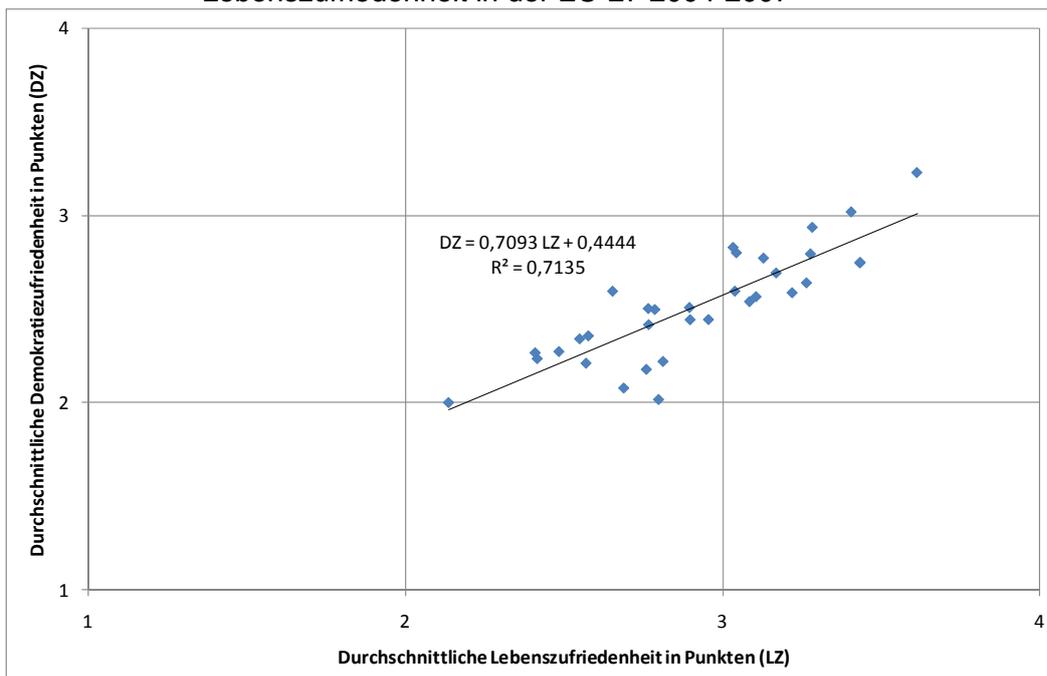


Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

6.3 Durchschnittliche Demokratie- versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit

Die durchschnittlichen Demokratiezufriedenheitswerte sind stark positiv mit den durchschnittlichen Lebenszufriedenheitswerten in der EU-27 (2004-2009) korreliert (siehe Abbildung 6.2). Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass für die allgemeine Lebenszufriedenheit das politische System bzw. dessen Ausgestaltung nicht unbedeutend sein dürften.

Abbildung 6.2: Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit versus durchschnittliche Lebenszufriedenheit in der EU-27 2004-2007



Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

7. Schlussbetrachtung

In Deutschland polarisieren die Lebenslagen der Bevölkerung zunehmend, wenngleich die betreffenden Polarisierungen im internationalen Maßstab lediglich auf einem eher mittleren Niveau sind. Die verstärkte Wohlstandspolarisierung in Deutschland in jüngster Vergangenheit ist in erster Linie das Ergebnis gestiegener Einkommensanteile der höheren Einkommensbezieher bei gleichzeitiger, weitgehender Konstanz der Einkommensanteile der untersten Einkommensbezieher. Hieraus resultiert ein Rückgang der Bedeutung der mittleren Einkommensgruppen, d. h. der „Mittelschicht“. Die seit der Jahrtausendwende in Deutschland gestiegene Einkommensungleichheit und –polarisierung sind jeweils negativ mit der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit korreliert.

Mit den konstatierten zunehmenden Wohlstandspolarisierungen gehen zudem vergleichsweise hohe wahrgenommene Intensitäten für den Konflikt zwischen Arm und Reich in Deutschland einher. Gegenüber den 1990er-Jahren ist die betreffende Konfliktintensität stark gestiegen. Sie ist besonders bei so genannten sozialpolitischen Problemgruppen (bei Ostdeutschen, Frauen, Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, Arbeitern, Personen mit niedriger Bildung, Arbeitslosen bzw. allgemein bei Personen im Niedrigeinkommensbereich) hoch. Diese höhere Konfliktintensität im Vergleich zu den sozial privilegierten Gruppen korrespondiert mit stärker egalitären Grundhaltungen und dürfte auch das Resultat der eigenen sozialen Problemlage in dem Sinne sein, dass die eigene Lage auf die allgemeine Ebene projiziert wird.

Zusammen mit relativ geringen Demokratie- und Lebenszufriedenheiten für sozialpolitische Problemgruppen ergeben sich hieraus gewisse Gefahren für die gesellschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland, wenngleich im internationalen (EU-27-)Maßstab etwa die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit zumindest für Westdeutschland immerhin auf einem mittleren Niveau angesiedelt ist. Gleichwohl sollten die festgestellten Entwicklungen – und hier vor allem jene in Ostdeutschland, aber auch diejenigen bei bestimmten sozialpolitischen Problemgruppen – u. E. im Auge behalten und bei der Konzeptionierung praktischer Sozialpolitik in Deutschland berücksichtigt werden.

Anhang

Tabelle A.1a: Wahrgenommene Konflikte in Deutschland 2005 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen – Anteil der als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikte an den jeweiligen Gesamtantworten (Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	Gastarbeiter versus Deutsche	Männer versus Frauen	Rechts- versus Linksparteien	Arm versus Reich	Jung versus Alt	Ost- versus Westdeutschland	Leistungsempfänger versus Beitragszahler
Alle, Deutschland	74,0 %	65,5 %	32,6 %	79,9 %	79,4 %	44,3 %	57,3 %	68,8 %
Alle, Westdeutschland	73,7 %	63,5 %	32,9 %	79,1 %	78,2 %	43,9 %	55,8 %	69,4 %
Alle, Ostdeutschland	75,3 %	76,1 %	31,0 %	84,0 %	85,5 %	46,2 %	64,6 %	65,7 %
Männer (D)	73,8 %	58,2 %	24,2 %	76,8 %	75,9 %	40,4 %	51,4 %	63,1 %
Frauen (D)	74,1 %	72,7 %	40,7 %	83,0 %	82,8 %	48,0 %	62,9 %	74,3 %
Alleinlebende (D)	74,2 %	65,5 %	36,3 %	77,7 %	78,5 %	48,1 %	54,4 %	68,3 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	72,1 %	61,6 %	30,4 %	77,0 %	80,8 %	43,4 %	57,3 %	64,2 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	75,6 %	66,0 %	32,1 %	81,1 %	78,8 %	43,2 %	59,0 %	71,3 %
Alleinerziehende (D)	65,8 %	72,9 %	(34,0 %)	80,6 %	78,9 %	45,9 %	62,9 %	76,5 %
Erwachs. mit Eltern (D)	75,0 %	71,6 %	34,5 %	89,0 %	79,5 %	42,4 %	56,8 %	72,6 %
Arbeiterschicht (D)	74,6 %	68,8 %	32,8 %	83,0 %	81,7 %	45,8 %	60,2 %	70,4 %
Mittelschicht (D)	74,4 %	65,0 %	32,8 %	79,4 %	79,2 %	44,0 %	56,9 %	68,3 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	72,5 %	61,9 %	30,2 %	77,9 %	75,4 %	43,6 %	57,1 %	67,7 %
Niedrige Bildung (D)	71,6 %	64,1 %	34,2 %	79,9 %	78,3 %	47,3 %	59,6 %	72,1 %
Mittlere Bildung (D)	74,4 %	70,0 %	33,6 %	85,4 %	82,6 %	45,1 %	58,1 %	71,4 %
Hohe Bildung (D)	75,3 %	62,4 %	31,3 %	76,0 %	78,1 %	42,6 %	56,0 %	65,5 %
18-29 Jahre (D)	77,0 %	71,6 %	29,9 %	87,2 %	80,6 %	41,4 %	53,9 %	74,3 %
30-39 Jahre (D)	76,3 %	67,8 %	31,2 %	80,7 %	79,1 %	42,2 %	59,4 %	75,3 %
40-49 Jahre (D)	76,8 %	66,4 %	32,4 %	79,0 %	80,3 %	42,2 %	59,9 %	69,5 %
50-64 Jahre (D)	71,9 %	62,7 %	34,1 %	75,0 %	77,9 %	44,4 %	58,2 %	63,7 %
65 Jahre und älter (D)	69,1 %	60,5 %	35,0 %	78,8 %	79,8 %	49,7 %	54,6 %	62,8 %
Einfach Beschäftigte (D)	76,6 %	66,4 %	31,2 %	82,1 %	83,2 %	43,4 %	60,1 %	74,5 %
Qualif. Beschäftigte (D)	76,8 %	63,3 %	27,4 %	76,7 %	76,2 %	37,3 %	54,5 %	67,0 %
Selbstständige (D)	67,4 %	56,3 %	35,9 %	70,2 %	72,9 %	44,6 %	56,4 %	66,8 %
Arbeitslose (D)	72,5 %	72,4 %	38,3 %	85,5 %	79,9 %	49,5 %	65,3 %	70,8 %
Kurzzeitarbeitslose (D)	-	-	-	-	-	-	-	-
Langzeitarbeitslose (D)	(67,8 %)	70,4 %	(46,0 %)	84,7 %	81,1 %	(53,2 %)	(66,5 %)	72,2 %
1. Einkommensquintil (D)	74,0 %	71,6 %	39,1 %	83,4 %	80,1 %	47,5 %	57,3 %	72,0 %
2. Einkommensquintil (D)	76,5 %	69,9 %	31,3 %	81,2 %	80,1 %	46,4 %	61,3 %	71,3 %
3. Einkommensquintil (D)	73,0 %	64,2 %	30,6 %	80,5 %	81,9 %	44,8 %	57,2 %	70,1 %
4. Einkommensquintil (D)	77,2 %	60,4 %	29,7 %	77,4 %	79,6 %	40,7 %	55,5 %	62,8 %
5. Einkommensquintil (D)	70,8 %	58,6 %	30,4 %	74,0 %	73,9 %	42,2 %	55,6 %	64,1 %

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle A.1b: Wahrgenommene Konflikte in Deutschland 2006 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen – Anteil der als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikte an den jeweiligen Gesamtantworten (Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	Gastarbeiter versus Deutsche	Männer versus Frauen	Rechts- versus Linksparteien	Arm versus Reich	Jung versus Alt	Ost- versus Westdeutschland	Leistungsempfänger versus Beitragszahler
Alle, Deutschland	65,0 %	64,7 %	29,1 %	78,1 %	74,5 %	43,8 %	56,4 %	70,2 %
Alle, Westdeutschland	64,7 %	62,9 %	29,3 %	77,0 %	73,0 %	43,5 %	54,9 %	70,6 %
Alle, Ostdeutschland	66,7 %	74,2 %	28,2 %	83,8 %	82,2 %	45,5 %	63,8 %	68,0 %
Männer (D)	64,6 %	59,4 %	24,2 %	75,3 %	71,7 %	40,8 %	52,7 %	64,9 %
Frauen (D)	65,4 %	69,7 %	33,6 %	80,7 %	77,1 %	46,6 %	59,8 %	75,1 %
Alleinlebende (D)	67,8 %	65,5 %	33,0 %	78,1 %	76,9 %	47,2 %	55,4 %	69,9 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	58,8 %	59,7 %	27,2 %	75,3 %	72,1 %	43,4 %	55,0 %	67,2 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	68,4 %	66,8 %	26,7 %	78,5 %	74,3 %	42,9 %	57,3 %	72,9 %
Alleinerziehende (D)	71,1 %	71,7 %	41,0 %	81,1 %	75,4 %	44,4 %	61,7 %	69,9 %
Erwachs. mit Eltern (D)	65,1 %	64,9 %	29,3 %	85,5 %	76,0 %	41,8 %	58,5 %	69,9 %
Arbeiterschicht (D)	64,4 %	66,5 %	31,6 %	79,6 %	74,7 %	45,6 %	58,4 %	69,9 %
Mittelschicht (D)	65,3 %	63,7 %	28,9 %	77,8 %	74,7 %	43,3 %	56,4 %	68,9 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	64,4 %	62,6 %	23,6 %	78,3 %	70,4 %	39,2 %	53,8 %	74,5 %
Niedrige Bildung (D)	61,3 %	63,3 %	35,2 %	77,2 %	72,4 %	46,0 %	57,9 %	69,3 %
Mittlere Bildung (D)	64,5 %	69,0 %	28,2 %	80,3 %	75,8 %	43,0 %	56,0 %	72,5 %
Hohe Bildung (D)	68,5 %	61,6 %	26,7 %	76,0 %	75,3 %	43,4 %	55,8 %	68,7 %
18-29 Jahre (D)	62,4 %	66,9 %	27,3 %	81,8 %	77,0 %	41,4 %	55,1 %	70,9 %
30-39 Jahre (D)	67,0 %	68,9 %	27,0 %	80,8 %	74,0 %	44,2 %	58,9 %	75,2 %
40-49 Jahre (D)	69,4 %	67,2 %	29,9 %	78,3 %	77,5 %	41,7 %	58,6 %	71,5 %
50-64 Jahre (D)	66,5 %	65,0 %	27,5 %	75,2 %	73,9 %	43,6 %	56,4 %	69,7 %
65 Jahre und älter (D)	59,6 %	56,8 %	33,5 %	75,7 %	70,9 %	47,5 %	53,1 %	64,1 %
Einfach Beschäftigte (D)	66,9 %	68,7 %	28,6 %	80,6 %	75,8 %	43,1 %	58,9 %	72,6 %
Qualif. Beschäftigte (D)	68,9 %	64,8 %	27,8 %	75,7 %	74,8 %	39,9 %	57,2 %	69,9 %
Selbstständige (D)	59,1 %	67,3 %	(22,4 %)	71,8 %	77,4 %	43,2 %	58,8 %	72,7 %
Arbeitslose (D)	74,9 %	69,8 %	35,6 %	80,1 %	82,5 %	51,9 %	62,9 %	71,4 %
Kurzzeitarbeitslose (D)	75,4 %	(60,5 %)	(31,5 %)	82,8 %	77,7 %	(52,2 %)	(56,4 %)	74,6 %
Langzeitarbeitslose (D)	74,3 %	80,0 %	(40,2 %)	77,0 %	87,9 %	(51,6 %)	70,2 %	(67,7 %)
1. Einkommensquintil (D)	67,4 %	72,7 %	35,7 %	78,3 %	77,6 %	47,8 %	60,3 %	69,9 %
2. Einkommensquintil (D)	62,4 %	63,7 %	28,2 %	81,2 %	73,2 %	40,7 %	55,1 %	70,6 %
3. Einkommensquintil (D)	70,0 %	64,3 %	29,1 %	78,5 %	77,4 %	46,1 %	55,5 %	71,3 %
4. Einkommensquintil (D)	59,7 %	61,0 %	27,1 %	78,4 %	72,6 %	41,6 %	56,1 %	66,8 %
5. Einkommensquintil (D)	62,7 %	62,1 %	26,0 %	73,3 %	71,3 %	40,0 %	57,5 %	69,7 %

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle A.1c: Wahrgenommene Konflikte in Deutschland 2007 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen – Anteil der als ziemlich stark bzw. als sehr stark wahrgenommenen Konflikte an den jeweiligen Gesamtantworten (Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	Gastarbeiter versus Deutsche	Männer versus Frauen	Rechts- versus Linksparteien	Arm versus Reich	Jung versus Alt	Ost- versus Westdeutschland	Leistungsempfänger versus Beitragszahler
Alle, Deutschland	62,4 %	61,1 %	30,5 %	76,7 %	77,7 %	40,0 %	53,8 %	70,4 %
Alle, Westdeutschland	61,8 %	59,2 %	30,6 %	75,2 %	74,7 %	39,2 %	51,6 %	70,5 %
Alle, Ostdeutschland	66,1 %	71,3 %	30,1 %	84,7 %	83,1 %	44,7 %	64,4 %	70,6 %
Männer (D)	62,1 %	55,6 %	23,9 %	73,9 %	69,8 %	37,5 %	49,3 %	66,3 %
Frauen (D)	62,8 %	66,4 %	36,7 %	79,3 %	80,4 %	42,5 %	57,9 %	74,3 %
Alleinlebende (D)	66,1 %	62,5 %	33,7 %	74,7 %	79,1 %	45,9 %	53,2 %	65,3 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	61,9 %	56,2 %	28,2 %	75,8 %	77,0 %	36,8 %	53,1 %	67,1 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	62,2 %	64,1 %	29,3 %	76,3 %	76,9 %	38,4 %	54,8 %	73,7 %
Alleinerziehende (D)	56,9 %	66,1 %	38,8 %	77,3 %	80,1 %	42,6 %	56,6 %	76,2 %
Erwachs. mit Eltern (D)	61,2 %	57,9 %	28,9 %	81,7 %	79,8 %	40,0 %	51,3 %	74,0 %
Arbeiterschicht (D)	65,2 %	62,6 %	35,3 %	79,3 %	79,3 %	42,6 %	56,0 %	74,1 %
Mittelschicht (D)	61,2 %	61,6 %	30,3 %	77,1 %	78,3 %	39,9 %	53,5 %	71,6 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	61,0 %	57,6 %	21,6 %	71,9 %	71,1 %	34,1 %	50,0 %	61,4 %
Niedrige Bildung (D)	59,0 %	61,1 %	35,7 %	76,0 %	78,3 %	41,7 %	56,1 %	70,2 %
Mittlere Bildung (D)	62,9 %	63,9 %	31,3 %	80,3 %	80,2 %	42,0 %	55,8 %	73,8 %
Hohe Bildung (D)	63,4 %	58,6 %	27,9 %	73,0 %	74,7 %	37,4 %	51,4 %	67,2 %
18-29 Jahre (D)	61,7 %	62,9 %	29,1 %	83,1 %	80,6 %	41,3 %	54,7 %	74,6 %
30-39 Jahre (D)	62,7 %	62,6 %	28,7 %	76,0 %	75,1 %	36,7 %	54,8 %	75,0 %
40-49 Jahre (D)	64,2 %	60,8 %	31,1 %	76,0 %	79,1 %	37,5 %	53,2 %	73,9 %
50-64 Jahre (D)	64,4 %	59,4 %	31,0 %	72,2 %	76,9 %	41,3 %	53,1 %	69,5 %
65 Jahre und älter (D)	59,1 %	60,7 %	32,2 %	77,4 %	77,1 %	42,8 %	53,3 %	61,2 %
Einfach Beschäftigte (D)	64,0 %	62,9 %	29,4 %	79,0 %	78,4 %	38,3 %	57,1 %	73,8 %
Qualif. Beschäftigte (D)	65,1 %	57,9 %	23,6 %	70,5 %	76,4 %	36,3 %	48,8 %	71,0 %
Selbstständige (D)	56,8 %	51,1 %	33,1 %	70,8 %	71,9 %	37,9 %	49,3 %	69,7 %
Arbeitslose (D)	61,5 %	55,6 %	(34,1 %)	79,0 %	80,7 %	48,3 %	56,6 %	69,5 %
Kurzzeitarbeitslose (D)	(53,1 %)	(58,0 %)	(37,7 %)	(79,6 %)	(77,1 %)	(40,4 %)	(58,2 %)	(67,9 %)
Langzeitarbeitslose (D)	(69,1 %)	(53,2 %)	(30,5 %)	(78,2 %)	(83,5 %)	(57,7 %)	(53,8 %)	(70,8 %)
1. Einkommensquintil (D)	59,6 %	61,2 %	35,5 %	76,7 %	77,7 %	42,4 %	53,0 %	69,2 %
2. Einkommensquintil (D)	61,7 %	64,1 %	32,4 %	78,4 %	78,8 %	43,4 %	62,9 %	75,5 %
3. Einkommensquintil (D)	64,6 %	62,6 %	31,0 %	78,8 %	81,5 %	41,1 %	53,3 %	75,6 %
4. Einkommensquintil (D)	65,8 %	61,3 %	30,4 %	78,9 %	80,2 %	38,6 %	51,4 %	71,6 %
5. Einkommensquintil (D)	59,8 %	57,5 %	29,9 %	72,2 %	71,4 %	36,0 %	50,6 %	63,6 %

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle A.2a: Ausgewählte Verteilungsbeurteilungen bzw. Werthaltungen
in Deutschland 2005 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen
(Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Einkommensunterschiede zu groß: Ja ¹⁾	Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz: Ja ¹⁾	Bedarfssicherung durch Umverteilung: Ja ¹⁾	Egalitarismus: hohe Zustimmung ²⁾	Individualismus: hohe Zustimmung ²⁾	Askriptivismus: hohe Zustimmung ²⁾	Fatalismus: hohe Zustimmung ²⁾
Alle, Deutschland	85,8 %	54,8 %	81,2 %	37,1 %	17,7 %	53,5 %	21,8 %
Alle, Westdeutschland	84,8 %	55,3 %	80,2 %	33,8 %	18,4 %	54,2 %	20,4 %
Alle, Ostdeutschland	90,7 %	51,9 %	86,8 %	54,0 %	14,3 %	50,3 %	29,1 %
Männer (D)	82,6 %	59,0 %	80,2 %	29,7 %	21,5 %	56,0 %	19,3 %
Frauen (D)	88,9 %	50,7 %	82,3 %	44,2 %	14,0 %	51,1 %	24,3 %
Alleinlebende (D)	83,2 %	58,4 %	81,4 %	37,2 %	18,7 %	55,9 %	24,7 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	85,8 %	60,6 %	80,7 %	34,8 %	21,7 %	57,5 %	21,4 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	88,0 %	51,0 %	81,6 %	37,3 %	15,7 %	50,7 %	19,9 %
Alleinerziehende (D)	87,7 %	46,5 %	81,5 %	47,2 %	((10,3 %))	51,5 %	(29,1 %)
Erwachs. mit Eltern (D)	80,2 %	49,2 %	78,6 %	39,6 %	(17,4 %)	50,2 %	(21,3 %)
Arbeiterschicht (D)	88,3 %	54,1 %	83,3 %	48,3 %	15,0 %	54,6 %	35,8 %
Mittelschicht (D)	87,4 %	54,3 %	82,3 %	35,2 %	17,5 %	53,2 %	18,2 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	74,5 %	59,8 %	72,5 %	23,5 %	23,7 %	56,5 %	(10,2 %)
Niedrige Bildung (D)	82,9 %	60,1 %	82,3 %	46,4 %	14,8 %	56,6 %	39,4 %
Mittlere Bildung (D)	88,9 %	51,6 %	83,2 %	42,5 %	16,4 %	54,0 %	23,5 %
Hohe Bildung (D)	85,1 %	55,6 %	79,1 %	28,7 %	19,0 %	51,3 %	13,8 %
18-29 Jahre (D)	81,1 %	46,6 %	80,8 %	40,3 %	17,4 %	49,8 %	16,8 %
30-39 Jahre (D)	86,7 %	51,7 %	80,1 %	39,7 %	16,7 %	53,5 %	19,8 %
40-49 Jahre (D)	89,4 %	49,7 %	83,5 %	33,9 %	10,3 %	45,9 %	17,5 %
50-64 Jahre (D)	86,1 %	58,9 %	80,4 %	38,0 %	19,3 %	55,6 %	25,3 %
65 Jahre und älter (D)	85,0 %	65,1 %	82,0 %	34,6 %	24,1 %	61,1 %	27,9 %
Einfach Beschäftigte (D)	88,5 %	48,5 %	82,1 %	41,9 %	13,5 %	52,0 %	24,4 %
Qualif. Beschäftigte (D)	86,5 %	54,9 %	80,1 %	28,3 %	16,1 %	50,2 %	11,8 %
Selbstständige (D)	80,1 %	52,3 %	75,5 %	(22,0 %)	(26,8 %)	64,3 %	(18,3 %)
Arbeitslose (D)	84,1 %	51,5 %	87,0 %	55,1 %	(14,9 %)	48,1 %	(30,4 %)
Kurzzeitarbeitslose (D)	-	-	-	-	-	-	-
Langzeitarbeitslose (D)	89,1 %	(51,9 %)	89,0 %	(55,2 %)	((12,4 %))	(44,9 %)	(30,1 %)
1. Einkommensquintil (D)	83,3 %	54,2 %	80,0 %	45,3 %	16,4 %	52,2 %	28,3 %
2. Einkommensquintil (D)	92,1 %	49,5 %	84,2 %	45,5 %	15,0 %	51,7 %	28,1 %
3. Einkommensquintil (D)	87,1 %	51,9 %	83,7 %	36,7 %	15,0 %	50,4 %	21,9 %
4. Einkommensquintil (D)	89,6 %	58,1 %	82,0 %	37,1 %	18,5 %	53,5 %	18,3 %
5. Einkommensquintil (D)	77,9 %	60,4 %	75,9 %	21,5 %	24,0 %	61,7 %	13,2 %

¹⁾ Ja = Stimme eher zu bzw. stimme voll zu; ²⁾ hohe Zustimmung gemäß so genannter 4er-Logik (mit 1,0 = Ablehnung, ..., 5,0 = Zustimmung) = Werte 4,5 bzw. 5,0;

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30;

(): Fallzahl \geq 30 Fälle und $<$ 100 Fälle; (()): Fallzahl $<$ 30 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle A.2b: Ausgewählte Verteilungsbeurteilungen bzw. Werthaltungen
in Deutschland 2006 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen
(Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Einkommensunterschiede zu groß: Ja ¹⁾	Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz: Ja ¹⁾	Bedarfssicherung durch Umverteilung: Ja ¹⁾	Egalitarismus: hohe Zustimmung ²⁾	Individualismus: hohe Zustimmung ²⁾	Askriptivismus: hohe Zustimmung ²⁾	Fatalismus: hohe Zustimmung ²⁾
Alle, Deutschland	82,4 %	53,1 %	80,2 %	37,8 %	16,9 %	53,4 %	28,0 %
Alle, Westdeutschland	80,0 %	53,4 %	79,3 %	34,5 %	17,5 %	54,5 %	26,7 %
Alle, Ostdeutschland	88,8 %	51,4 %	84,6 %	54,6 %	13,8 %	47,4 %	34,5 %
Männer (D)	77,4 %	57,3 %	79,7 %	33,0 %	20,6 %	55,0 %	23,8 %
Frauen (D)	85,2 %	48,8 %	80,6 %	42,3 %	13,5 %	51,9 %	31,7 %
Alleinlebende (D)	83,4 %	53,7 %	82,9 %	40,5 %	18,9 %	52,7 %	34,6 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	81,0 %	60,0 %	80,7 %	36,8 %	20,3 %	59,0 %	31,5 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	81,6 %	53,2 %	79,1 %	35,0 %	16,0 %	52,4 %	25,1 %
Alleinerziehende (D)	87,6 %	41,8 %	79,9 %	41,5 %	((9,0 %))	52,1 %	(28,9 %)
Erwachs. mit Eltern (D)	79,3 %	40,5 %	79,1 %	44,2 %	(12,7 %)	48,0 %	(17,0 %)
Arbeiterschicht (D)	89,1 %	53,0 %	83,6 %	52,1 %	13,5 %	55,9 %	40,9 %
Mittelschicht (D)	79,0 %	54,7 %	79,2 %	33,0 %	18,3 %	52,4 %	23,8 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	72,1 %	52,8 %	73,2 %	20,4 %	21,9 %	55,9 %	(12,6 %)
Niedrige Bildung (D)	87,0 %	55,7 %	81,2 %	47,8 %	18,1 %	60,3 %	44,8 %
Mittlere Bildung (D)	82,5 %	52,1 %	80,0 %	41,3 %	15,1 %	52,4 %	30,0 %
Hohe Bildung (D)	77,3 %	53,3 %	79,8 %	27,6 %	18,3 %	49,9 %	14,9 %
18-29 Jahre (D)	78,3 %	42,8 %	75,4 %	39,6 %	13,3 %	43,0 %	18,9 %
30-39 Jahre (D)	79,6 %	48,1 %	79,5 %	36,6 %	12,7 %	50,5 %	23,4 %
40-49 Jahre (D)	82,4 %	48,0 %	77,1 %	35,0 %	12,3 %	51,7 %	24,9 %
50-64 Jahre (D)	82,9 %	57,1 %	82,8 %	37,2 %	17,3 %	55,3 %	29,5 %
65 Jahre und älter (D)	83,1 %	65,8 %	84,5 %	40,7 %	26,9 %	63,4 %	40,1 %
Einfach Beschäftigte (D)	84,6 %	45,9 %	78,9 %	41,1 %	11,1 %	50,7 %	28,8 %
Qualif. Beschäftigte (D)	77,0 %	51,9 %	77,6 %	29,2 %	16,3 %	51,6 %	18,7 %
Selbstständige (D)	67,0 %	59,5 %	71,4 %	(16,2 %)	(24,3 %)	59,4 %	(14,2 %)
Arbeitslose (D)	85,1 %	50,5 %	85,5 %	59,1 %	((9,5 %))	43,1 %	34,5 %
Kurzzeitarbeitslose (D)	82,8 %	(51,8 %)	87,2 %	66,7 %	((12,5 %))	(39,0 %)	(31,9 %)
Langzeitarbeitslose (D)	87,6 %	(49,1 %)	83,5 %	(64,3 %)	((6,1 %))	(47,7 %)	(37,2 %)
1. Einkommensquintil (D)	86,4 %	49,6 %	82,5 %	49,9 %	11,8 %	49,5 %	36,2 %
2. Einkommensquintil (D)	88,8 %	51,0 %	82,6 %	44,8 %	14,3 %	52,9 %	33,5 %
3. Einkommensquintil (D)	81,8 %	50,5 %	80,8 %	36,3 %	16,2 %	53,3 %	26,2 %
4. Einkommensquintil (D)	80,2 %	57,7 %	80,1 %	33,3 %	18,3 %	55,2 %	25,5 %
5. Einkommensquintil (D)	70,5 %	57,2 %	74,8 %	24,6 %	23,6 %	57,7 %	19,3 %

¹⁾ Ja = Stimme eher zu bzw. stimme voll zu; ²⁾ hohe Zustimmung gemäß so genannter 4er-Logik (mit 1,0 = Ablehnung, ..., 5,0 = Zustimmung) = Werte 4,5 bzw. 5,0;

D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

() : Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle; (()) : Fallzahl < 30 Fälle

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle A.2c: Ausgewählte Verteilungsbeurteilungen bzw. Werthaltungen
in Deutschland 2007 nach ausgewählten sozioökonomischen Gruppen
(Sozialstaatssurvey)

Gruppe	Einkommensunterschiede zu groß: Ja ¹⁾	Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz: Ja ¹⁾	Bedarfssicherung durch Umverteilung: Ja ¹⁾	Egalitarismus: hohe Zustimmung ²⁾	Individualismus: hohe Zustimmung ²⁾	Askriptivismus: hohe Zustimmung ²⁾	Fatalismus: hohe Zustimmung ²⁾
Alle, Deutschland	84,2 %	51,4 %	80,7 %	36,4 %	18,4 %	54,5 %	26,3 %
Alle, Westdeutschland	83,1 %	51,7 %	80,1 %	33,3 %	19,2 %	56,0 %	25,1 %
Alle, Ostdeutschland	89,7 %	49,8 %	83,9 %	52,4 %	14,0 %	47,1 %	32,3 %
Männer (D)	81,1 %	56,7 %	80,3 %	29,7 %	22,6 %	59,3 %	23,3 %
Frauen (D)	87,0 %	46,4 %	81,1 %	42,6 %	14,5 %	50,2 %	29,0 %
Alleinlebende (D)	86,3 %	53,0 %	86,4 %	39,9 %	18,7 %	54,1 %	28,6 %
(Ehe-)Paare ohne K. (D)	83,4 %	56,9 %	79,7 %	34,0 %	22,4 %	59,1 %	27,2 %
(Ehe-)Paare mit K. (D)	84,7 %	50,2 %	78,0 %	32,4 %	17,5 %	54,9 %	26,5 %
Alleinerziehende (D)	85,9 %	45,8 %	83,7 %	46,4 %	(12,3 %)	50,4 %	(27,9 %)
Erwachs. mit Eltern (D)	78,9 %	42,5 %	79,6 %	41,5 %	(13,9 %)	46,0 %	(20,5 %)
Arbeiterschicht (D)	86,7 %	50,2 %	81,7 %	48,0 %	14,6 %	52,7 %	42,3 %
Mittelschicht (D)	84,6 %	50,9 %	81,1 %	34,2 %	18,5 %	54,0 %	22,4 %
Ob. Mittel-/Obersch. (D)	77,8 %	57,9 %	78,1 %	24,2 %	26,0 %	61,2 %	(11,0 %)
Niedrige Bildung (D)	79,6 %	56,4 %	80,4 %	46,5 %	18,8 %	55,4 %	46,3 %
Mittlere Bildung (D)	86,4 %	49,1 %	82,9 %	41,8 %	17,2 %	54,7 %	29,8 %
Hohe Bildung (D)	84,1 %	52,0 %	77,1 %	27,9 %	19,6 %	54,0 %	15,3 %
18-29 Jahre (D)	80,1 %	45,0 %	78,9 %	40,8 %	13,7 %	46,5 %	18,0 %
30-39 Jahre (D)	84,9 %	45,0 %	78,4 %	31,3 %	15,4 %	53,7 %	25,1 %
40-49 Jahre (D)	88,4 %	44,8 %	78,2 %	34,1 %	12,7 %	51,4 %	22,4 %
50-64 Jahre (D)	84,8 %	55,7 %	81,2 %	36,5 %	20,1 %	53,8 %	26,4 %
65 Jahre und älter (D)	82,3 %	63,0 %	85,8 %	39,2 %	27,6 %	64,7 %	36,8 %
Einfach Beschäftigte (D)	87,2 %	46,3 %	77,4 %	35,7 %	14,5 %	49,7 %	29,3 %
Qualif. Beschäftigte (D)	84,2 %	51,4 %	77,1 %	28,9 %	18,6 %	54,9 %	14,8 %
Selbstständige (D)	78,7 %	56,5 %	74,9 %	(24,2 %)	29,7 %	59,2 %	(14,2 %)
Arbeitslose (D)	83,1 %	(40,5 %)	79,7 %	48,4 %	((10,1 %))	(44,5 %)	(29,9 %)
Kurzzeitarbeitslose (D)	(86,6 %)	(42,2 %)	(82,8 %)	(44,3 %)	((9,0 %))	(47,6 %)	((23,6 %))
Langzeitarbeitslose (D)	(79,9 %)	(41,4 %)	(78,4 %)	(53,9 %)	((11,7 %))	(41,1 %)	(36,8 %)
1. Einkommensquintil (D)	82,8 %	48,4 %	83,6 %	49,1 %	13,8 %	47,0 %	36,9 %
2. Einkommensquintil (D)	89,7 %	46,9 %	84,1 %	43,2 %	15,0 %	51,7 %	32,8 %
3. Einkommensquintil (D)	85,6 %	49,5 %	77,6 %	35,5 %	15,8 %	53,0 %	27,2 %
4. Einkommensquintil (D)	87,9 %	51,4 %	85,1 %	38,2 %	15,9 %	51,8 %	24,7 %
5. Einkommensquintil (D)	77,5 %	58,1 %	77,1 %	24,5 %	26,8 %	61,9 %	14,7 %

¹⁾ Ja = Stimme eher zu bzw. stimme voll zu; ²⁾ hohe Zustimmung gemäß so genannter 4er-Logik (mit 1,0 = Ablehnung, ..., 5,0 = Zustimmung) = Werte 4,5 bzw. 5,0;

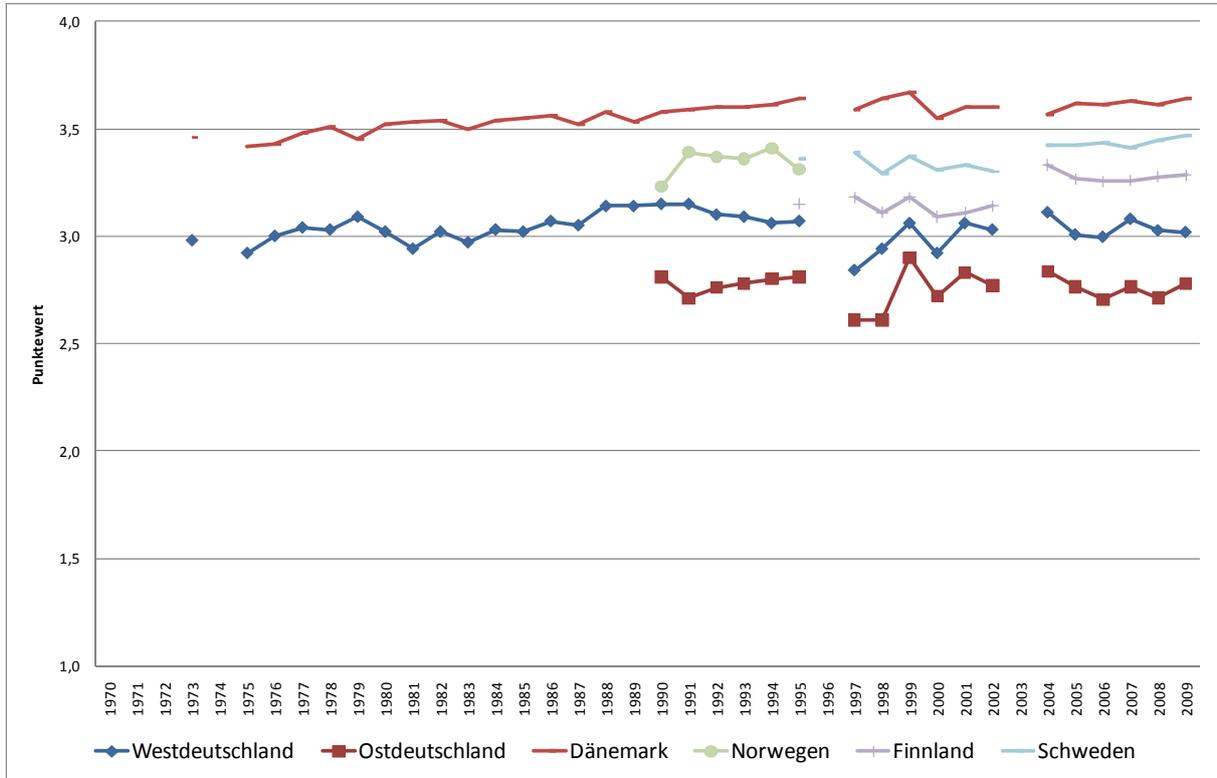
D = Deutschland, K. = Kinder(n), Erwachs. = Erwachsene, Ob. = Obere, Obersch. = Oberschicht, Qualif. = Qualifiziert;

Abgrenzung der Einkommensquintile nach dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter Zugrundelegung der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ (erste Person: 1,00; weitere Personen ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Personen bis zum 14. Lebensjahr: 0,30);

(): Fallzahl ≥ 30 Fälle und < 100 Fälle; (()): Fallzahl < 30 Fälle

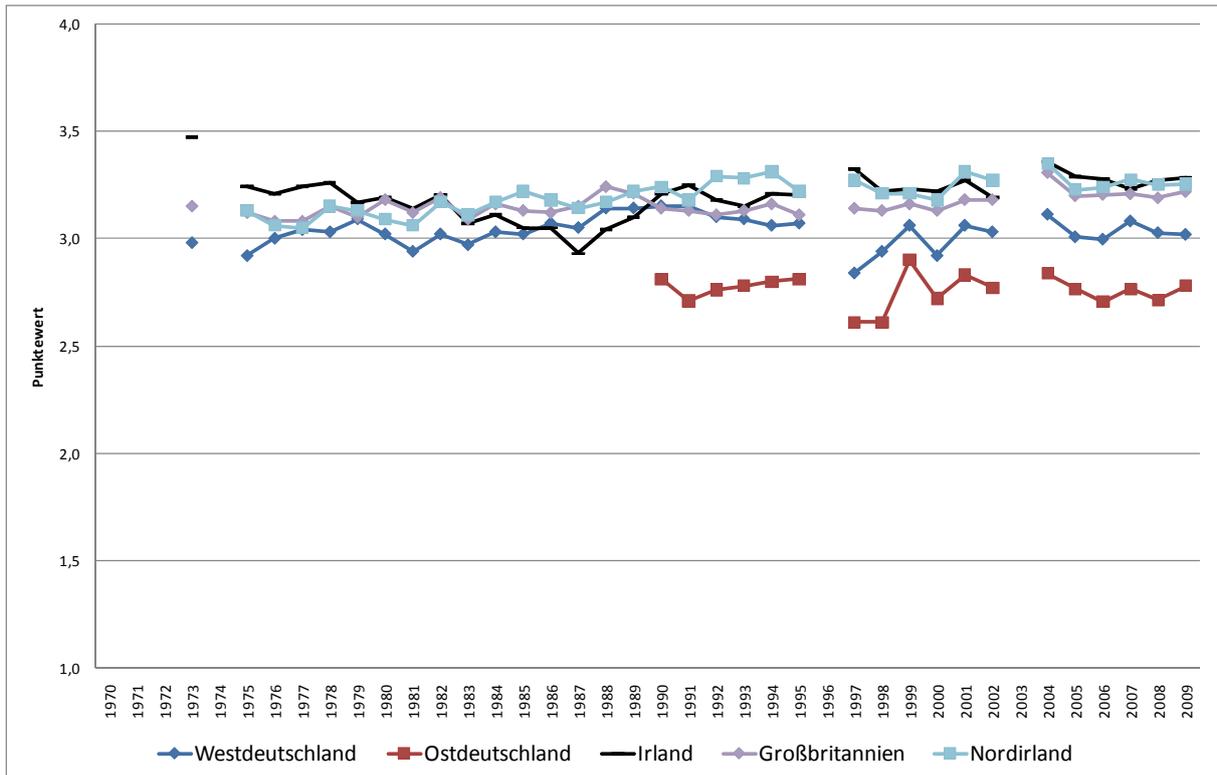
Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung A.1a: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland gegenüber den skandinavischen Ländern



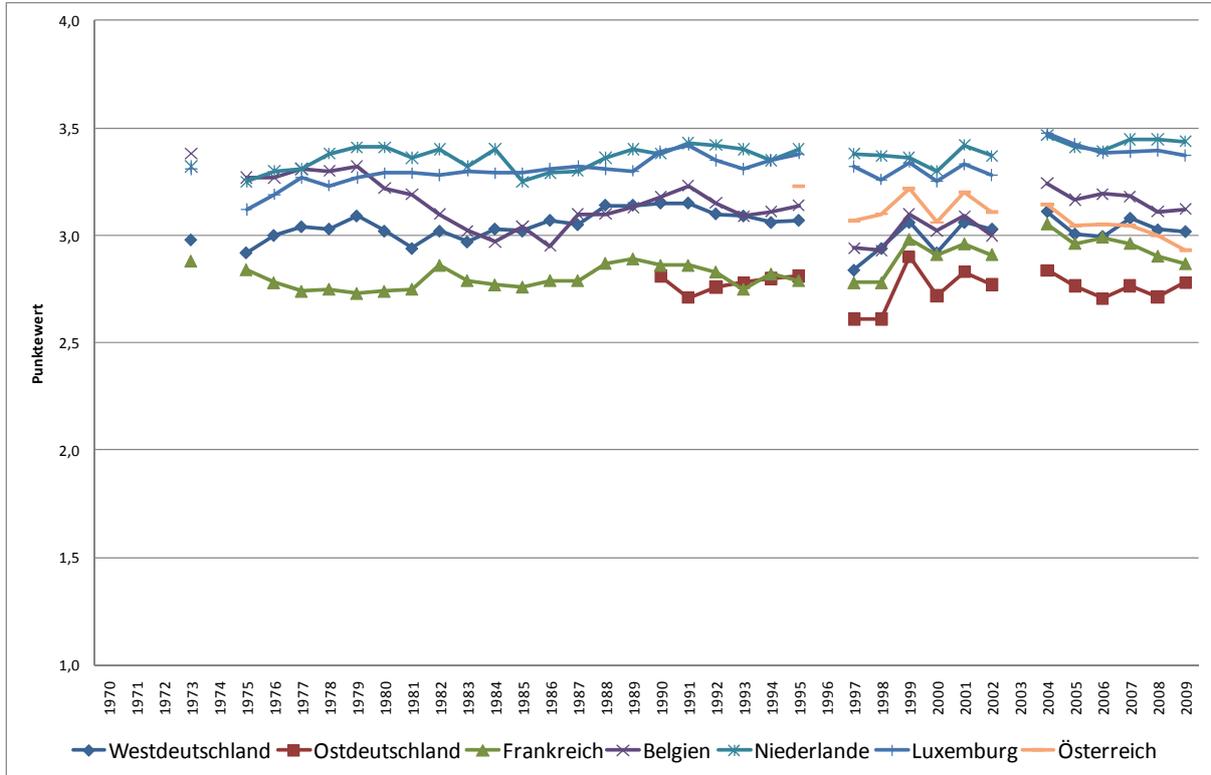
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.1b: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland gegenüber den britischen Beveridge-Ländern



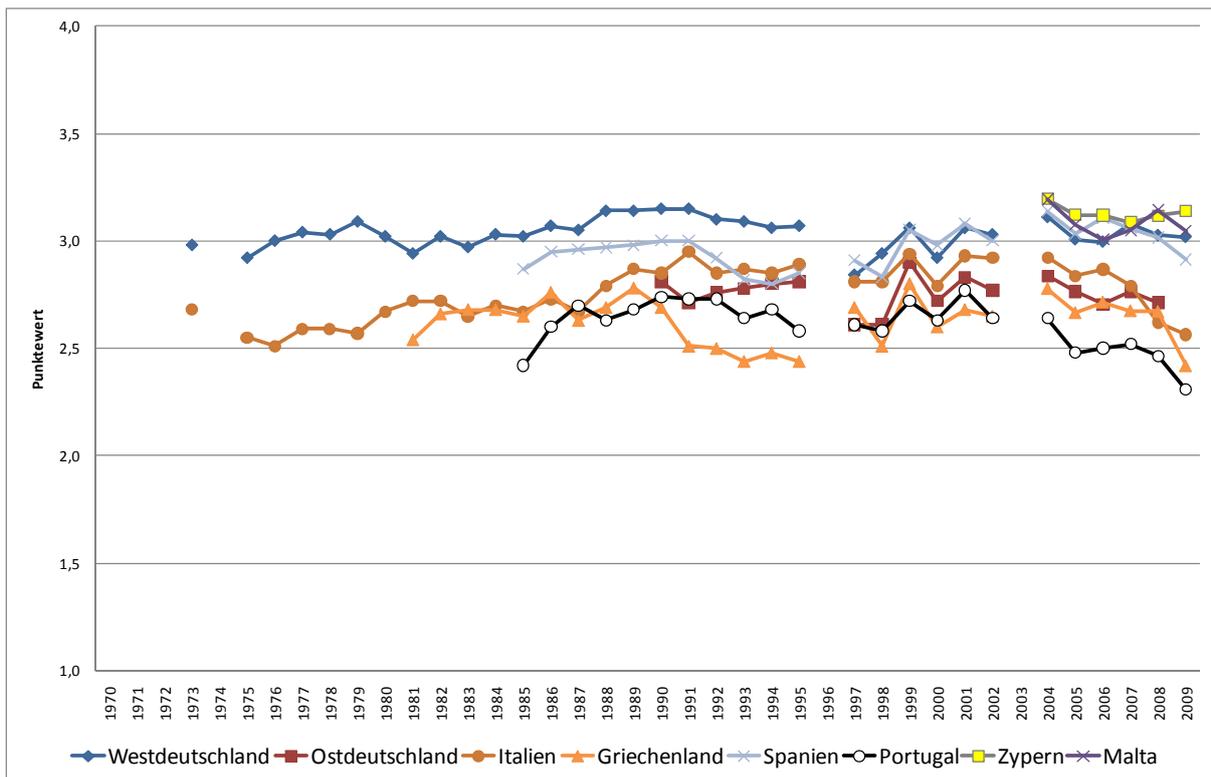
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.1c: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland gegenüber den anderen kontinentaleuropäischen Ländern



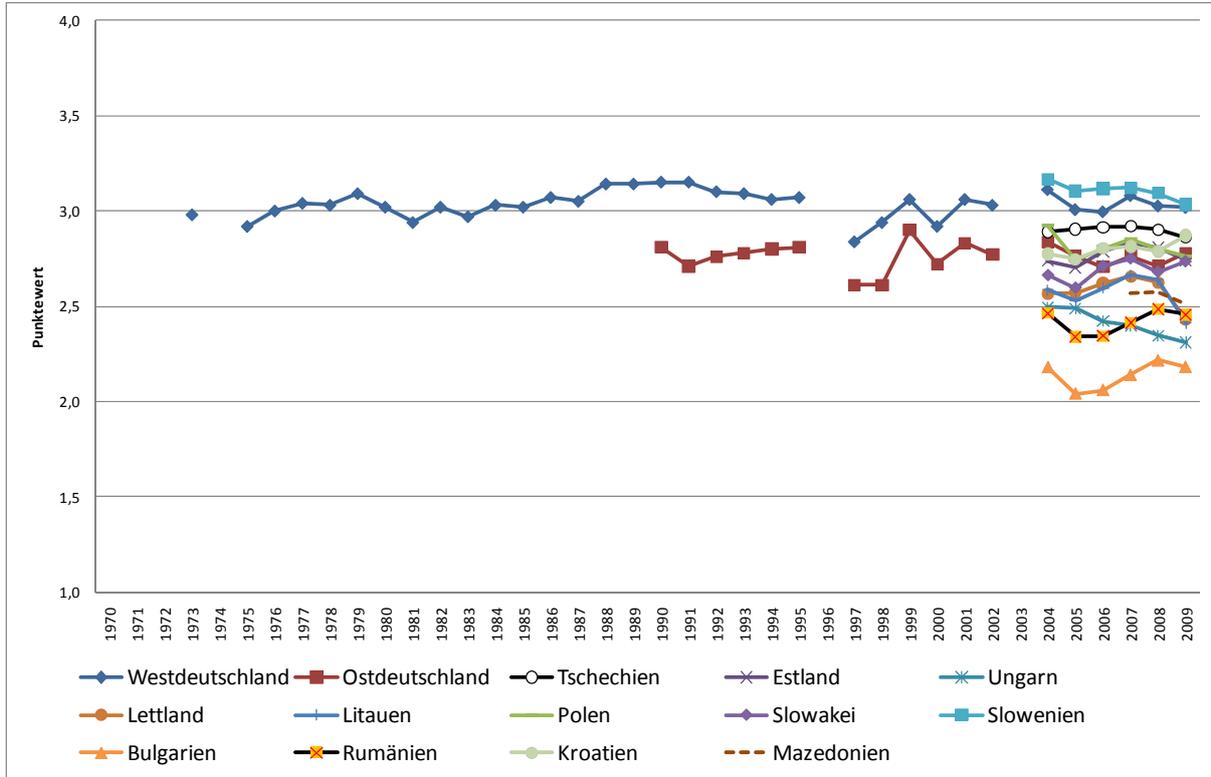
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.1d: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland gegenüber den südeuropäischen EU-Ländern



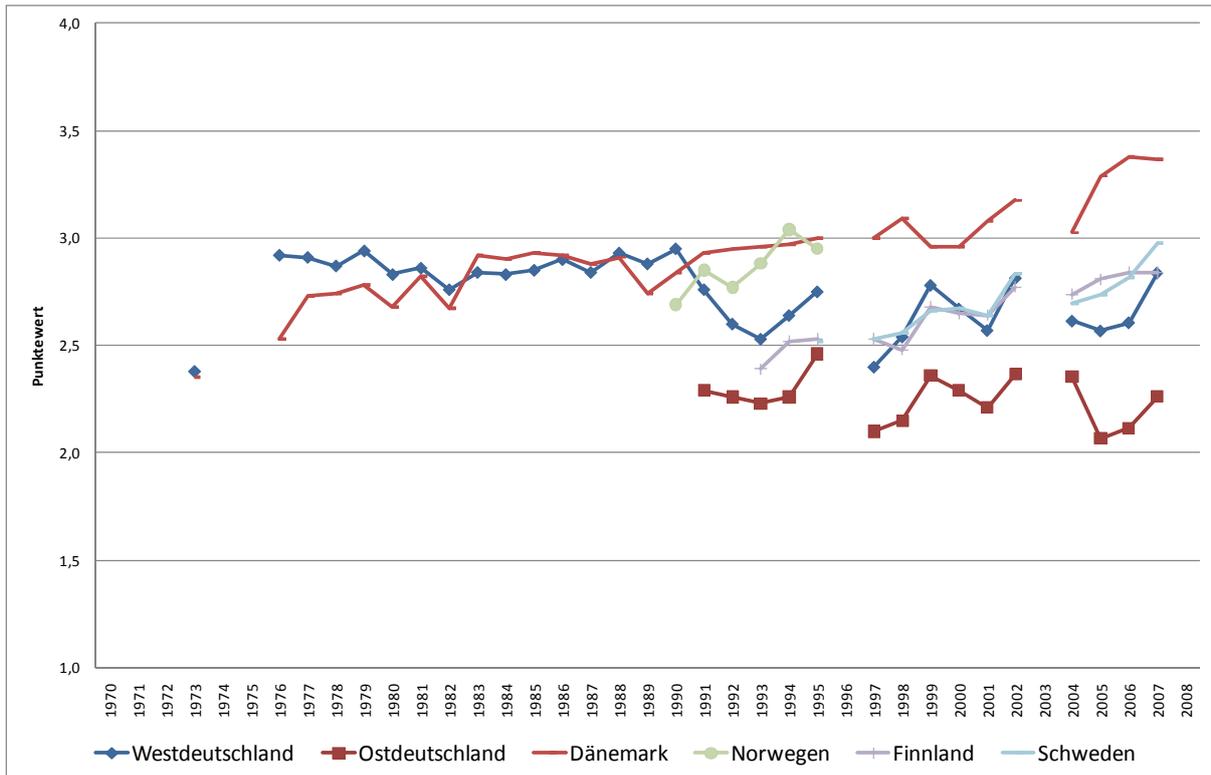
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.1e: Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland gegenüber den osteuropäischen EU-Ländern, Kroatien und Mazedonien



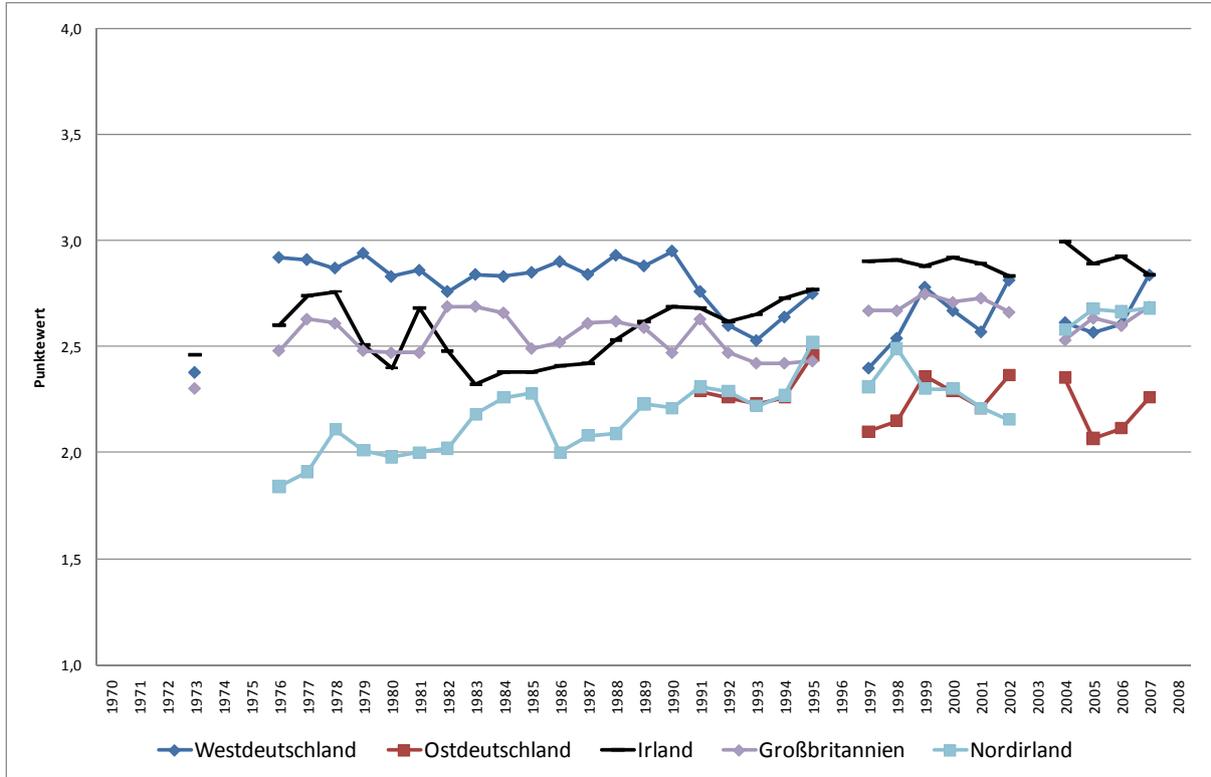
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.2a: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland gegenüber den skandinavischen Ländern



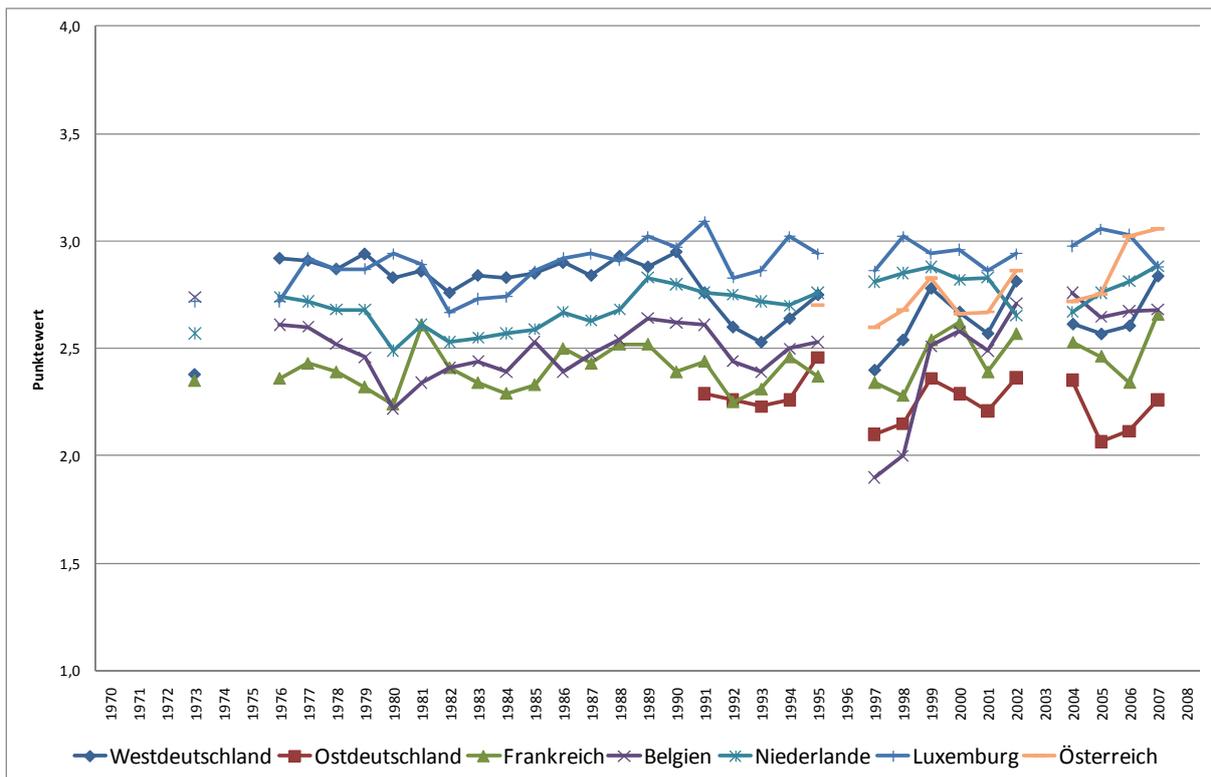
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.2b: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland gegenüber den britischen Beveridge-Ländern



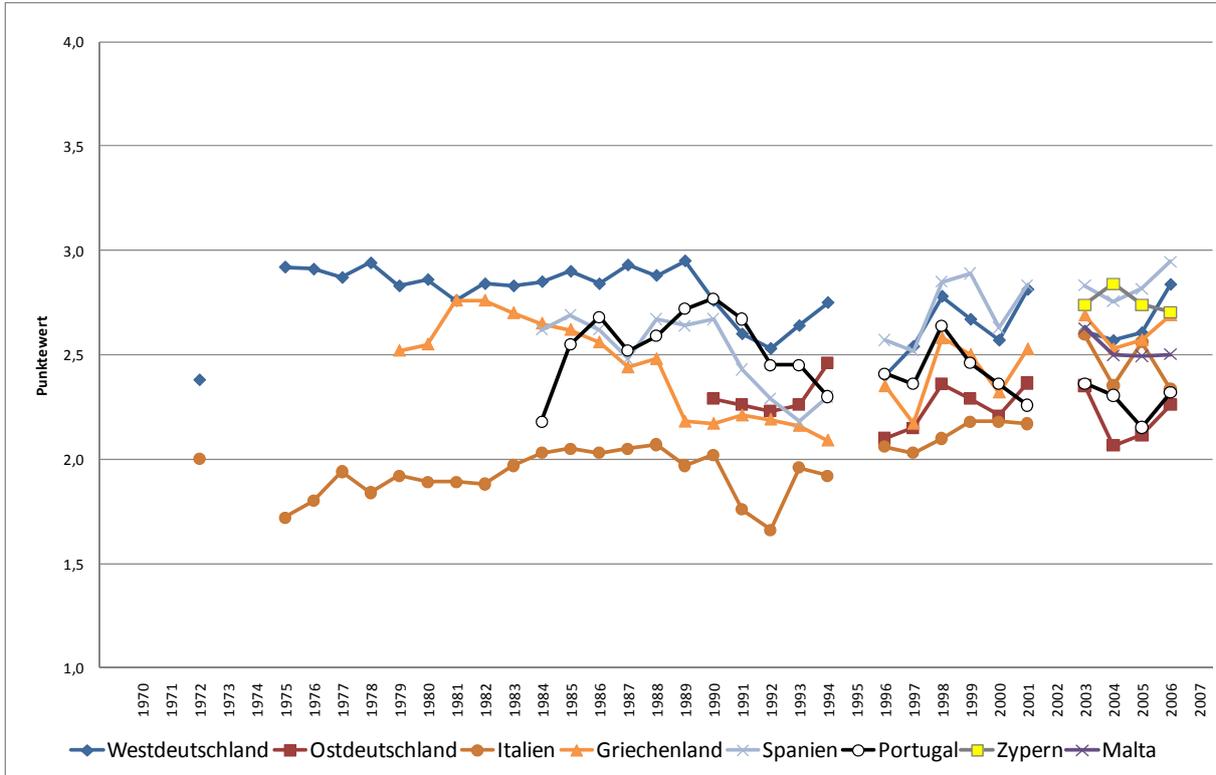
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.2c: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland gegenüber den anderen kontinentaleuropäischen Ländern



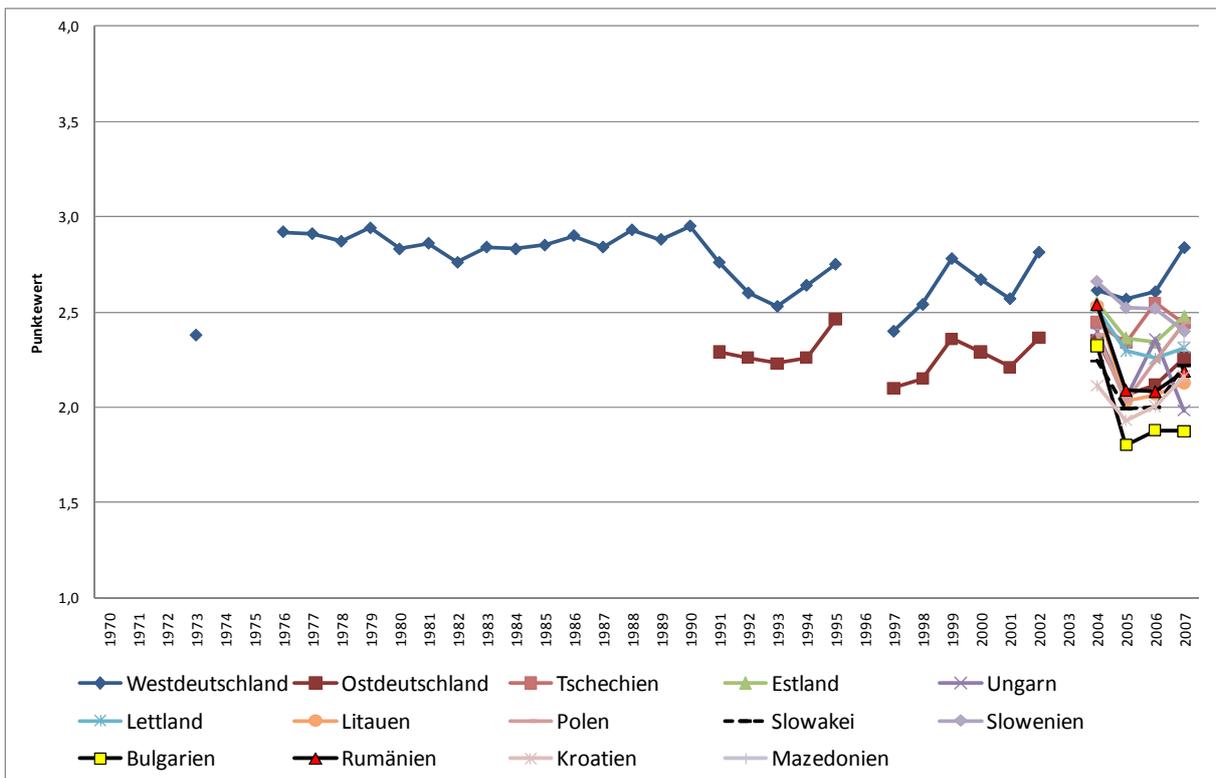
Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.2d: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland gegenüber den südeuropäischen EU-Ländern



Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Abbildung A.2e: Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in Deutschland gegenüber den osteuropäischen EU-Ländern, Kroatien und Mazedonien



Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Tabelle A.3: Durchschnittliche Lebenszufriedenheiten und durchschnittliche Demokratiezufriedenheiten in Europa (EU-27 und EU-Beitrittskandidaten) 2004-2009 (in Punkten; 1 = sehr unzufrieden, 2 = eher unzufrieden, 3 = eher zufrieden, 4 = sehr zufrieden)

Staat	Durchschnittliche Lebenszufriedenheit 2004-2009	Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit 2004-2007
<i>Skandinavische EU-Ländergruppe:</i>	<i>[3,28-3,61]</i>	<i>[2,80-3,23]</i>
Dänemark	3,61 (1.) (1.)	3,23 (1.) (1.)
Schweden	3,43 (2.) (2.)	2,75 (3.) (8.)
Finnland	3,28 (3.) (6.)	2,80 (2.) (6.)
<i>Beveridge-EU-Ländergruppe:</i>	<i>[3,22-3,28]</i>	<i>[2,59-2,94]</i>
Irland	3,28 (1.) (5.)	2,94 (1.) (3.)
Nordirland	3,27 (2.) (7.)	2,64 (2.) (11.)
Großbritannien	3,22 (3.) (8.)	2,59 (3.) (14.)
<i>Bismarck'sche kontinentaleuropäische EU- Ländergruppe:</i>	<i>[2,76-3,43]</i>	<i>[2,18-3,02]</i>
Niederlande	3,43 (1.) (3.)	2,75 (3.) (9.)
Luxemburg	3,41 (2.) (4.)	3,02 (1.) (2.)
Belgien	3,17 (3.) (9.)	2,69 (4.) (10.)
Westdeutschland	3,04 (4.) (14.)	2,60 (5.) (12.)
Österreich	3,03 (5.) (15.)	2,83 (2.) (4.)
Frankreich	2,96 (6.) (16.)	2,44 (7.) (20.)
Italien	2,77 (7.) (23.)	2,50 (6.) (18.)
Ostdeutschland	2,76 (8.) (24.)	2,18 (8.) (30.)
<i>Südeuropäische EU-Ländergruppe:</i>	<i>[2,49-3,13]</i>	<i>[2,27-2,80]</i>
Zypern	3,13 (1.) (10.)	2,77 (2.) (7.)
Malta	3,09 (2.) (12.)	2,54 (4.) (16.)
Spanien	3,04 (3.) (13.)	2,80 (1.) (5.)
Griechenland	2,65 (4.) (26.)	2,60 (3.) (13.)
Portugal	2,49 (5.) (30.)	2,27 (5.) (25.)
<i>Osteuropäische EU-Ländergruppe:</i>	<i>[2,14-3,11]</i>	<i>[2,00-2,57]</i>
Slowenien	3,11 (1.) (11.)	2,57 (1.) (15.)
Tschechien	2,90 (2.) (17.)	2,44 (2.) (21.)
Polen	2,81 (3.) (19.)	2,22 (7.) (28.)
Estland	2,77 (4.) (22.)	2,42 (3.) (22.)
Slowakei	2,69 (5.) (25.)	2,08 (9.) (31.)
Lettland	2,58 (6.) (27.)	2,36 (4.) (23.)
Litauen	2,57 (7.) (28.)	2,21 (8.) (29.)
Rumänien	2,42 (8.) (31.)	2,24 (6.) (27.)
Ungarn	2,41 (9.) (32.)	2,27 (5.) (26.)
Bulgarien	2,14 (10.) (33.)	2,00 (10.) (33.)
<i>EU-Beitrittskandidaten:</i>	<i>[2,55-2,90]</i>	<i>[2,02-2,51]</i>
Zypern (türkischer Teil; bei DZ: 2004-2005)	2,90 (1.) (18.)	2,51 (1.) (17.)
Kroatien	2,80 (2.) (20.)	2,02 (4.) (32.)
Türkei	2,79 (3.) (21.)	2,50 (2.) (19.)
Mazedonien (bei LZ: 2007-2009; bei DZ: 2007)	2,55 (4.) (29.)	2,34 (3.) (24.)

Hinweis: Erster runder Klammerwert: Platzierung innerhalb der jeweiligen Ländergruppe, zweiter runder Klammerwert: Platzierung innerhalb aller aufgelisteten 33 Länder (Regionen)

LZ = Lebenszufriedenheit, DZ = Demokratiezufriedenheit

Quelle: Eigene Eurobarometer-Berechnungen

Literaturverzeichnis

Allmendinger, J. (1999): Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt, Jg. 50, H. 1, S. 35-50.

Atkinson, A. B. (1983): The Economics of Inequality, 2. Auflage, Oxford.

Auernheimer, G. (Hrsg.; 2003): Schief lagen im Bildungssystem. Benachteiligung der Migrantenkinder, Opladen.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main.

Becker, I. (2000): Einkommensverteilung in Deutschland: Strukturanalyse der Ungleichheit nach Einkommenskomponenten. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 220 (4), S. 400-418.

Becker, I. (2005): Entwicklungstendenzen der personellen Einkommensverteilung in Deutschland. In: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hrsg.): Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum – Makroökonomische Analysen, Marburg, S. 265-286.

Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.; 1997): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York

Becker, Irene/Hauser, Richard (2003): Zur Entwicklung von Armut und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland – eine Bestandsaufnahme. In: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Auflage, Opladen, S. 25-41.

Becker, I./Hauser, R. (2004): Verteilung der Einkommen 1999-2003. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Frankfurt am Main.

Becker, J. (2009): Das Unbehagen in der Gesellschaft. Soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Deutschland. In: Selke, Stefan (Hrsg.): Tafeln in Deutschland. Wie man in Deutschland satt wird. Theoretische und praktische Aspekte einer sozialen Bewegung, Wiesbaden, S. 107-135.

Becker, R./Lauterbach, W. (2008): Bildung als Privileg. Erklärung und Befund zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 3. Auflage, Wiesbaden.

Bieback, K.-J./Milz, H. (Hrsg.; 1995): Neue Armut, Frankfurt am Main/New York.

Birkel, C. (2004): Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensgleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden, „Der Hallesche Graureiher“ 2004-6, Halle.

Blome, A./Keck, W./Alber, J. (2008): Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat, Wiesbaden.

Böhnke, P. (2006): Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte. In: Bude, H./Willisch, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 97-120.

Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main.

Braun, R. (2008): Armut von Kindern und Jugendlichen in Thüringen, Endbericht für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit von empirica, Berlin.

Bude, H. (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Hamburg.

Bude, H./Willisch, A. (Hrsg.; 2006): Das Problem der Exklusion, Hamburg.

Burzan, N. (2005): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 2. Auflage, Wiesbaden.

- Castel, R. (2000): Die Metamorphose der sozialen Frage, Konstanz.*
- Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.*
- European Commission (Hrsg.; 2009): The Social Situation in the European Union 2008. New Insights into Social Inclusion, Luxemburg.*
- Fabig, H. (1999): Einkommensdynamik im internationalen Vergleich. Eine empirische Mobilitätsanalyse mit Panel-Daten, Frankfurt am Main/New York.*
- Faik, J. (2007): Elementare Wirtschaftsstatistik, Berlin.*
- Faik, J. (2008): Ausgewählte Verteilungsbefunde für die Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Einkommenslage der älteren Bevölkerung, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 1, S. 22-39.*
- Faik, J./Becker, J. (2009): Subjektive und objektive Lebenslagen von Arbeitslagen, FaMa-Diskussionspapier Nr. 4-2009, Frankfurt am Main.*
- Faik, J./Schloman, H. (1997): Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland. In: Huster, E.-U. (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, 2. Auflage, Frankfurt am Main/New York, S. 89-126.*
- Fiegehen, G. C./Lansley, P. S./Smith, A. D. (1977): Poverty and Progress in Britain 1953-73. In: The National Institute of Economic and Social Research, Occasional Papers XXIX, Cambridge/London/New York/Melbourne.*
- Frey, B. S./Stutzer, A. (2002): Happiness & Economics. How the Economy and Institutions Affect Human Well-Being, Oxford.*
- Frick, J. R./Grabka, M. M. (2008): Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. In: DIW-Wochenbericht 38/2008, S. 556-566.*
- Frick, J. R./Grabka, M. M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht 4/2009, S. 54-67.*
- Geiger, T. (1962): Theorie der sozialen Schichtung. In: Geiger, T. (Hrsg.): Arbeiten zur Soziologie, Neuwied.*
- Geißler, R. (1987): Soziale Schichtung und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart.*
- Geißler, R. (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands, 5. Aufl., Wiesbaden.*
- Glatzer, W. et al. (2008): Einstellungen zum Sozialstaat, Tabellenband, Frankfurt am Main (mimeo).*
- Goldthorpe, J. H. (1985): Soziale Mobilität und Klassenbildung. In: Goldthorpe, J. H. et al. (Hrsg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit, Opladen, S. 179-204.*
- Grabka, M. M./Frick, J. R. (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: DIW-Wochenbericht 45/2007, S. 665-683.*
- Grabka, M. M./Frick, J. R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: DIW-Wochenbericht 10/2008, S. 101-108.*
- Grabka, M. M./Westerheide, P./Hauser, R./Becker, I. (2008): Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung, Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Berlin et al.*
- Groh-Samberg, O. (2009): Sorgenfreier Reichtum: Jenseits von Konjunktur und Krise lebt nur ein Prozent der Bevölkerung. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 76, S. 590-597.*
- Habich, R./Headey, B./Krause, P. (1991): Armut im Reichtum – Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Zwei-Drittel-Gesellschaft? In: Rendtel, U./Wagner, G. (Hrsg.): Lebenslagen*

im Wandel. Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984, Frankfurt am Main, S. 488-509.

Hauser, R. (2007): Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft. Ein Vergleich von EU-SILC, Mikrozensus und SOEP, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research # 69, Berlin.

Hauser, R./Faik, J./Glatzer, W. (2000): Strukturwandel im westdeutschen Niedrigeinkommensbereich seit den sechziger Jahren. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 6/2000, S. 499-522.

Hauser, R./Wagner, G. (2002): Die personelle Einkommensverteilung. In: Zimmermann, K. F. (Hrsg.), Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft, Heidelberg, S. 371-438.

Heitmeyer, W. (Hrsg.; 2001-2009): Deutsche Zustände, Frankfurt am Main.

Himmelreicher, R. K. (2001): Soziodemographie, Erwerbsarbeit, Einkommen und Vermögen von westdeutschen Haushalten. Eine Längsschnitt-Kohortenanalyse auf Datenbasis des SOEP (1984-1997), Berlin.

Hondrich, K. O. (2001): Der Neue Mensch, Frankfurt am Main.

Hradil, S. (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Auflage, Wiesbaden

Huster, E.-U. (Hrsg.; 1997): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, 2. Auflage, Frankfurt am Main/New York.

Kaletta, B. (2008): Anerkennung oder Abwertung. Über die Verarbeitung von Desintegration, Wiesbaden.

Krause, P. (2001): Einkommen in Deutschland – Entwicklung, Dynamik, permanente Verteilung und Redistribution. In: Becker, I./Ott, N./Rolf, G. (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York, S. 418-439.

Kreckel, R. (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main.

Kronauer, M. (2007): Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen. Herausforderungen für eine Politik des Sozialen. In: WSI-Mitteilungen, Heft 7, S. 365-372.

Künemund, H./Schroeter, K. R. (Hrsg.; 2008): Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede im Lebenslauf und Alter. Fakten, Prognosen und Visionen, Wiesbaden.

Layard, R. (2005): Happiness. Lessons from a New Science, London.

Neurath, O. (1939): Modern Man in the Making, New York/London.

Otte, G. (2005): Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 1-31.

Parsons, T. (1940): Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung. In: Ders.: Soziologische Theorie, Darmstadt/Neuwied, S. 180-205.

Parsons, T. (1949): Soziale Klassen und Klassenkampf im Lichte der der neueren soziologischen Theorie. In: Ders.: Soziologische Theorie, Darmstadt/Neuwied, S. 206-222.

Paugam, S. (2008): Die elementaren Formen der Armut, Hamburg.

Paugam, S./Gallie, D. (2002): Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe, London.

Rebeggiani, L. (2007): Personelle Einkommensverteilung, privater Konsum und Wachstum, Marburg.

Ring, A. M. (2000): Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und politische Schlussfolgerungen, Frankfurt am Main.

Ritsert, J. (2009): Schlüsselbegriffe der Gesellschaftstheorie. Individuum und Gesellschaft. Soziale Ungleichheit. Modernisierung, Wiesbaden.

Rombach, C.-S. (2000): Was ist eigentlich Individualisierung? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Individualisierungsbegriff von Ulrich Beck, Magisterarbeit an der JWGoethe-Universität, Frankfurt am Main.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005): Jahresgutachten 2004, Wiesbaden.

Schelsky, H. (1965): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: Schelsky, H. (Hrsg.): Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf, S. 331-336.

Schlomann, H. (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt am Main et al.

Schlomann, H./Stein, H. (2001): Die Vermögensverteilung in West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung von Alters-, Kohorten- und Bildungseinflüssen. In: Becker, I./Ott, N./Rolf, G. (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York, S. 563-582.

Schmid, A./Faik, J. (2008): Armut und Reichtum in Hessen. Ein erster Einblick, IWAK-Report, Frankfurt am Main.

Schüssler, R./Funke, C. (2002): Vermögensbildung und Vermögensverteilung, Düsseldorf.

Schüssler, R./Lang, O./Buslei, H. (2000): Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978-1993, Düsseldorf.

Solga, H. (2006): Ausbildungslose und die Radikalisierung ihrer sozialen Ausgrenzung. In: Bude, H./Willich, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 121-146.

Solga, H./ Powell, J. (2006): Gebildet/Ungebildet. In: Lessenich, S./Nullmeier, F. (Hrsg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York, S. 175-190.

Sopp, P. M. (2005): Abspaltung oder Polarisierung? Einkommensungleichheit und Einkommensmobilität in Deutschland 1984-2000, Berlin.

Spellerberg, A. (1996): Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zu Lebensqualität in West- und Ostdeutschland, Berlin.

Stein, H. (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin.

Szydlik, M. (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern, Opladen.

Vester, M. (2006): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells, in: Heinz Bude/Andreas Willisich (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S.243-292.

Vester, M. et al. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main.

Vogel, B. (2006): Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand, in: Heinz Bude/Andreas Willisich (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 342-355.

Vogel, B. (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg.

Wegener, B./Liebig, S. (1998): Gerechtigkeitsideologien 1991-1996. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen, S. 25-59.

Weisser, G. (1962): Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitik erforderlichen Lebenslagen-Analysen, Bonn.

Zapf, W./Schupp, J./Habich, R. (Hrsg.; 1996): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt, Frankfurt am Main/New York.

Abkürzungsverzeichnis

A	=	Österreich
ALLBUS	=	Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften
B	=	Belgien
BIP	=	Bruttoinlandsprodukt
BUL	=	Bulgarien
CRO	=	Kroatien
CYP	=	Zypern
CYP (TUR)	=	Zypern (türkischer Teil)
CZE	=	Tschechien
D	=	Deutschland
DEN	=	Dänemark
D(O)	=	Ostdeutschland
D(W)	=	Westdeutschland
DZ	=	Demokratiezufriedenheit
ESP	=	Spanien
EST	=	Estland
EU	=	Europäische Union
EU-SILC	=	EU Survey on Income and Living Conditions
EZS	=	Einstellungen zum Sozialstaat (Sozialstaatssurvey)
F	=	Frankreich
FIN	=	Finnland
GB	=	Großbritannien
GR	=	Griechenland
HUN	=	Ungarn
I	=	Italien
IRL	=	Irland
LET	=	Lettland
LIT	=	Litauen
LUX	=	Luxemburg
LZ	=	Lebenszufriedenheit
MAK	=	Mazedonien
MAL	=	Malta
N-IRL	=	Nordirland
NL	=	Niederlande
POL	=	Polen
POR	=	Portugal

ROM	=	Rumänien
SLK	=	Slowakei
SLN	=	Slowenien
SOEP	=	Sozioökonomisches Panel
SWE	=	Schweden
TUR	=	Türkei
UK	=	Vereinigtes Königreich
WS	=	Wohlfahrtssurvey

Folgende FaMa-Diskussionspapiere sind bisher erschienen (Stand: 06. November 2009):

FaMa-Diskussionspapier 1/2009: Is the Overall German Personal Income Distribution Constant or Variable over Time? Cross-section Analyses for Germany 1969-2003 (Jürgen Faik).

FaMa-Diskussionspapier 2/2009: Alternative Verfahren zur Messung von Armut: Ganzheitliche Methode versus Zerlegungsansatz (Jürgen Faik).

FaMa-Diskussionspapier 3/2009: Zur Frage der Rentenanpassung: Probleme und Lösungsansätze (Jürgen Faik/Tim Köhler-Rama).

FaMa-Diskussionspapier 4/2009: Subjektive und objektive Lebenslagen von Arbeitslosen (Jürgen Faik/Jens Becker).

FaMa-Diskussionspapier 5/2009: Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland (Jürgen Faik/Jens Becker).

Alle vorgenannten Diskussionspapiere stehen unter <http://www.fama-nfs.de> zum Download als PDF-Files zur Verfügung.



Nikolausstraße 10
D-65936 Frankfurt/Main
<http://www.fama-nfs.de>
info@fama-nfs.de
Tel. +49(0)69-34409710
Fax: +49(0)69-34409714